



Plenarprotokoll

66. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 11. September 2002

Fusion der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel) mit der Hamburgischen Landesbank (HLB).....	4877	Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003.....	4878
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2116		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2020	
Rainer Wiegard [CDU]	4877	b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006	4879
Holger Astrup [SPD].....	4878	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2057	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 31 a in die Tagesordnung ein- gereiht	4878	Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	4879
Gemeinsame Beratung		Martin Kayenburg [CDU].....	4883, 4929
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines		Lothar Hay [SPD]	4889
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	4896, 4927

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4904	Beschluss: Ablehnung	4950
Anke Spoorendonk [SSW]	4912	Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Schleswig-Hol- steinischen Schulgesetzes	4950
Heide Simonis, Ministerpräsidentin	4918	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	
Rainer Wiegard [CDU]	4923	Drucksache 15/2033	
Günter Neugebauer [SPD]	4925	Jost de Jager [CDU]	4950
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4928	Dr. Henning Höppner [SPD]	4951
Beschluss: Überweisung an den Finanzaus- schuss	4930	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	4952
Fusion der Landesbank Schleswig-Hol- stein Girozentrale (LB Kiel) mit der Hamburgischen Landesbank (HLB)	4930	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4953
Antrag der Fraktion der CDU		Anke Spoorendonk [SSW]	4954
Drucksache 15/2116		Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	4955
Bericht der Landesregierung		Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss und den Finanzausschuss ...	4956
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	4930, 4941		
Rainer Wiegard [CDU]	4934	* * * *	
Wolfgang Fuß [SPD]	4935	Regierungsbank:	
Wolfgang Kubicki [FDP]	4936	Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4938	Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi- dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
Anke Spoorendonk [SSW]	4940	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis- senschaft, Forschung und Kultur	
Martin Kayenburg [CDU]	4942	Klaus Buß, Innenminister	
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 15/2116 für erledigt erklärt		Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
2. Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Finanzaus- schuss zur abschließenden Beratung...	4943	Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in Schleswig-Holstein (Standardöffnungs- gesetz - StöffG S-H)	4943	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP		Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
Drucksache 15/123		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses		* * * *	
Drucksache 15/2059			
Peter Eichstädt [SPD]	4943		
Günther Hildebrand [FDP]	4943		
Klaus-Peter Puls [SPD]	4944		
Klaus Schlie [CDU]	4945		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	4947		
Silke Hinrichsen [SSW]	4948		
Klaus Buß, Innenminister	4949		

Beginn 10:02 Uhr**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Platz. Ich eröffne die 25. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt sind die Frau Abgeordnete Fröhlich und der Herr Abgeordnete Weber. Von dieser Stelle aus wünsche ich ihnen gute Genesung!

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Kleiner.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben. Vor einem Jahr wurden wir mit den Attentaten vom 11. September in den USA Zeugen von bis heute unfassbaren Terroranschlägen. Die Verbrechen haben die Welt erschüttert. Die Anschläge zerstörten die Türme des World Trade Centers, die herausragenden Symbole der freien Welt. Tausende Menschen kamen zu Tode. Heute gedenken wir in ungebrochener Trauer dieser unschuldigen Opfer. Ebenso gedenken wir der Opfer, die bei dem Anschlag auf das Pentagon und bei dem Absturz des vierten gekaperten Flugzeugs, das über Pennsylvania abstürzte, gestorben sind.

Die Welt hat sich nicht erst seit diesen Anschlägen geändert, aber die Attentate haben diesen Wandel auf drastische Weise deutlich gemacht. Wesentliches Merkmal des Wandels ist die Erkenntnis, dass es in dieser Welt nicht länger eine ausschließlich lokale Dimension gibt. Auch regionales oder lokales Handeln ist nur noch unter Berücksichtigung globaler Auswirkungen zu betrachten. Dies betrifft Wirtschaft, Kultur, Recht und nicht zuletzt die Politik gleichermaßen. Es betrifft alle Formen unseres menschlichen Zusammenlebens.

Die Globalisierung hinterlässt keine Nische, in die man sich zurückziehen kann. Jede Erwartung, man könne sich der globalen Dimension des Betroffenseins und der Verantwortung entziehen, wäre trügerisch. Wir leben nicht auf einer Insel. Die uneinholbare Globalisierung lässt dies nicht zu. Die unmittelbaren Folgen können jede und jeden überall treffen. Die Anschläge haben dies auf brutale Art gezeigt.

Was am 11. September vorigen Jahres geschah, geht uns alle an. Das Verbrechen hat bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einer nicht gekannten Form der Unsicherheit geführt. Attentate und alle Formen terroristischer Gewalt unterliegen eben nicht den Regeln des Krieges und schon gar nicht den Regeln des Völkerrechts. Immer richten sie sich gegen die Zivilbevölke-

rung. Sie sind das Gegenteil des Völkerrechts; sie sind beherrscht durch Gesetzlosigkeit. Gerade die Maßlosigkeit der Verbrechen vom 11. September hat uns vor Augen geführt, wie verletzlich unsere moderne und technisierte Welt ist. Jeder kann davon in aller Grausamkeit betroffen sein, wie es tausende von Menschen in New York mit ihren Angehörigen in Amerika und auch bei uns in Deutschland erfahren mussten.

Der 11. September ist aber nicht nur ein Symbol für Terror und Entsetzen, er ist auch ein Symbol für Solidarität. Die Solidarität war nicht lokal begrenzt, sondern grenzenlos. Die Folgen der Anschläge werden uns auch in Zukunft begleiten. Es geht mit aller Konsequenz und aller gebotenen Kompromisslosigkeit um die wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die politischen Diskussionen um die Grenzen möglicher Einsätze auf diesem Gebiet werden aktuell geführt. Sich hieran zu beteiligen, wäre in dieser Stunde des Gedenkens nicht angemessen. Aber auch hier muss zuallererst eine politische Antwort gegeben werden. Diese Antwort bedingt eine stärkere Auseinandersetzung mit den Ursachen der terroristischen Gewalt. Gerade das stellt uns alle vor große Herausforderungen und nimmt alle - auch uns in Schleswig-Holstein - in eine stärkere Verantwortung für diese Welt, als wir dies vor dem 11. September 2001 wahrgenommen haben.

Sie haben sich zum Gedenken erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat für die heutige Sitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Fusion der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel) mit der Hamburgischen Landesbank (HLB)

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2116

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wiegard das Wort zur Begründung der Dringlichkeit.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzminister hat vor einem Jahr ein Strategiekonzept zur Fusion der **Landesbanken** Kiel und Hamburg angekündigt. Am Montag dieser Woche fanden zwischen den Anteilseignern abschließende Gespräche statt. Dort sind Entscheidungen getroffen worden, von denen das Parlament betroffen ist, weil das Parlament bestimmte Voraussetzungen zu schaffen hat. Deshalb sind wir der Meinung, dass es notwendig ist, dass die Landesregierung im Verlauf diese

(Rainer Wiegard)

Tagung über den Stand der Verhandlungen und die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein berichtet und dass wir im Anschluss daran in die Beratung eintreten. Dies ist deshalb wichtig, weil wir ursprünglich mit dem Finanzminister eine andere Vorgehensweise vereinbart hatten, nämlich dass wir hierzu in dem dafür zuständigen Ausschuss Beratungen führen. In der Zwischenzeit ist die Öffentlichkeit besser unterrichtet als das Parlament. Diesen Zustand sollten wir gemeinsam schleunigst beenden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ebenfalls zur Dringlichkeit erteile ich Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist der CDU-Fraktion ausgesprochen dankbar, diesen Dringlichkeitsantrag gestellt zu haben. Auch wir hatten bereits überlegt, wie wir dieses zugegebenermaßen wichtige und im Ergebnis hervorragende Vertragswerk nach Ende der Redaktionsfrist im Landtag diskutieren können. Insofern werden wir der Dringlichkeit zustimmen. Ich gestehe, dass ich ein wenig verwundert war, dies aus Oppositionssicht zu sehen. Ich hätte erwartet, dass ein Dringlichkeitsantrag unsererseits bei diesem guten Ergebnis keine Mehrheit gefunden hätte. Wir stimmen zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen zu dieser Dringlichkeitsdebatte sehe ich nicht. Ein Hinweis auf § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung scheint sich zu erübrigen. Wir stimmen ab: Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir einstimmig so beschlossen.

Dieser Punkt wird als Punkt 31 a in die Tagesordnung aufgenommen. - Herr Abgeordneter Astrup!

Holger Astrup [SPD]:

Ich schlage vor, den Punkt unmittelbar nach den Haushaltsberatungen einzureihen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dieser Tagesordnungspunkt bekommt technisch - wie ich gesagt habe - die Nummer 31 a. Es ist vorgeschlagen worden - es scheint auch auf Zustimmung zu

stoßen -, dass wir unmittelbar im Anschluss an die Haushaltsberatung diesen Punkt aufrufen. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 6, 8, 21, 22, 23, 28, 37, 39, 49 und 50 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 18, 19, 24, 30, 35, 40 bis 42, 44, 45, 48, 51 und 52. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Punkte 2, 20, 27 und 31, die Regierungserklärung zu den Regenwasser- und Flutschäden sowie die Punkte 7 und 38, Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003 und Finanzplan. Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 25. Tagung. Unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause werden wir jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Widerspruch dagegen höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Frau Abgeordnete Tengler hat heute Geburtstag. Dazu gratuliere ich ihr im Namen des gesamten Hauses herzlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, will ich kurz eine Erklärung zur Technik abgeben. Ich sehe viele mit Papier fächeln und wedeln. Es ist sehr warm. Eine Klimatisierung des Raumes kann aus technischen Gründen nicht mehr stattfinden. Wir haben vorher ausreichend gelüftet. Wenn es erforderlich werden sollte, werden wir die Sitzung kurz unterbrechen müssen. Anders werden wir das Problem nicht handeln können.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 7 und 38 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/2020

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/2057

Das Wort zur Begründung erteile ich dem Minister für Finanzen und Energie, Herrn Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf 2003 und die Finanzplanung bis zum Jahre 2006 vor. Wie schon der Haushaltsplan 2002 steht auch der **Haushaltsplanentwurf 2003** unter dem Eindruck der Terroranschläge des 11. September. Der Landtagspräsident hat auf die globalen Folgen eindrucksvoll hingewiesen. Auch die ökonomischen Konsequenzen sind unübersehbar.

Steuereinnahmen haben im Mai nicht nur die Haushälter von Bund, Ländern und Gemeinden alarmiert. Nach der **Mai-Steuerschätzung** werden bis zum Jahre 2005 insgesamt 65 Milliarden € weniger Steuereinnahmen in den öffentlichen Haushalten sein. Die Länder sind mit 25,5 Milliarden € betroffen. Für Schleswig-Holstein wird bis zum Jahr 2005 ein Minus von 1 Milliarde € prognostiziert. Ich habe deshalb unverzüglich eine **Haushaltssperre** erlassen. Der Bund und fast alle Länder haben im Laufe des Jahres zu dieser in einem Wahljahr unpopulären Maßnahme greifen müssen. Nur der bayerische Finanzminister Herr Falthausen muss wohl noch bis zum Oktober warten.

(Zuruf von der CDU: Der braucht das nicht!)

Die widersprüchlichen **Konjunkturdaten** in Europa und in den Vereinigten Staaten, die drohende Kriegsgefahr, die Unwetter im Juli und August, die Flutkatastrophe erlauben zurzeit keine sichere Prognose über die konjunkturelle und fiskalische Entwicklung. Dementsprechend unterscheiden sich die Prognosen der wissenschaftlichen Institute ähnlich wie die der Wahlumfragen, auch wenn es bei den Wahlumfragen erfreulicherweise eine Stabilisierung gibt.

(Beifall bei der SPD)

Der Präsident des Kieler Weltwirtschaftsinstitutes, Horst Siebert, warnte jüngst davor, bestimmte Indizes überzuinterpretieren, und hält nach wie vor ein **Wirtschaftswachstum** von etwa 1 % für machbar. Andere Gutachter sehen das nicht so. Wir müssen die Ergebnisse der Steuerschätzungen im Mai und November und die Entwicklung der steuerstarken Monate September und Dezember abwarten. Alles andere wäre

heute Kaffeesatzleserei. Für den September erwarte ich ein gutes Ergebnis.

Wenn sich allerdings die Entwicklung fortsetzt wie im ersten Jahr, dann ist für dieses Jahr ein Haushaltsdefizit zu befürchten. Raum für weitere Steuersenkungen und andere Wahlgewinne, wie von der Opposition in mehrstelliger Milliardenhöhe angekündigt, gibt es aus unserer Sicht nicht.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Der Spruch: „Weniger Steuern gleich mehr Bildung“, klingt vielleicht ganz eingängig. Doch die Legende, dass Steuersenkungen automatisch zu mehr Steuern führen, ist hinreichend widerlegt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

Zur FDP: Ihr Glaube an die Macht einzelstaatlicher Maßnahmen verwundert doch etwas.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Es ist deshalb nur folgerichtig, für den Wiederaufbau nach den Unwettern und der Flut die Steuerreform 2003 zu verschieben. Wir brauchen eine ehrliche Lösung, die den Leuten nicht vorgaukelt, Hilfen in dem Umfang seien aus der Portokasse zu finanzieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform und die Erhöhung der Körperschaftsteuer würdigt die vorhandene Solidarität und gewährleistet eine faire Beteiligung aller an dieser nationalen Herausforderung. Daher unterstützt die Landesregierung Schleswig-Holstein, dass die Bundesregierung nicht den Weg in höhere Schulden gegangen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, jede Bundesregierung wird sich nach dem 22. September Gedanken darüber machen müssen, wie bei Realisierung der nach wie vor geplanten **Steuersenkung** 2004 und 2005 die Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften stabilisiert werden können. Hierzu gehört natürlich auch die Entwicklung der Körperschaftsteuer.

(Beifall bei der SPD)

Anders ist ein „closed to balance“ weder 2004 noch 2006, noch eine Nettoneuverschuldung von null in Schleswig-Holstein im Jahre 2008 erreichbar.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

(Minister Claus Möller)

Bei geringem Wirtschaftswachstum, die Steuern zu senken, die Ausgaben zu begrenzen, die Nettokreditaufnahme zu senken und gleichzeitig mehr für Bildung, innere Sicherheit und Familien auszugeben, ist eine vernünftige politische Forderung, aber sie gleicht nahezu einer Quadratur des Kreises. Deshalb mussten wir im Haushaltsplanentwurf 2003 alle Politikbereiche erneut überprüfen.

Eine noch stärkere Konzentration auf die politischen Schwerpunkte Arbeit, Bildung, Innovation und innere Sicherheit führt dazu, dass mehr als 50 % der Nettoausgaben auf diese Politikfelder entfallen. Die **Nettoausgaben** steigen nur um 1 %, was den Vorgaben des Finanzplanungsrates entspricht. Die Kreditaufnahme liegt, wenn auch ganz knapp, unter dem Vorjahreswert. Die **Investitionen** bleiben etwa stabil. Die Quote sinkt leider leicht. Die Zinsausgabenquote bleibt nahezu konstant. Dennoch müssen wir 11,7 % der Nettoausgaben - das sind 911 Millionen € - für Zinsen ausgeben. Dies ist ein geerbter struktureller Nachteil, den wir nur schwer kompensieren können. Ohne die überproportionale Zinsbelastung brauchten wir keine Nettoneuverschuldung.

(Zuruf von der CDU: Das ist richtig!)

Meine Damen und Herren, die **Personalausgaben** steigen trotz zusätzlicher Lehrer, zusätzlicher Richter, zusätzlicher Polizisten und Steuerbeamten und trotz der bekannten Steigerung bei den Pensionen und den Beihilfen nur geringfügig.

(Zuruf von der CDU)

Unsere Personalkostenquote liegt mit 38,6 % deutlich unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. Länder wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern haben eine Personalkostenquote von mehr als 40 %. Es gibt zur Fortsetzung der Konsolidierung keine Alternative.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dort gekürzt, wo es noch vertretbar war. Alle müssen verzichten, damit Geld für die wichtigen Aufgaben vorhanden ist. Das trifft die Sportvereine bei Einschnitten in deren institutionelle Förderung genauso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes. Frauenpolitische Modellvorhaben müssen wir ebenso einschränken wie die Landesmittel beim Straußenbau, für die Technologieförderung, die Zuweisungen an die Landwirtschaftskammer oder an die Tierkörperbeseitigungsanstalten. Leider konnten wir auch die Hochschulen nicht ganz von den Kürzungen ausnehmen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Ihre Bildungspolitik!)

Wenn die Einnahmen in dieser Höhe zurückgehen, kann man nicht kürzen, ohne jemanden zu treffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, meine Damen und Herren von der Opposition, dieses Motto hilft uns auch in diesem Jahr nicht weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben doch gar keinen Pelz!)

Frau Simonis hat im Frühjahr gesagt, die Ausgaben der **Daseinsvorsorge** können nicht nach Kassenlage erfüllt werden.

(Lothar Hay [SPD]: Richtig!)

Wir haben Kernaufgaben in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit, und die müssen wir finanzieren.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Die kürzen Sie doch auch schon!)

Deshalb sind die Steuerausfälle in dieser Höhe nicht nur „wegzusparen“ und deshalb wollen wir durch **Teilverkäufe** von Lotto und LEG im kommenden Jahr Einnahmen in Höhe von 80 Millionen € erzielen. Dieser Weg fällt uns nicht leicht.

Aber nicht nur in Schleswig-Holstein wird das Tafelsilber knapp, längst geht es nicht mehr um ideologische Sehnsucht nach Privatisierung. Die blanke Haushaltsnot treibt die Kommunen, die Länder und den Bund zum Verkauf von Wohnungen, Stadtwerken, Hafengesellschaften, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern.

(Zurufe von der CDU)

Um künftig Politik gestalten zu können, müssen wir deshalb die Talfahrt der Einnahmen - so will ich es einmal nennen - stabilisieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Talfahrt stabilisieren? - Heiterkeit der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich nenne die Revitalisierung der Gewerbesteuer und ich meine, dass dazu auch eine **verfassungskonforme Besteuerung von Immobilien** im Erbschaftsteuerrecht gehört.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Sehr wohl!)

Eine **nachhaltige Haushaltsstruktur** braucht die Modernisierung der Verwaltung und strukturelle Veränderungen, um den Mitteleinsatz und die Aufgabenerfüllung zu optimieren. Mit der Einführung der de-

(Minister Claus Möller)

zentralen Mittelbewirtschaftung, der Kosten- und Leistungsrechnung und in Teilbereichen der doppelten Buchführung haben wir die Grundlagen für Zielvereinbarungen, effektive Kosten- und Leistungskontrollen und eine outputorientierte Budgetierung gelegt.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Meine Damen und Herren, ich sage auch hier vor dem Landtag noch einmal: Setzen wir uns zusammen: Betroffene sind der Haushaltsgesetzgeber, die Exekutive und der Landesrechnungshof. Wir müssen uns über die Spielregeln, was das für wen bedeutet, verständigen. Ich bitte schon seit langem um ein solches Gespräch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Wir können auch bei einem **Doppelhaushalt**, der die Zeit von Abgeordneten und Mitarbeitern spart und die benötigten Handlungsspielräume ermöglicht, die notwendige Transparenz und die Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten für das Parlament garantieren.

(Anhaltende Zurufe von CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist Ihre Angst, den Bankrott offenbaren zu müssen!)

Was in Bayern seit 33 Jahren und in Baden-Württemberg seit 25 Jahren und in acht weiteren Bundesländern richtig ist, kann in Schleswig-Holstein so falsch nicht sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einem kontinuierlichen **Reformprozess** verbessern wir die Verwaltungsstrukturen im Land. Auch im nächsten Jahr werden einige wichtige Felder neu geordnet. Ich nenne die Fusion der Universitätskliniken sowie die der Fachkliniken Heiligenhafen und Neustadt und die Fusion der Fachklinik Schleswig mit dem Martin-Luther-Krankenhaus. Dies wird die Kosten senken und die Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Effizienzgewinne sind auch von der Zusammenführung des Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamtes und der Laborbereiche des Landesamtes für Natur und Umwelt zu erwarten.

Die Auflösung der Oberfinanzdirektion und die damit verbundene Zweistufigkeit - es geht also! - wird zu einer schlankeren und effizienteren Steuerverwaltung führen.

(Unruhe bei der CDU)

Wir werden die Aufgaben teilweise im Ministerium konzentrieren, aber vor allem die Verantwortung in die Finanzämter vor Ort legen.

Ein großes Potential erschließt die **Zusammenarbeit mit Hamburg**, wobei wir Kosten einsparen, ohne Steuerungsmöglichkeiten und Leistungen für Schleswig-Holstein aufzugeben. Ich nenne die geplante Fusion der Datenzentralen, der Eichämter, der Statistischen Landesämter und ich freue mich, dass in der nächsten Woche auf Staatssekretärsbene eine erweiterte neue Runde stattfindet, um weitere Synergien auszuloten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben das Thema noch auf der Tagesordnung, aber doch so viel vorweg: Die am Montag auf den Weg gebrachte **Fusion der Landesbanken Kiel und Hamburg** ist ein Quantensprung in der Zusammenarbeit beider Länder. Die zukünftige Geschäftsbank in Form einer Aktiengesellschaft wird ein global agierender, aber stark in der Metropolregion verankerter Finanzdienstleister sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die selbstständige Investitionsbank bleibt das Förderinstitut des Landes, und der nach Basel II umso wichtigere Partner des Mittelstandes gemeinsam mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft und der Bürgschaftsbank.

Erfolge bereits eingeleiteter Reformen zeigen, dass sich der Aufwand lohnt, und ich freue mich, dass die Chefin der Staatskanzlei noch einen Zahn drauflegen will.

Mit dem Haushalt 2003 konzentrieren wir uns noch stärker auf die Schwerpunkte Arbeit, Bildung, Innovation und innere Sicherheit.

(Zurufe von der CDU)

Die viel zu hohe Arbeitslosenzahl zeigt, dass wir für mehr Beschäftigung mehr Wirtschaftswachstum brauchen.

(Demonstrativer Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Oh, oh!)

Über den Weg dorthin gibt es allerdings sehr unterschiedliche Meinungen.

(Zurufe von der CDU: Ach so! - Lachen des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Die Landesregierung verbessert mit ihren unterschiedlichen Mitteln die Rahmenbedingungen für die Unternehmen und löst damit Folgeinvestitionen ins-

(Minister Claus Möller)

besondere von kleinen und mittleren Unternehmen aus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Bei der **Verkehrsinfrastruktur** kommen wir - auch wenn wir die Landesmittel etwas gekürzt haben - dank der nun anstehenden Investitionen im Bundesfernstraßenbau und dank der verstärkten Zuweisung von Regionalisierungsmitteln ein deutliches Stück voran. Die **Technologieförderung** stützt die landeseigenen Stärken in den Bereichen Mikroelektronik, Medizintechnik und Meerestechnik.

Wir helfen mit neuen Produkten der Investitionsbank und der Bürgschaftsbank den kleinen und mittleren Unternehmen, neue Investitionen zu finanzieren und setzen damit ein Gegengewicht zu den Schwierigkeiten auf dem privaten Kapitalmarkt.

Mehr Beschäftigung braucht aber auch **qualifizierte Arbeitsplätze** und eine effiziente Vermittlung. Die Landesregierung stockt die Mittel im Vergleich zum Vorjahr bei ASH auf. Wir werden die von der Hartz-Kommission vorgeschlagenen und von der Bundesregierung aufgegriffenen Maßnahmen in unser Konzept integrieren und die Synergien nutzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schon wieder diese Synergien! - Heiterkeit bei der CDU)

Durch PISA bestärkt, verstärkt die Landesregierung auch im Jahre 2003 ihr Engagement im Politikfeld **Bildung**. Gleichrangige Ziele bleiben eine gesicherte Unterrichtsversorgung und eine verbesserte Qualität des Unterrichts. Während auf der einen Seite dazu die Unterrichtsversorgung in einem Gegenwert von 200 Lehrern stabilisiert wird, sorgen auf der anderen Seite Evaluation und Ganztags- und Halbtagsangebote für eine verbesserte Qualität.

Wir werden die Unterrichtsversorgung trotz knapper Kassen sicherstellen und nutzen dazu auch vorhandene Reserven beim Personal.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lothar Hay [SPD])

Dies gilt auch für die Aktion „Geld statt Stellen“. Die Eigenverantwortung wird gestärkt, Bürokratien werden abgebaut.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es geschafft, die **Kinderbetreuung** in Schleswig-Holstein deutlich auszubauen. Eine Umstellung auf die Pro-Kopf-Förderung in der Kinderbetreuung wird den Mitteleinsatz optimieren. Die kon-

kreterisierten Aufgaben werden die Kindertagesstätten zu Orten der Lernfähigkeit entwickeln.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und nicht zu vergessen, Synergieeffekte bewirken!)

Die Ministerien Bildung, Jugend und Soziales werden ihr Angebot vernetzen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und Synergien nutzen!)

und die Anzahl von 80 Schulen mit Ganztagsangeboten ausbauen. Die angekündigten 4 Milliarden Euro aus Berlin unterstützen diesen Weg.

Für die **innere Sicherheit** wird die Personalstärke im Bereich der Justiz und bei der Polizei erhöht. Trotz leichter Kürzungen im Polizeietat bleibt das Sicherheitspaket vom Oktober bestehen

(Thorsten Geißler [CDU]: Das stimmt ja alles nicht mehr! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

und zusammen in Justiz und Polizei werden die damals im Paket vorgesehenen fast 200 Stellen auch realisiert.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wichtige Projekte wie zum Beispiel die Bekämpfung von Gewalt, insbesondere häuslicher Gewalt, werden weiter fortgeführt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Naturkatastrophen in allen Teilen der Welt zeigen, wie fraglich alles Bemühen um den wirtschaftlichen Aufschwung und den wirtschaftlichen Aufbau, ja selbst um einen ausgeglichenen Haushalt ist, wenn wir nicht dafür sorgen, dass wir ein **Gleichgewicht mit der Natur** finden, und wenn es uns nicht gelingt, die Schöpfung zu bewahren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die rot-grüne Bundesregierung hat Forderungen Schleswig-Holsteins aufgegriffen und mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz, dem Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und dem Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergie wichtige Weichen für eine klimaschonende Entwicklung gestellt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in Kiel, Berlin und Brüssel und - wenn es sein musste - auch vor dem Europäischen Gerichts-

(Minister Claus Möller)

hof, dem Bundesverfassungsgericht und dem Oberverwaltungsgericht für diese Ziele erfolgreich gekämpft. Es darf nach dem 22. September kein Zurück zur Atomenergie geben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]:
Dann sind Sie ja noch mehr Pleite!)

Die rot-grüne Landesregierung setzt auf **Nachhaltigkeit** in allen Politikbereichen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben den Begriff der Nachhaltigkeit nicht begriffen!)

Trotz widriger Rahmenbedingungen ist es uns gelungen, einen weiteren Schritt in diese Richtung zu gehen, auch wenn dieser Schritt etwas kleiner ist, als wir erhofft haben; das muss man zugeben. Die Grenzen unserer finanziellen Handlungsfähigkeit, die wir nicht allein zu bestimmen haben - wir haben kein eigenes Heberecht für irgendeine Steuer -, sind deutlich geworden. Erst die Kombination von Sparen, Modernisierung und stabilen Einnahmen ermöglicht ein deutliches Absenken der Nettoneuverschuldung.

Es gibt allerdings keinen free Lunch. Wer die Staatsquote von derzeit 48,5 auf 40 % absenken will, muss wissen: Das ist eine Reduzierung der Staatsausgaben um 20 % und das bedeutet in Schleswig-Holstein 1,5 Milliarden € weniger pro Jahr.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben Angst vor Zielen!)

Wer Staatsquote, Spitzensteuersatz und Staatsdefizit auf unter 40 % senken will, soll sagen, was er künftig nicht mehr finanzieren und wie viel Ungleichheit sich Deutschland leisten will.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von CDU und FDP)

Verehrte Opposition, stattdessen konterkarieren Sie sich selbst: Mehr Wettbewerbshilfe, mehr Sportförderung, noch mehr Lehrer, noch mehr Polizisten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das wollen Sie also alles nicht?)

Die Liste Ihrer Forderungen ist so lang wie die Ihrer Einsparvorschläge kurz ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Schleswig-Holstein wie im Bund ist - wie ich meine - bei CDU und FDP Kurzsichtigkeit in Umweltfragen symptomatisch für Ihre allgemeine politische Kurzsichtigkeit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und FDP)

Ich bin sicher, die Wählerinnen und Wähler sind am 22. September weitsichtig genug. Wir konsolidieren mit Augenmaß. Der Entwurf 2003 ist ein Konsolidierungshaushalt, aber er ist dennoch sozial ausgewogen. Wir verbinden die Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem Schutz unserer Umwelt, die wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit.

(Anhaltende Zurufe von CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

Dafür setzen wir die richtigen politischen Schwerpunkte: Arbeit, Bildung, Innovation und innere Sicherheit.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich die Grundsatzberatung eröffne, begrüße ich auf der Tribüne als Gäste Mitglieder des Trainingsseminars der IBEG-Arbeit Neumünster. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Auch in der Loge begrüße ich Gäste, unter anderem unsere ehemaligen Abgeordneten Johna und Dr. Wiebe. - Ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall)

Jetzt eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile zunächst dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf 2003 und die offenbar letzte Haushaltsrede dieses Finanzministers sind wirklich ein beeindruckendes Dokument,

(Beifall bei CDU und FDP)

ein Dokument rot-grünen Versagens, rot-grüner Reformunfähigkeit und gebrochener rot-grüner Versprechen.

(Beifall bei CDU und FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Textbaustein!)

(Martin Kayenburg)

Dafür ist in erster Linie Frau Simonis verantwortlich. Sie bestimmt die Richtlinien der Politik

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Und nicht Sie!)

und damit auch die Richtlinien des Versagens. Mir ist ja völlig klar, dass man versucht, davon geschickt abzulenken. Aber niemand glaubt doch ernsthaft, dass der Bericht vom Wochenende in den „Kieler Nachrichten“ über die geplante Kabinettsumbildung jetzt zufällig das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Niemand glaubt doch daran, dass sich Journalistinnen und Journalisten so etwas aus den Fingern saugen.

(Lothar Hay [SPD]: Doch! Ich glaube daran!)

Lieber Kollege Hay, natürlich sind die Quellen - wie immer - nicht identifizierbar, aber es gibt sie doch.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Das Ziel ist doch auch klar: Uns und den Bürgerinnen und Bürgern soll suggeriert werden, die Haushaltslage des Landes sei zwar so schlecht wie noch nie in der Geschichte Schleswig-Holsteins, aber „unsere Heide“ werde es mit einem neuen Kabinett schon richten. Der Blick soll abgelenkt werden von der desaströsen, augenblicklichen Situation, auch der des Haushalts, Herr Minister,

(Beifall bei CDU und FDP)

und auf eine angeblich bessere Zukunft gerichtet werden. Frau Simonis, bei Ihrer Vernebelungstaktik vergessen Sie aber eines: Sie tragen seit 1988 die Hauptverantwortung für die Politik in diesem Land und insbesondere für die Landesfinanzen. Aus dieser Verantwortung können Sie sich auch mit Kabinettsumbildungen nicht herausmogeln.

Selbst wenn Sie das halbe Kabinett austauschen und ausnahmsweise einmal selbst das Heft des Handelns in die Hand nehmen - beim letzten Mal sind Ihnen ja fünf gute Leute ohne Ihr Zutun von der Fahne gegangen -, hat die Grundmisere dieser Landespolitik einen Namen und der heißt: Heide Simonis.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass Sie mit Ihrer eigenen und manchmal auch charmannten Art verstehen, Menschen für sich einzunehmen, überhaupt nicht, aber für die miese Leistungsbilanz dieser Landesregierung sind Sie verantwortlich. Frau Simonis, Sie sind verantwortlich für eine Landesregierung, die wie gelähmt nur ihre eigenen, persönlichen Probleme wälzt, die durch Korrup-

tionsskandale und sozialistische Filzokratie geprägt ist,

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat Ihnen das bloß aufgeschrieben!)

in der sich Staatssekretäre mehr um ihre Nebeneinkünfte nach der Pensionierung als um die Probleme der Bürgerinnen und Bürger kümmern,

(Beifall bei CDU und FDP)

in der es möglich sein könnte, dass durch Korruption bei der Vergabe von Datenverarbeitungssystemen dem Land Schaden in Millionenhöhe entstanden ist, in der ganz ungeniert der Referent der Staatskanzlei und EXPO-Beauftragte, Dr. Pröhl, bei den Verhandlungen über den Verkauf des Kieler Schlosses als Mitarbeiter des Landes zeitgleich die Interessen eines Kaufinteressenten vertreten darf, und für eine Landesregierung, in der mal eben eine „arme Seele“ die Verantwortung für ein 35-Millionen-Loch im Bildungshaushalt zugeschoben bekommt.

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Simonis, Sie tragen allemal die letzte **politische Verantwortung** für diese unglaublichen Zustände.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, wir werden noch einmal eine ernsthafte Debatte darüber führen müssen, was politische Verantwortung für Sie, für die Mitglieder des Kabinetts, aber auch für die Ministerpräsidentin selbst bedeutet. Bei dieser Debatte sollten Sie sich an die von Ihnen formulierten hohen moralischen Ansprüche und Maßstäbe erinnern, mit denen Sie vor 14 Jahren angetreten sind. Da liegt die eigentliche Crux: Sie haben Ihre Linie verlassen, Sie haben den Weg verlassen, Sie sind nicht mehr in der Lage, dieses Land politisch zu führen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, der von der Landesregierung vorgelegte **Haushaltswurf 2003** steht in der schlechten Tradition rot-grüner Finanzpolitik der vergangenen Jahre.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Textbausteine!)

Man könnte auch sagen: Immer dasselbe Elend!

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer dieselbe Rede! Jedes Jahr dasselbe!)

(Martin Kayenburg)

Wie in den vergangenen Jahren versucht die Landesregierung, durch eine viel zu hohe Neuverschuldung, durch globale Mehreinnahmen und globale Minderausgaben, durch den Verkauf von Tafelsilber, durch den Ansatz zu hoher Einnahmeerwartungen und durch konzeptionsloses Herumsparen - das ist eben wieder deutlich geworden - vor allem bei ungeliebten gesellschaftlichen Gruppen, wobei man die eigene rot-grüne Klientel natürlich außen vor lässt, den Haushaltsausgleich formal irgendwie hinzubekommen. Hauptsache, die von unübersehbarer Unfähigkeit geprägte Regierungsmannschaft ist wieder einmal ein Jahr über die Runden gekommen.

Frau Simonis, echte Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung, einen ernsthaften Schuldenabbau, erforderliche Einschnitte in soziale Leistungen und um einen Einstieg in strukturelle Veränderungen sind weder bei der Regierung noch bei der Verwaltung auch nur ansatzweise erkennbar. Es geht doch inzwischen nicht mehr darum, den Haushalt zu sanieren; vielmehr geht es darum, die Sanierung des Landes Schleswig-Holstein in Angriff zu nehmen.

Nach 14 Jahren rot-grüner Regierung ist die Frage: Wo gibt es denn eigentlich noch Visionen? Herr Möller hat eben deutlich gemacht, dass nur noch verwaltet, aber nicht mehr gestaltet wird.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Ich frage Sie: Wie wollen Sie denn eigentlich die Herausforderungen der Zukunft meistern, wenn Sie schon nicht in der Lage sind, die Gegenwart zu gestalten? Unser Land braucht Reformen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Alles Allgemeinplätze!)

Dafür haben Sie von Rot-Grün nicht mehr die erforderliche Kraft. Der Haushaltsentwurf 2003 ist der schlagende Beweis.

(Beifall bei CDU und FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann kommen Sie zu Ihren Vorschlägen, Herr Kayenburg? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Regierungswechsel!)

Das noch Schlimmere an diesen Manövern ist, dass Frau Simonis und Herrn Möller die Situation offensichtlich seit langem klar ist. Aber es wird nichts dagegen unternommen. Sehenden Auges steuern sie das Land in den Abgrund.

(Unruhe bei der SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was

schlagen Sie vor? Immer diese Textbausteine!)

Die Folge ist, dass Schleswig-Holstein – sogar unter Einbeziehung der ostdeutschen Länder – längst das **ärmste Flächenland** ist. Frau Simonis, Sie und Ihre Minister haben es sich nach 14 Jahren auf der Regierungsbank bequem gemacht. Sie haben sich unter der rot-grünen Dunstglocke eingerichtet und haben keine Zeit für das Land, weil Sie mit Ihren eigenen Problemen nicht fertig werden.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Vorschläge haben Sie? Was wollen Sie anders machen?)

14 Jahre Rot-Grün in Schleswig-Holstein und vier Jahre Rot-Grün in Bonn und Berlin haben eine Spur des Versagens und der gebrochenen Versprechen hinterlassen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht einmal das stimmt! Wir haben hier doch noch nicht 14 Jahre Rot-Grün!)

- Frau Heinold, Sie sind hier doch nicht auf einem grünen Parteitag. Da können Sie herumreden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie mögen offenbar nicht hören, dass es diese **Spur rot-grünen Versagens** hier in Kiel genauso wie in Berlin gibt. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt doch den Beweis: Der Bundeskanzler wollte sich daran messen lassen, dass die Zahl der Arbeitslosen auf 3,5 Millionen zurückgeführt würde. Er hat dieses Versprechen genauso wenig gehalten wie Frau Simonis ihr Versprechen von 1999, wonach sie jährlich 200 neue, junge Lehrer für unsere Schulen einstellen wollte. Nun sind es 150. Ich kann nur sagen: „Versprochen – gebrochen!“, das ist Ihr Markenzeichen in Berlin und Kiel.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sind Ihre Vorschläge?)

Kommen wir nach dem deutlichen Versagen auf allen Politikfeldern zur **Haushaltspolitik**. Jahr für Jahr haben wir die Fehlentwicklungen Ihrer Politik aufgezeigt und geglaubt, schlimmer könne es nicht kommen. Das war sicherlich ein Fehler. Schlimmer kommt es immer, jedenfalls bei dieser Landesregierung, und zwar insbesondere bei der Haushaltspolitik. Da sind zunächst einmal die Schulden des Landes.

(Martin Kayenburg)

Die **Gesamtverschuldung**, Herr Neugebauer, steigt weiterhin rapide an. Nach den derzeitigen Planungen werden Sie zum Ende des Finanzplanungszeitraums, also zum Ende dieser Legislaturperiode, bei den Schulden den Betrag von 18 Milliarden € überschreiten. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird sich damit von 5.900 € im Jahre 2000 auf mehr als 6.500 € erhöhen. Damit ist Schleswig-Holstein das Bundesland, das pro Kopf der Bevölkerung unter den Flächenländern am höchsten verschuldet ist. Allein für Zinsen müssen im Jahre 2003 rund 911 Millionen € aufgebracht werden. Dieser Betrag übersteigt bei weitem die Investitionsausgaben von 714 Millionen €. Sie schaffen es also nicht einmal, für Investitionen mehr aufzuwenden als für Ihre Schuldzinsen.

Die **Neuverschuldung** steigt weiter ungebremst und soll 2003 rund 512 Millionen € betragen. In der mittelfristigen Finanzplanung stehen nur 442 Millionen €. Der Finanzminister hat klammheimlich 70 Millionen € bei der Neuverschuldung draufgepackt, ohne das auch nur mit einem Wort zu begründen. Die Ministerpräsidentin hatte das Ziel, die Nettoneuverschuldung bis 2008 auf null zurückzuführen. Das hat sie mit der Vorstellung des Haushalts 2003 ebenfalls wieder eingesammelt. Dies ist ein weiteres Beispiel für den Politikstil von Frau Simonis, der Politik von: „Versprochen – gebrochen!“. Auf was können sich die Menschen in diesem Lande eigentlich noch verlassen? Sie haben den Mund wieder einmal zu voll genommen.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]:
Auf Ihre Textbausteine, Herr Kollege!)

Vielleicht liegt es ja daran, dass sich Frau Simonis da in der schlechten Gesellschaft von Gerhard Schröder befindet.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn die beiden auch sonst nicht viel verbindet, so ist ihnen doch die fatale Eigenschaft gemeinsam, erst etwas zu versprechen, um Stimmen zu fangen, und hinterher ist dann alles nicht so gemeint gewesen. Beweis: 1998 kündigte Herr Schröder an, die Zahl der **Arbeitslosen** von 4 Millionen auf 3,5 Millionen zurückzuführen. Sonst hätte er es nicht verdient, weiter zu regieren. - Heute will er es nicht mehr wahrhaben. Aber er hat es wirklich nicht verdient.

Kaum ist dieses Ziel danebengegangen, kommt er mit den Vorschlägen der **Hartz-Kommission** und erklärt, die Arbeitslosigkeit werde in zwei Jahren auf 2 Millionen gesenkt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Kommen Sie einmal auf den Haushalt 2003 zu sprechen!)

Da frage ich, Herr Neugebauer: Wer soll das denn eigentlich noch glauben? Den Menschen wird Sand in die Augen gestreut. Mit großer Klappe werden die eigenen Fehler heruntergeredet. Mit dieser Art der Politik hat man sich weit von den Menschen entfernt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Reden Sie einmal zur Sache!)

Noch ein Wort zur Neuverschuldung, lieber Herr Neugebauer; vielleicht verstehen Sie es ja. Ich frage mich, ob der Finanzminister mit dem Haushaltsentwurf 2003 nicht schon wieder klammheimlich die verfassungsmäßige Grenze der Neuverschuldung überschreitet. Von der Grenze ist er offiziell noch 22,5 Millionen € entfernt. Aber soll hier nicht schon wieder die Öffentlichkeit getäuscht werden? Wie ist das denn eigentlich mit den in Mode gekommenen Schuldendiensthilfen? Wenn Sie nichts damit anzufangen wissen, dann kann ich Ihnen nur raten: Schauen Sie einmal in den Haushalt!

(Zuruf von der CDU: Das versteht er nicht!)

So hat sich das Land zum Beispiel bei den Krankenhäusern von der Praxis der Gewährung von Zuschüssen zur Finanzierung von Baumaßnahmen vollständig abgewendet und auf Darlehensgewährung mit entsprechenden Schuldendiensthilfen umgestellt. Allein für 2003 beträgt das Kreditvolumen in diesem Bereich 43 Millionen €. Damit es nicht vergessen wird: Die Lücke beträgt 22,5 Millionen €. Ferner sind 7,7 Millionen € für Schuldendiensthilfen vorgesehen. Das heißt im Klartext: Dieser Minister lässt die Schulden durch andere aufnehmen, um hinterher über den Schuldendienst die Zinsaufwendungen zu tragen. Das ist für mich eine verdeckte Kreditaufnahme.

(Beifall bei der CDU)

Es handelt sich um eine weitere trickreiche Buchhaltung, wie es sie bereits beim Immobiliendeal gegeben hat. Herr Minister, Sie versuchen wieder einmal, das Parlament hinter das Licht zu führen und nehmen billigend einen Verfassungsverstoß in Kauf.

(Günter Neugebauer [SPD]: Es ist unglaublich, was Sie da vortragen! – Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich weiß, Herr Neugebauer, dass Wahrheit wehtut. Sie tut auch bei den Steuereinnahmen weh. Bei den **Steuereinnahmen** hat sich der Finanzminister nämlich einmal ausnahmsweise an die Vorgaben der diesjährigen Mai-Steuerschätzung gehalten. Aber jeder weiß, dass diese Steuerschätzung auf einem Wachstum von 2,5 % für 2003 beruht. Das wird ständig

(Martin Kayenburg)

revidiert, aufgrund des Versagens der rot-grünen Bundesregierung fast täglich.

(Widerspruch bei der SPD)

Alle Experten sind sich inzwischen darin einig, dass die Wachstumserwartungen, die selbst Minister Möller inzwischen als den Maßstab künftigen Wohlstands erkannt hat, nicht erreicht werden. Damit sind natürlich auch die Steuereinnahmeschätzungen zu hoch. Das wird spätestens mit der November-Steuerschätzung auch dem Letzten hier im Hause deutlich werden.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Sie müssen das richtig gestalten, Herr Neugebauer. Ich denke, das Versagen Ihrer Politik wird bei der **Körperschaftsteuer** besonders deutlich. Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands ist die Körperschaftsteuer im Jahre 2001 mit Auszahlungen in Höhe von 800.000 € negativ gewesen. Im Vorjahr hatten wir immerhin noch 24,8 Milliarden € Einnahmen. Das ist das Ergebnis Ihrer Steuerreform 2000, die von vornherein falsch angelegt war. Diese **Steuerreform** hat die Ministerpräsidentin im Bundesrat abgenickt, eine Steuerreform, die den Großen geholfen, die Kleinen geschröpft hat und die deshalb sozial ungerecht und finanzpolitisch völlig unausgewogen war.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil der Regierung die Steuereinnahmen wegbrechen, greift Frau Simonis zur Stabilisierung der Steuereinnahmen prompt wieder auf den alten Hut „**Erbschaftsteuer**“ zurück und der Finanzminister zollt noch Beifall.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Sie hätten lieber auf Ihren niedersächsischen Kollegen hören sollen, der deutlich gesagt hat, Steuererhöhungen seien trotz der angespannten Finanzlage der falsche Weg. Herr Allers sagt, Hilfe könne nur ein Konjunkturaufschwung bringen, mit Steuererhöhungen werde der eher gebremst. Ich kann nur sagen: Recht hat der Mann.

Was haben die kleinen Leute und die Familien von der Steuerreform 2000? – Die Familien bekommen zwar für die beiden ersten Kinder mehr Geld, aber bei Ökosteuern, Versicherungssteuer, Tabaksteuer und staatlichen Gebühren wird kräftig draufgezahlt. Die versprochenen Entlastungen der Familien können wir bis heute nicht feststellen. Die kleinen Leute warten vergebens.

Eines müssen wir deutlich unterstreichen: Noch nie haben die Deutschen so viele Steuern und so viele Abgaben gezahlt wie unter Rot-Grün.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schlicht falsch! Das wissen Sie auch! - Widerspruch bei der SPD)

Auch hier gilt: Versprochen - gebrochen!

Das nächste gebrochene Versprechen steht vor der Tür. Der noch amtierende Kanzler hat inzwischen angekündigt, dass vermutlich die geplante Erhöhung des **Kindergeldes** der schlechten Haushaltslage zum Opfer fallen wird. Das ist Politik von Rot-Grün: Ankündigen und hinterher nicht halten! Daran krankt diese ganze Politik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Finanzminister hat eben die **Fusion der Landesbanken** erwähnt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass er 100 Millionen € als Nachzahlungen aus der Vergütung der Inanspruchnahme der **Rücklagen der I-Bank** eingestellt hat. Da frage mich: Wie ist das eigentlich zu sehen? Als wir das im vergangenen Jahr gefordert haben, waren wir ignorant.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das haben Sie nie gefordert!)

- Natürlich haben wir das gefordert, Herr Neugebauer. Ich kann nur sagen: Offenbar hat der Finanzminister keine Ahnung.

In dem Zusammenhang frage ich: Wie ist das in den Fusionsverhandlungen der beiden Banken gewesen? Kann die Landesbank so ohne weiteres für diese 100 Millionen €, die da nun eingestellt sind, aufkommen? Sind die überhaupt sicher? Ich denke, auch hier wird wieder eine Finanzpolitik ohne Fingerspitzengefühl gemacht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: § 28 Abs. 5 des Haushaltsbegleitgesetzes!)

- Genau so!

Auch das ist ein Wechsel auf die Zukunft, der längst nicht gedeckt ist. Ich will gar nicht auf die weiteren Hoffnungsträger dieses Haushalts wie globale Minderausgaben und globale Mehreinnahmen eingehen. Sie sind jetzt schon dabei, Ihre Notreserven zu verscherbeln. Mit dem Verkauf der NordwestLotto und weiterer LEG-Anteile eröffnen Sie endgültig den Räumungsverkauf des Landesvermögens.

Wer fälschlicherweise geglaubt haben sollte, dass diese Einnahmen endlich zum Schuldenabbau oder für **Investitionen** ausgegeben würden, sieht sich ein

(Martin Kayenburg)

weiteres Mal getäuscht. Eine Investitionsausgabe mit einer Quote von 9,1 % zeigt den katastrophalen Tiefstand dieser Regierung.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir erwarten von Ihnen Vorschläge!)

Ich prophezeie Ihnen, Herr Neugebauer: Im Haushaltsvollzug wird das noch sehr viel schlechter aussehen.

Besonders bedenklich sind Kürzungen, die der Finanzminister hier erwähnt hat, im Dachprogramm „ziel“ und insbesondere im Unterprogramm „ZAL“, Zukunft auf dem eigenen Lande.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo wollen Sie sparen?)

Mit Getöse hat Frau Simonis im Landtagswahlkampf ihr Superprogramm „ziel“, Zukunft im eigenen Lande, mit einem Volumen bis 2006 von insgesamt 2 Milliarden € angekündigt. Nach gerade einmal zwei Jahren wird alles wieder eingesammelt. Auch hier: Versprochen - gebrochen!

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles haben wir nicht eingesammelt! Etwas! - Zuruf von der SPD: Wo wollen Sie sparen, Herr Kayenburg?)

- Unter Rot-Grün haben die Schleswig-Holsteiner, lieber Herr Hentschel, eben keine Zukunft mehr im eigenen Lande. Das gilt für die Werftarbeiter genauso wie für die Landwirte. Als einziges norddeutsches Küstenland schöpft Schleswig-Holstein die Möglichkeit der **Werftenhilfe** nicht voll aus.

(Günter Neugebauer [SPD]: So ist das!)

Bei der **Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“** werden schon seit Jahren die angebotenen Bundesmittel nicht in vollem Umfang genutzt.

(Rolf Fischer [SPD]: Wo wollen Sie denn sparen?)

Das Beispiel für die gebrochenen Versprechen, Herr Fischer, liegt bei den LEG-Vorhaben doch auf der Hand. Hier hat die Landesregierung mit besonderer Unzuverlässigkeit gehandelt. Da gab es die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn. Das alles soll nun nicht mehr wahr sein. Plötzlich wird die Finanzierung nicht mehr sichergestellt, ohne Vorwarnung werden Bürger und Kommunen allein gelassen. Ich kann nur sagen: Versprochen - gebrochen! So kann man mit investitionswilligen Bürgern und Kommunen im Land wirklich nicht umgehen.

(Beifall bei CDU und FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein einziger Vorschlag! Kein einziger Vorschlag, etwas zu sparen!)

- Herr Hentschel, ich habe eben schon einmal auf Ihren Parteitag hingewiesen. Ich will Ihnen noch eines mitgeben: Heute wird der Haushalt eingebracht. Dann wird die Detailarbeit gemacht. Dann kommen Vorschläge. - Sie haben offenbar keine Vorschläge. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie im letzten Jahr auch gesagt!)

Unabhängig davon: Auch der viel gepriesene **Hightechstandort** Schleswig-Holstein ist eher virtueller Art in der Presse Ihrer Staatskanzlei.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden alles schlecht!)

- Ich rede nicht schlecht. Sie können die Fakten haben.

Im Jahr 2000 waren in Schleswig-Holstein lediglich 15 Biotechunternehmen ansässig. In Bayern waren das 116. Selbst in jedem östlichen Bundesland gibt es mehr Biotechnologieunternehmen als in Schleswig-Holstein. Das ist die Wahrheit.

Wenn Sie sich die Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnik anschauen, so sehen Sie, dass diese geradezu reihenweise vom Markt gehen. Jedem, der in Kiel an der Hörn entlang fährt, wird das deutlich sichtbar. Dies ist die Bilanz Ihrer Wirtschaftspolitik, Frau Simonis. Investitionsausgaben im Keller, Förderprogramme zurückgefahren, traditionelle Industrien wie beispielsweise die Werften, vernachlässigt, Landwirtschaft nicht ernst genommen und ein virtueller Hightechstandort! Mit dieser Politik machen Sie Schleswig-Holstein alles andere als zukunftsfähig.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch die Bilanz der rot-grünen Landesregierung unter Gerhard Schröder ist in der Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzpolitik verheerend. Das sehen wir jeden Tag. Deutschland ist in Europa inzwischen Schlusslicht beim **Wachstum**. 1990 bis 1998 stieg es im wiedervereinigten Deutschland um 2,2 %. Inzwischen liegen wir 1999 bis 2001 bei nur noch 1,8 %, während das übrige Europa - das ist eben der Beweis, dass das ganze Gerede von globalen Problemen falsch ist - ein Wachstum von 2,5 % zu verzeichnen hatte. Wir sind wirtschaftspolitisch inzwi-

(Martin Kayenburg)

schen leider das Schlusslicht. Das Aufschwunggerede der Regierung Schröder ist nichts als Gesundbeterei.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ihnen sitzen die neuesten Umfrageergebnisse im Nacken!)

Die schlechten Prognosen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute machen doch die ganze Misere deutlich.

Der Kanzler hat in seiner Not seinen alten Freund, den VW-Personalvorstand Peter Hartz, angerufen und hat die Reformvorschläge seiner Kommission in eine plakative Botschaft verpackt. Dass das schief gehen muss, sieht man allein daran: Er macht das wieder einmal zur Chefsache. Das geht genauso schief wie die Chefsache Ost. Wenn Herr Schröder das anpackt, können wir das heute schon vergessen. Großspurigen Versprechen - das garantiere ich Ihnen - geht kein Bürger mehr auf den Leim. Die Quittung dafür werden Sie, meine Damen und Herren von der SPD, gemeinsam mit Herrn Schröder am 22. September bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Vorschläge waren der größte Bluff aller Zeiten. Wir werden darauf am Freitag in einer eigenen Debatte zurückkommen.

Ein weiteres Feld rot-grünen Versagens in Deutschland ist die Bildungspolitik. Die nationale PISA-Studie beweist, dass Sie auch hier versagt haben, Frau Simonis. Die **Hochschulen** in Schleswig-Holstein haben inzwischen so wenig Vertrauen in die rot-grüne Landesregierung, dass Sie ihrer gesetzlichen Verpflichtung, Zielvereinbarungen abzuschließen, geschlossen nicht mehr nachkommen. Der Stifterverband hat die Hochschulgesetze in Deutschland geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Schleswig-Holstein hinsichtlich der Autonomie der Hochschulen, aber auch hinsichtlich der Modernität und Zukunftsfähigkeit im Bundesvergleich weit abgeschlagen liegt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: So ist das!)

Peinlicher kann das Ergebnis Ihrer Hochschulpolitik doch gar nicht ausfallen, Frau Simonis.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das ist der Scherbenhaufen rot-grüner **Schulpolitik** und Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein. Die hierfür verantwortliche Ministerin gehört inzwischen zu den meist überschätzten Mitgliedern im Kabinett Simonis. Heute blickt sie auf eine eindeutige Negativbilanz zurück: Unterrichtsversorgung ungenügend, systematische inhaltliche Defizite durch die PISA-Studie belegt, Vertrauen der ihr nahe stehenden

Gruppierungen verloren, Planstellenlüge, hochschulpolitisches Chaos!

Das passt genau zum Politikstil auch von Heide Simonis: zögern und zaudern bei wichtigen Entscheidungen, kein Mut zu großen Reformvorhaben, viel Wind bei Kleinigkeiten und nichts wirklich umsetzen!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen haben vielleicht die „Kieler Nachrichten“ vom Wochenende Recht: Frau Ministerin, Sie dürfen bleiben, weil es sich mit Ihnen so bequem regieren lässt.

Heute, zur Halbzeit der Legislaturperiode in Schleswig-Holstein und am Ende der Regierungszeit von Gerhard Schröder, ist die Bilanz der rot-grünen Bundesregierung und der rot-grünen Landesregierung in der Bildungs-, der Wirtschafts-, der Arbeitsmarkt-, der Sozial- und Finanzpolitik verheerend. Deutschland und Schleswig-Holstein dürfen aber nicht um ihre Zukunft gebracht werden. Wir brauchen dringend Reformen für Schleswig-Holstein, damit unser Land wieder zukunftsfähig und wettbewerbsfähig wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dabei ist ein Doppelhaushalt zur rechtzeitigen Verschleierung rot-grüner Misswirtschaft vor der nächsten Landtagswahl sicherlich kein Beispiel für Reformen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Die Quittung, meine Damen und Herren von Rot-Grün, werden Sie am 22. September bekommen. Das rot-grüne Projekt jedenfalls ist in Berlin und in Kiel am Ende. Also frei nach Trappatoni: Flasche leer, Rot-Grün hat fertig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heutige 11. September ruft uns auf bedrückende Weise noch einmal die Situation in Erinnerung, die wir vor einem Jahr an den Bildschirmen erleben mussten: das furchtbarste Attentat seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Die Welt ist seitdem in der Tat verändert. Der Präsident hat - aus meiner Sicht - in beeindruckender Weise auf diesen Tag hingewiesen.

(Lothar Hay)

Innenpolitisch hat sich seit dem 11. September 2001 die Situation sowohl in Schleswig-Holstein als auch in der Bundesrepublik Deutschland verändert. Wir mussten lernen, dass Staaten mit freiheitlicher Verfassung trotz verschärfter Sicherheitsbedingungen nie vollständig vor **Terrorismus** geschützt werden können und immer verletzbar bleiben werden. Die Länder haben gemeinsam mit dem Bund ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen, um weiterreichende Möglichkeiten auch im innerstaatlichen Vorgehen gegen mögliche Terroristen zu haben. Wir haben die Sicherheitspakete der Bundesregierung ebenso unterstützt wie die Umsetzung der Rasterfahndung in Schleswig-Holstein. Damit verbunden haben wir seinerzeit die regelmäßige Überprüfung. Das sollten wir in naher Zukunft auch umsetzen. Ich habe gerade mit Interesse eine Mitteilung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter gehört, wonach die Rasterfahndung nicht den erhofften Erfolg gebracht habe. Dann sollten wir diese auch kritisch hinterfragen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechtzeitig sind damals sinnvolle Maßnahmen zur Stärkung von Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und Katastrophenschutz ergriffen worden. Wir werden uns darum bemühen, die auf den Weg gebrachten Maßnahmen so weit wie möglich dauerhaft finanziell abzusichern.

Meine Damen und Herren, wir werden uns morgen ausführlich mit den Folgen der verheerenden **Flutkatastrophe** auseinandersetzen. Aber eines wissen oder ahnen wir schon heute: Die zukünftigen Haushalte unseres Landes werden von dieser verheerenden Jahrhundertflut beeinflusst werden. Der Kanzlerkandidat der Union brauchte eine kurze Zeit des Durchatmens, um wahrzunehmen, dass hier Einschneiden passiert war.

Die Niederschläge und Überschwemmungen der letzten Wochen haben eine Verwüstung hinterlassen, die die schlimmsten Befürchtungen übertroffen haben. Wir müssen und wir werden die Opfer bei den Aufbauarbeiten als nicht oder nur leicht betroffenes Land nach Kräften unterstützen müssen. Wir werden das auch tun.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Zu danken ist den vielen Freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz, der Polizei und den vielen Hilfsorganisationen und unzähligen Bürgerinnen und Bürgern, die in den betroffenen Gebieten über Wochen im Einsatz waren. Wegen unserer Betroffenheit gilt

natürlich ein besonderer Dank den Menschen in Schleswig-Holstein, die im Herzogtum Lauenburg einen Deichbruch verhindert haben.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

In schwierigen Zeiten haben Menschen zusammengestanden. Das ist aus meiner Sicht die positivste Erfahrung aus der Katastrophe. Zu danken ist allen Organisationen, allen Gremien und Verantwortlichen im Herzogtum Lauenburg für die Organisation der ineinander greifenden Maßnahmen und natürlich auch unserer Landesregierung.

Die Bewältigung der Hochwasserkatastrophe ist zweifellos eine nationale Aufgabe, an deren Finanzierung wir uns mit Sicherheit in den nächsten Jahren beteiligen müssen. Klar ist: An den Flussläufen von Elbe und Donau oder an der Nord- und Ostsee hat für uns Sozialdemokraten der Schutz von Menschen und deren Hab und Gut absolute Priorität.

(Beifall bei SPD, FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ohne in die Ursachenforschung einsteigen zu wollen: Es liegt doch wohl auf der Hand, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Klimaentwicklung - ich habe das schon sehr vorsichtig formuliert - diese und andere Katastrophen zumindest begünstigt hat. Hinzu kommen eine Begradigung der Flüsse, nicht nur der großen, eine Politik, die Siedlungen direkt an die Flüsse herangeführt hat, eine Flächenversiegelung, die glaubte, keine Rücksicht auf jetzt zu erkennende Gefahren nehmen zu müssen, und eine Landwirtschaft, die durch den Rückgang von Grünland leider ebenfalls einen negativen Beitrag geliefert hat.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klar ist natürlich auch, dass der jetzt geforderte Rückbau als Schutz kein Allheilmittel ist. Denn niemand von Ihnen wird ernsthaft vorschlagen wollen, Innenbezirke hochwassererprobter Städte wie Dresden, Meißen oder Pirna oder Lauenburg abzureißen. Vielmehr sind hier Maßnahmen zu ergreifen, damit in Zukunft die Menschen dort geschützt vor Hochwasser leben und arbeiten können.

(Beifall bei SPD und FDP - Klaus Schlie [CDU]: Das hört sich gut an!)

Lassen Sie mich das für meine Person an dieser Stelle deutlich sagen: Wir müssen uns mit der Frage des weiteren Ausbaus der Elbe kritisch auseinandersetzen. Wir müssen neue Fakten bekommen, neue Be-

(Lothar Hay)

wertungen vornehmen und dann Entscheidungen treffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die gerade zu Ende gegangene Konferenz von Johannesburg zeigt ein weiteres Mal, dass die kleinen Fortschritte deutlich hinter den dringenden Notwendigkeiten zurückbleiben.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Reden Sie jetzt über den Haushalt?)

Solange die USA und Japan weiter glauben, **Umweltschutz** sei etwas für alle anderen und Flüsse kein Thema, werden entscheidende Schritte nach vorn nicht gelingen. Meine Damen und Herren von der Opposition, welchen Stellenwert der Umweltschutz bei Ihnen, in Ihrem Kompetenzteam einnimmt, das haben wir in den letzten Wochen und Monaten deutlich gespürt. Da haben Sie noch Nachholbedarf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch eines in Richtung von so genannten Superschlaun in der Finanzpolitik sagen.

(Klaus Schlie [CDU]: Er scheint zum Haushalt zu kommen!)

Sollte es wirklich so sein, dass aufgrund der nationalen Flutkatastrophe die Maastricht-Kriterien in diesem Jahr nicht erfüllt werden können, so heißt meine klare Antwort: Hilfe für die Opfer und die betroffenen Regionen geht eindeutig vor Maastricht-Kriterien.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es noch eines Beweises für die Notwendigkeit einer Politik der Nachhaltigkeit bedurft hätte: Die Flutkatastrophe hat ihn geliefert. Die Flutkatastrophe hat gezeigt, dass eine unveränderte Fortführung der Lebens-, Wirtschafts- und Konsummuster die schon bestehenden Umweltprobleme noch steigern wird. Deshalb muss sich in Zukunft ökonomisches Wachstum noch stärker an den ökologischen und sozialen Machbarkeiten orientieren. Der Begriff von qualitativem Wachstum muss und wird wieder an Bedeutung gewinnen.

Die Landesregierung wird diese Erkenntnisse sicherlich bei der weiteren Entwicklung ihrer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie in den nächsten Wochen mit zu berücksichtigen haben.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf 2003 - -

(Zurufe von der CDU: Ah, ah, ah!)

- Das hat alles mit dem Haushaltsentwurf zu tun.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Ja, bestimmt!)

Ich freue mich, dass Sie das auch verstehen.

Der Haushaltsentwurf 2003 zeigt eines deutlich: Will der Staat seine Aufgaben weiter so erfüllen, wie Bürgerinnen und Bürger es von ihm erwarten, dann sind zurzeit weitere Steuersenkungen ausgeschlossen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Tolle Erkenntnis!)

Diese Analyse trifft nicht nur auf Schleswig-Holstein zu, sondern auf fast alle Bundesländer. Auch die FDP muss mit ihrem vermeintlichen Kanzlerkandidaten endlich erkennen, dass verlässliche Einnahmen des Staates erst die Grundlage dafür schaffen, dass die von den Menschen erwartete Grundversorgung in den Bereichen Bildung, soziale Sicherheit und innere Sicherheit auch vom Staat garantiert werden kann. Deshalb ist es dort nicht mehr mit einem Spielreim getan.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir müssen selbstkritisch sagen - wir haben ja auch der Steuerreform zugestimmt -, dass die Erwartungen, die wir hatten, durch das Absinken der Steuern nicht eingetroffen sind; das erhoffte Wirtschaftswachstum ist nicht eingetreten. Wir haben uns mit den verminderten Einnahmen sowohl auf Landesseite als auch auf kommunaler Seite zu beschäftigen. Wie schwierig diese Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten gewesen ist und wie sie auch noch in Zukunft sein wird, hat die Mai-Steuerschätzung deutlich gemacht: Allein Schleswig-Holstein musste 117 Millionen € ausgleichen und die erwarteten **Steuereinnahmen** bis zum Jahre 2005 mussten um 1 Milliarde € nach unten korrigiert werden.

Aus diesen Zahlen wird doch eines deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren: Was wir brauchen, ist eine Stabilisierung der Steuereinnahmen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Ich gehe jetzt noch einen Schritt weiter. Der Bund sollte zugunsten von Ländern und Kommunen auf einen zu vereinbarenden Teil seiner Einnahmen verzichten. Wir brauchen eine Reform der Finanz-

(Lothar Hay)

beziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zugunsten von Ländern und Kommunen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hay, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen?

Lothar Hay [SPD]:

Nein. - Bedauerlicherweise ist die Lage für die Kommunen mindestens ebenso schwierig wie für das Land. Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung im März 2002 die Einsetzung einer Kommission zur Gemeindefinanzreform beschlossen hat. Sie soll bereits Mitte 2003 konkrete Vorschläge zu den drängenden Fragen der **Gemeindefinanz** vorlegen. Insbesondere werden dabei der drückende Ausgabenblock der Sozialhilfe und die Frage der Verzahnung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine wichtige Rolle spielen.

Allein schon die Entwicklung der Gewerbesteuer - der Finanzminister hat hierauf schon hingewiesen - macht den dringenden Reformbedarf deutlich; nicht zuletzt wegen ihrer Konjunkturabhängigkeit hat sie ihre Eigenschaft als stabile und ergiebige Einnahmequelle der Kommunen längst verloren. Das beste Beispiel dafür ist, dass die jüngste Stadt in Schleswig-Holstein, Büdelsdorf, unter diesem Einbruch der Gewerbesteuer massiv zu leiden hat. Deshalb muss die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer zwingend verbreitert werden und das muss auch Gegenstand der Kommissionsarbeit sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Aufgrund der engen Zeitvorgaben habe ich die Hoffnung, dass sofort nach Vorlage der Ergebnisse der Kommission die Umsetzung in Angriff genommen wird. Es muss so früh wie möglich zu einer finanziellen Entlastung der Kommunen kommen.

Der Silberstreif am Konjunkturland hat sich momentan noch nicht verbreitert. Zwar weisen Wirtschaftsleute auf ein verstärktes Wachstum für das Jahr 2003 hin, für 2002 sind die Prognosen aber erneut nach unten korrigiert worden. Gestern gab es ja die Meldung, dass ein Wirtschaftsforschungsinstitut von einem Wachstum im Jahr 2002 von nur noch 0,6 % ausgeht, was eine weitere Korrektur nach unten bedeutet.

Wir werden uns dann sicherlich leider im November bei der nächsten Steuerschätzung mit diesem erneuten Absinken des Wachstums zu beschäftigen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Ich mache aus dieser schwierigen Konjunkturlage gar keinen Hehl, Herr Jensen-Nissen. Aber Sie wissen doch genauso gut wie wir, dass wir als Schleswig-Holstein kein Insel sind, dass wir diese **Konjunktur** nur am Rande beeinflussen können.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Dies machen wir auch. Wir leben doch in einer globalisierten Welt. Für diese Konjunkturlage sind doch ganz andere verantwortlich. Das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Widerspruch bei der CDU)

Die schwierige Konjunkturlage beruht auf einem nicht in dem notwendigen Maß anspringenden Export und auf einer ausgesprochenen Zurückhaltung der Menschen beim privaten Konsum. Dies hat zu einer sehr problematischen Inlandsnachfrage geführt. Diese findet ihre Ursache auch darin - das muss man auch ungeschminkt sagen -, dass tatsächlich vielerorts die Umstellung von DM auf Euro zu deutlichen Preiserhöhungen geführt hat. Die Folge war und ist eine erhebliche Kaufzurückhaltung bei den Menschen, die bis in das dritte Quartal hinein einen positiven Trend bei der Binnennachfrage verhindert hat.

Der entscheidende Jobmotor in Deutschland und noch mehr in Schleswig-Holstein sind die mittelständischen Unternehmen. Wir sind uns der Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft in unserem Bundesland bewusst und wir werden diese auch nach Kräften unterstützen. Dabei werden die Rahmenbedingungen nicht zuletzt aufgrund von Basel II - das sollten wir im Haus vielleicht auch noch einmal intensiver diskutieren - schwieriger.

(Günter Neugebauer [SPD]: Da hat er leider Recht! - Zurufe von der CDU)

Ich will deutlich sagen, dass wir eine leistungsfähige Sparkassenstruktur in Schleswig-Holstein auch in Zukunft brauchen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall beim SSW)

Dies ist ein nicht zu vernachlässigender Standortvorteil für unsere Wirtschaft. Wir haben die Bedenken

(Lothar Hay)

hier in einer ersten Diskussionsrunde zu diesem Thema vorgetragen. Die Bundesregierung hat sich mit diesen Bedenken auseinander gesetzt und sie in die Verhandlungen von Basel II eingebracht. In Basel ist für Deutschland der große Durchbruch erreicht worden. „Das Schlagwort Basel II wird für den Mittelstand seinen Schrecken verlieren“, so kommentiert der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Jochen Sanio, vor kurzem den neuen Beschluss des Baseler Ausschusses.

Die SPD-Landtagsfraktion hat vor kurzem ein Mittelstandsparlament durchgeführt und dabei ist eine Forderung herausgekommen, die ich mir zumindest persönlich zu Eigen mache: Zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung sollten wir gemeinsam dringend anstreben, denjenigen einen wirklichen Steuervorteil einzuräumen, die ihre Gewinne in den Unternehmen lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall beim SSW)

Dies könnte die Eigenkapitalquote vieler deutscher Unternehmen entscheidend verbessern.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Wer hat denn diese unselige Steuerreform beschlossen? Als wenn Sie das nicht gewusst hätten!)

Meine Damen und Herren, der **Mittelstand** hat sich in den zurückliegenden Jahren, auch was die Ausbildung junger Menschen angeht, als verantwortungsbewusst erwiesen. Dies kann man über Großkonzerne nicht unbedingt sagen. Fast jeder Gewinneinbruch wird heute reflexartig mit einem deutlichen Abbau von Arbeitsplätzen beantwortet. Da muss man die Frage stellen: Wo ist die Verantwortung der Vorstände für ihre Arbeitnehmer? Sich in seinen Entscheidungen nur nach den vermeintlichen Wünschen der Aktionäre zu richten, zeugt von einer unglaublichen Ignoranz gegenüber den eigenen Mitarbeitern und vor allen Dingen auch gegenüber der gesamten Gesellschaft.

(Beifall bei SPD und SSW)

Nun lassen Sie mich kurz auf das eingehen, was aus meiner Sicht von der Landesregierung sehr erfolgreich auf den Weg gebracht worden ist:

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Jetzt wird es spannend!)

die beschlossene Fusion der Schleswig-Holsteinischen **Landesbank** und der Hamburgischen Landesbank! Wir werden darauf ja im Laufe des heutigen Tages noch vertieft eingehen.

Die SPD-Fraktion beglückwünscht unsere Landesregierung zu diesem Erfolg ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU:
Oh, oh! - Martin Kayenburg [CDU]: Dieses Wort wird Sie noch einmal einholen!)

Ich bin gespannt, Herr Kayenburg, welche Haare Sie dort noch zu finden versuchen. Ich gehe davon aus, dass die Fusion Motor für eine noch weitergehende Zusammenarbeit auch im staatlichen Bereich mit Hamburg sein wird und sein muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die neue Bank wird auch in Zukunft konkurrenzfähig sein und eine hervorragende Rolle im Ostseebereich spielen. Der Bankenplatz Kiel ist gesichert und damit auch die Versorgung des Mittelstandes beider Bundesländer, und zwar von Kiel aus mit den wichtigen Bankdienstleistungen. Das, glaube ich, haben viele nicht erwartet.

Zu danken ist unserer Ministerpräsidentin und unserem Finanzminister für das Verhandlungsgeschick.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Nicht vergessen werden darf bei dem Dank der Vorstandsvorsitzende der Landesbank Schleswig-Holstein, Dr. Rümker, ohne dessen Weitsicht, Engagement und Tatkraft

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Landesbank nicht dort stünde, wo sie heute steht. Er hat die entscheidenden Weichen für die Zukunft gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Im **Haushalt 2003** wird es in vielen Bereichen zu weiteren Kürzungen kommen. Daraus machen wir keinen Hehl. Wir werden es jedoch schaffen, die zentralen Punkte Arbeit, Bildung, Innovation und innere Sicherheit zu erhalten. Zu den Kürzungen im Umfang von 200 Millionen € werden zur Schließung der Deckungslücke von circa 280 Millionen € weitere 80 Millionen € durch zusätzliche Teilverkäufe von Lotto und Landesentwicklungsgesellschaft aufgebracht werden müssen. Ich gestehe selbstkritisch, dass ich mich im letzten Jahr geirrt habe, als ich sagte, einen weiteren Verkauf der LEG dürfe es nicht geben. Wenn man sich aber nicht irren darf, dann sollte man als Politiker abtreten. Irren ist menschlich und man muss offen erklären, aus welchen Gründen man einen anderen Weg gehen muss. Das hat etwas mit der all-

(Lothar Hay)

gemeinen Finanzlage zu tun. Wir als SPD-Fraktion werden einem weiteren Verkauf der LEG zustimmen, wenn es unumgänglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Die **Bildungspolitik** bleibt weiterhin einer unserer Schwerpunkte. Grundsätzlich teile ich die von unserem Bundeskanzler Gerhard Schröder im TV-Duell am Sonntag geäußerte Auffassung, dass die Reform unseres Bildungssystems durch Bundesgesetze auf den Weg gebracht werden muss, wenn die Länder sich gegenseitig blockieren oder sich als zu zögerlich erweisen. Dann muss der Bund handeln, damit wir vorankommen und uns nicht jahrelang über Kompetenzen streiten. Ich glaube, das muss ein Ergebnis der sich schon jetzt abzeichnenden Kompetenzdiskussion sein.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn wir Deutschlands Bildungssystem auf internationales Niveau bringen wollen, dann muss es Veränderungen geben. Wir müssen ideologiefrei auch über Vorschläge diskutieren, wie sie gerade die Unternehmensberatung McKinsey auf den Weg gebracht hat. Ich glaube, der richtige Weg ist es, junge Menschen auf der einen Seite stärker zu fordern und auf der anderen Seite stärker zu fördern. Dies sind die beiden entgegengesetzten Pole, die sich wie ein roter Faden durch Veränderungen im Bildungswesen ziehen müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Finanzminister hat darauf hingewiesen, dass wir es auch im Haushaltsjahr 2003 schaffen wollen, weitere 200 neue Planstellen im schulischen Bereich zu schaffen. Es ist uns nicht leicht gefallen, diesen Kompromiss zu erreichen: 150 neue Stellen werden geschaffen, 50 Stellen sollen aus dem Bestand erwirtschaftet werden. Lassen Sie es mich als ehemaliger Lehrer deutlich sagen: Wichtig ist für mich nicht die Frage der Stellen, sondern wie viel Unterricht an den **Schulen** ankommt. Danach beurteile ich die Unterrichtsversorgung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir begrüßen die von Ute Erdsiek-Rave gemachte Ankündigung, ab dem Schuljahr 2003/2004 mit der Einführung fester Grundschulzeiten zu beginnen. Gestartet werden soll mit den ersten und zweiten Klassen im Hamburger Randgebiet. Wenn damit teilweise ein Abschied von den üblichen 45 Minuten

Unterrichtszeit erfolgt, so ist ein kleines Stückchen Weisheit aus PISA aufgegriffen worden. Auch eine Konzentration der Sprachförderung für ausländische Kinder ist ein richtiger Schritt. Zusätzlich beginnt in diesem Schuljahr an circa 80 Schulen der Einstieg in Ganztagsangebote. Bei den sehr unterschiedlichen Initiativen und Gruppen vor Ort zeigen sich viel Kreativität und Eigeninitiative. Das Angebot des Landes ist aufgegriffen worden und den ewigen Schwarzmalern mit bürokratischer Erfahrung darf man sagen, dass auch mit kleinen Summen eine Menge bewegt werden kann. Man muss sich nur einmal vor Ort erkundigen, was alles gemacht wurde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bereich der Kindertagesstättenförderung soll noch in diesem Jahr eine Neuregelung auf den Weg gebracht werden, die sich an belegten Plätzen ausrichtet und die unterschiedlichen Betreuungszeiten und verschiedenen Angebotsformen berücksichtigt. Inhaltlich muss daran gegangen werden, auf der Grundlage der Erkenntnisse aus der PISA-Studie den Bildungsauftrag der **Kindertagesstätten** weiterzuentwickeln. Ich stelle mir die Frage, ob es für uns in Schleswig-Holstein auch ein Weg ist, im Kindergartenbereich nicht nur zu fördern, sondern auch zu fordern. Andere Länder gehen diesen Weg. Wir müssen uns intensiv damit beschäftigen, ob wir eine andere, qualitativere und höhere Ausbildung der Vorschulpädagogen brauchen. Andere Industrienationen zeigen, dass das so falsch nicht sein kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie mich kurz auf den Hochschulbereich eingehen: Für die **Hochschulen** erwarten wir Ende dieses Jahres die Ergebnisse der Erichsen-Kommission, die eine Bewertung der Hochschulstruktur des Landes vorlegen und gleichzeitig Vorschläge für Veränderungen machen wird. Ich gehe davon aus, dass wir Vorschläge bekommen werden, die man als einschneidend bezeichnen muss. Es ist dann unsere Aufgabe in diesem hohen Haus, diese Vorschläge - wenn wir sie als richtig erachten - auch gegen regionale Proteste durchzusetzen, wenn es uns gelingen soll, auch in Zukunft in Schleswig-Holstein ein leistungsfähiges Hochschulwesen zu haben. Dies muss geschehen. Daran müssen wir uns alle messen lassen. Nur wer in dieser Frage den unbequemen Weg geht, wird am Ende Erfolg haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lothar Hay)

Ein jährlich wiederkehrendes Thema in den Haushaltsberatungen ist die Frage, wie wir als Landtag und Haushaltsgesetzgeber mit den **Minderheiten** umgehen. Wir als SPD-Landtagsfraktion streben hier die Überrollung der Summen des Jahres 2002 an.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

- Herr Kollege Hielmcrone, wir freuen uns, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Gespräch mit der friesischen Volksgruppe und der dänischen Minderheit zugesichert hat, sich für eine Kontaktstelle beim Deutschen Bundestag einzusetzen. Hier wird nachgeholt, was beim dänischen Folketing schon die Regel ist. Der Bundeskanzler hat sich auch positiv zu der für das kommende Jahr geplanten Förderung der Friesen durch Projektmittel im Umfang von 250.000 € geäußert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Das ist der richtige Weg, wenn auch der Bund erkennt, dass er eine Verantwortung für Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland hat.

(Beifall bei SPD und SSW)

Im Dezember letzten Jahres hatte ich das Thema **Gebietsreform** in meiner Haushaltsrede aufgegriffen. Das Beispiel der Stadt Fehmarn zeigt, dass der Weg von unten nach oben - was Veränderungen betrifft - der richtige Weg ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vernünftige Verwaltungsstrukturen, Kostenreduzierungen und optimale Gemeinde- und Ämtergrößen werden von den Kommunalpolitikern vor Ort oft besser erkannt, als wenn wir den Versuch machen, von der Landesebene aus etwas überzustülpen.

(Beifall bei SPD und FDP - Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig!)

Ich erwarte noch mehr Beispiele wie das der Stadt Fehmarn. Wir sollten zu diesem Weg ermuntern, ihn unterstützen und uns selbst daran ein Beispiel nehmen.

Das dringendste Problem habe ich mir bis zum Schluss aufgehoben. Ich meine die **Arbeitslosigkeit**. Ich weiß, dass Selbstkritik für Politiker außergewöhnlich ist. Zwar bin ich erfreut darüber, dass die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat zurückgegangen ist, dennoch haben wir in Schleswig-Holstein aber nach wie vor eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit. Auch nach dem 22. September wird es keinen Königsweg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit geben.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind uns aber sicher, dass viele Vorschläge der Hartz-Kommission ihren Teil zur Entbürokratisierung und damit gleichzeitig zur beschleunigten Vermittlung beitragen können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig und konsequent, wenn sich unsere Sozialministerin Heide Moser entschieden hat, gemeinsam mit den Sozialpartnern dort schon jetzt Lösungen in Angriff zu nehmen, wo die Vorschläge sinnvoll und ohne großen Aufwand umsetzbar sind. Dies gilt zum Beispiel für sofortige Vermittlungsaktivitäten der Arbeitsämter nach Kündigung eines Arbeitsverhältnisses. Dies gilt auch bei der Frage der Freistellung von Gekündigten zur Arbeitssuche. Das ist der richtige Weg, wie wir es in Schleswig-Holstein schaffen können, wieder mehr Menschen in Arbeit und Brot zu bekommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für uns in den Ländern ist der Blick auf den Termin der Bundestagswahl am 22. September von großer Bedeutung. Schließlich wissen wir aus der nahen Vergangenheit, dass viele Berliner Entscheidungen die Landesebene stärker berücksichtigen, als uns lieb ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Unter diesem Gesichtspunkt können die Länder nur hoffen, dass die alte Bundesregierung auch die neue ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heiterkeit bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Gerade die Grünen müssten das hoffen!)

- Warten Sie ruhig ab! - Schaut man nämlich auf das Vorhaben der heutigen Berliner Opposition, so treffen Neuverschuldung in zweistelliger Milliardenhöhe durch die Union und Forderung nach umfangreichen Steuersenkungen vonseiten der FDP aufeinander. Länder und Gemeinden sind mittelfristig aber nicht in der Lage, Steuersenkungen über die jetzt beschlossenen hinaus zu verkraften. Weitere Verschuldungen treffen zukünftige Generationen. Das ist eine Politik, die mit Sozialdemokraten nicht machbar ist.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Im Haushaltsplanentwurf des Jahres 2003 werden die

(Lothar Hay)

Schwerpunkte Arbeit, Bildung und innere Sicherheit ganz oben stehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das sagten Sie schon!)

Wir werden gemeinsam mit der Landesregierung weitere Kürzungen vornehmen. Ferner werden wir beabsichtigte strukturelle Maßnahmen unterstützen und durch eigene Vorschläge ergänzen. Wir Sozialdemokraten blicken mit froher Erwartung auf den 22. September. Die SPD-Landtagsfraktion wird für den zweiten Teil der Legislaturperiode gemeinsam mit der Landesregierung am politischen Schwungrad drehen,

(Beifall bei der SPD – Zuruf von CDU und FDP: Oh! - Zuruf von der CDU: Haben Sie die Grünen verloren? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bravo!)

sodass wir unser Land im gesteigerten Tempo bis 2005 ein deutliches Stück voranbringen. Die Opposition hat wie immer keine Vorschläge gemacht.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich weitere Gäste begrüßen. Auf der Tribüne haben Platz genommen Mitglieder der AG 60 plus aus Burg auf Fehmarn. In Zukunft muss es wohl Stadt Fehmarn heißen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies wäre der Platz für eine Generalabrechnung mit der Landesregierung, insbesondere so kurz vor der Bundestagswahl.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja und?)

Wie schön wäre es, wenn dies angebracht wäre. Die Opposition würde alle möglichen Argumente bemühen, um die Landesregierung schlecht zu reden. Aber es ist nicht an der Zeit. Ich brauche mir keine Argumente zu suchen, um die Landesregierung schlecht zu reden.

(Zuruf von der FDP: Sie ist schlecht!)

Die Wirklichkeit ist schlimm genug. Die Argumente liefern die amtlichen Statistiken. Wenn Politik die Geschehnisse einer Gesellschaft beeinflusst - davon sind

wir alle ja überzeugt, sonst wären wir nicht in diesem Parlament -, dann sind die Regierung und die sie tragenden Kräfte zumindest mit verantwortlich für diesen Einfluss, dann ist die Regierung Simonis auch mit verantwortlich für die vergleichbar schlechte Entwicklung in Schleswig-Holstein, dann ist die Regierung Schröder zumindest auch mit verantwortlich für die vergleichbar schlechte Entwicklung in Deutschland. Seit 1988 trägt die SPD die politische Hauptverantwortung für die Entwicklung in Schleswig-Holstein. Aber ich möchte noch etwas früher anfangen, viel früher. Bevor Adam und Eva aus dem Paradies hinausgeschmissen wurden, gab es für alle alles zum Nulltarif. Das Paradies auf Erden. Seit dem Fiasco im Paradies ist auf dieser Erde zwar vieles umsonst, aber nichts ist kostenlos.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- Das ist Ihr Problem, Herr Fischer. Das ist das Problem der Regierungsfraktion. Was Sie anstellen, ist meistens umsonst, aber die Menschen müssen es trotzdem bezahlen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie bezahlen es mit hoher Arbeitslosigkeit, mit Wachstumsschwäche, mit erdrückenden Steuerlasten, mit einem nahezu zahlungsunfähigen Sozialsystem, mit maroden Bildungssystemen, mit kaputten Straßen, mit zu wenig Lehrern und Polizisten und mit staatlicher Gängelei allerorten und allen Zeiten. Als Ausgleich bieten Sie wohlfeile sozialökologisch romantische Luftschlösser.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Arbeit, Bildung und Innovation sollten die Schwerpunkte sein. Arbeitslosigkeit, Bildungskatastrophe und Ideenlosigkeit kennzeichnen die tatsächliche Regierungsarbeit.

(Beifall bei FDP und CDU)

Eine erste Statistik als Beleg: Rot-Grün regiert noch im Bund, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Alle drei Gebietskörperschaften sind in ihren Vergleichsgruppen die wirtschaftlichen Absteiger. Beim **Wirtschaftswachstum** ist Deutschland Letzter in Europa. Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind unter den westdeutschen Bundesländern die Letzten. Hier können Sie Ihren Kopf schütteln, Herr Fischer. Sie müssen einfach einmal die Zahlen zur Kenntnis nehmen. So ist es schlicht und ergreifend. Wo Rot-Grün regiert, ist Schluss mit Wachstum und Wohlstand. Deshalb muss sich etwas ändern, und zwar so schnell wie möglich, damit Tagträumereien nicht mehr die Schicksale der Menschen

(Wolfgang Kubicki)

besiegeln, damit die immer noch drittgrößte Industrialisation der Erde ihre Kräfte zum Wohle der Menschen endlich wieder entfaltet und damit Schleswig-Holstein endlich aus dem Mauerblümchendasein unter den Bundesländern herauskommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir nun zu den erklärten Schwerpunkten Ihrer Regierungskoalition, nämlich Arbeit, Bildung und Innovation. Zunächst zur Arbeit oder - besser gesagt - zur **Arbeitslosigkeit**. Mehr als 4 Millionen offiziell arbeitslose Menschen, mehr als 1,7 Millionen verdeckt arbeitslose Menschen, das macht fast 6 Millionen Menschen und deren Angehörigen in Deutschland, denen einer der wesentlichsten Quellen für ein selbst bestimmtes Leben verwehrt wird, nämlich das selbst erarbeitete Einkommen. Es sind fast 6 Millionen Menschen, deren Kraft nicht zu Wachstum und Wohlstand Deutschlands beitragen kann. Warum? - Weil es zu teuer ist, diese 6 Millionen Menschen zu beschäftigen. Der einzige Weg, die 6 Millionen Arbeitslosen in Beschäftigung zu bringen, besteht darin, Arbeit preiswerter zu machen, damit die Unternehmen bereit sind, mehr Menschen einzustellen. Denn Unternehmen beschäftigen nur dann zusätzliche Arbeitskräfte, wenn deren Arbeit mehr einbringt als sie kostet. In Deutschland bedeutet 1 € Bruttolohnerhöhung, dass die Arbeitskosten der Unternehmen um zusätzlich 1,2 € steigen, unter anderem auch wegen der Sozialversicherungsbeiträge. In Kürze, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden diese Beiträge steigen. Die Erhöhung des Beitrags zur Rentenversicherung konnte vor der Bundestagswahl nur verhindert werden, weil die Umlaufreserve um 20 % gekürzt wurde. Sie reicht jetzt nicht mehr für einen Monat, sondern nur noch für 24 Tage. Der Rentenversicherungsbeitrag wird steigen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genauso ist es!)

Die gesetzlichen Krankenversicherungen hatten im ersten Halbjahr ein Defizit von 2,4 Milliarden €. Das wird im zweiten Halbjahr bestimmt nicht abgebaut. Wahrscheinlich wird es nicht nur nicht sinken, sondern sogar steigen. Daran werden auch das Weihnachtsgeld oder Tarifierhöhungen nichts ändern. Die Krankenkassenbeiträge werden steigen. Dann wird Arbeit noch teurer. Die Unternehmen werden noch weniger Menschen zusätzlich einstellen und mehr Menschen entlassen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur die Unternehmen werden von den Kosten der Arbeit abgeschreckt. Beim deutschen Durchschnittsverdiener werden für 1 € zusätzliche Bruttowertschöpfung 65,6 ct Steuern und Abgaben fällig. Es bleiben 34,4 ct zusätzlicher Nettolohn. Steigende **Sozialversiche-**

rungsbeiträge und **Steuern** verschlechtern die Anreize zu arbeiten weiter. Das sind die Ursachen für die deutsche Massenarbeitslosigkeit. Nur wenn Arbeit preiswerter wird, werden mehr Menschen Arbeit finden.

(Zurufe von der FDP: So ist es!)

Was sagt dazu Rot-Grün auf allen Ebenen? - In der letzten Woche wurden die neuesten Arbeitslosenzahlen verkündet. Schleswig-Holstein 8,3 %, Westdeutschland 7,8 %, Bayern 5,9 %, Baden-Württemberg 5,5 %. Frau Ministerin Moser kommentierte dies mit erfolgreicher Stagnation. Kollege Baasch forderte daraufhin, den günstigen Trend in Schleswig-Holstein zu konsolidieren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Peinlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stagnierende Massenarbeitslosigkeit als Erfolg zu verbrämen, kann doch nicht Ihr Ernst sein. Die Träumereien des Kollegen Baasch, so sehr ich ihn auch schätze, werden hoffentlich niemals Wirklichkeit.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Der Anteil der schleswig-holsteinischen Arbeitslosen an den westdeutschen Arbeitslosen hat sich seit 1995 um 18 % erhöht. Dieser Trend zeigt nach oben.

(Zuruf von Ministerin Heide Moser)

- Frau Ministerin Moser, das sind Ihre amtlichen Statistiken, aus denen ich hier vortrage. Ich belege Ihnen das gleich.

(Ministerin Heide Moser: Ich bezweifle nicht die Zahlen, sondern die Bewertung!)

- Wenn wir feststellen, dass sich der Anteil der schleswig-holsteinischen Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den westdeutschen Arbeitslosen um 18 % erhöht hat, dann brauche ich das nicht zu bewerten. Die Zahlen sprechen für sich. Wir verschlechtern unsere Position. Dagegen müssen wir etwas tun.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zum Vergleich: Unsere Bevölkerung ist in diesem Zeitraum um 3 % gestiegen, während Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur um 6 % gestiegen ist. Ergebnis: Die Arbeitslosigkeit entwickelt sich in Schleswig-Holstein schlimmer als in Westdeutschland, und zwar trotz oder vielleicht auch gerade wegen ASH 1 bis ASH 2000 oder 200 X. Diesen schlimmen Trend - in den Augen des Kollegen Baasch ist dieser Trend günstig - wollen wir auf keinen Fall konsolidieren. Wir wollen, dass die hohe Arbeitslosigkeit zu Ende geht, und zwar in Deutsch-

(Wolfgang Kubicki)

land und in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung will dies anscheinend nicht. Darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen.

Ich wiederhole noch einmal die dicksten Sargnägel für die Beschäftigung in Deutschland: gesetzlicher Anspruch auf Teilzeit, Einschränkung geringfügiger Beschäftigungen und befristete Arbeitsverträge, Verschärfung der Mitbestimmung und der Regelungen zur so genannten Scheinselbstständigkeit! Alle Experten bestätigen die schädliche Wirkung dieser Arbeitsmarktgesetze, vor allem diejenigen,

(Anke Spoorendonk [SSW]: Welche denn? - Zuruf von der SPD: Keine Ahnung!)

die vom Staat für ihre Beurteilung von Gesetzes wegen beauftragt sind, nämlich die Wirtschaftsfor- schungsinstitute und der Sachverständigenrat.

Deshalb sollten diese Regelungen über die Hartz-Kommission ja auch wieder zurückgenommen werden.

(Widerspruch der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wenn Sie mir nicht glauben wollen - ich habe das Kopfschütteln der von mir sehr geschätzten Kollegin Spoorendonk durchaus wahrgenommen; ich hoffe, sie versteht meine Sprache -, dann glauben Sie bestimmt einem Prominenten, der es nach Ansicht der Sozialdemokraten wissen muss. Ich zitiere:

„Deutschland als eine der reichsten Nationen der Welt leidet unter einer bedrückend hohen Massenarbeitslosigkeit. Die Ursachen dafür sind nur zum Teil, höchstens zu einem Viertel, konjunkturell, sie sind überwiegend, aber zumindest zu drei Vierteln, strukturell. Einige Indikatoren lassen sich nennen: zu hohe Arbeitskosten, mangelnde Flexibilität bei den Arbeitszeiten und in den Erwerbsbiographien überhaupt, eine unzureichend entwickelte Dienstleistungsindustrie, zu hohe Regulierungsdichte durch den Staat und die Bürokratie, ein Steuerrecht, dem es an Transparenz fehlt und das Unternehmen und Haushalte über Gebühr belastet, zu geringe Innovationsgeschwindigkeiten und zu lange Transferzeiten zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und Umsetzung in der Produktion. Aus all diesen Gründen liegt die Beschäftigungsschwelle bei uns unerträglich hoch.“

Das sind die Ausführungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder 1999 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Ich kann nur sagen: Recht hat der Mann. Und, Herr Fischer, wer schon 1999 diese Erkenntnisse hatte und bis jetzt auf die **Hartz-Kommission** warten musste, um mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission angeblich innerhalb von drei Jahren zwei Millionen Arbeitslose in die Beschäftigung zu führen, der hat es nicht verdient, weiter zu regieren, weil er seit drei Jahren für zwei Millionen Beschäftigungslose verantwortlich ist, die die öffentlichen Haushalte in unerträglicher Weise belasten.

(Lebhafter Beifall bei FDP und CDU)

Die Landesregierung, die sich ständig ihrer wirtschaftspolitischen Weitsicht rühmt, hat im Bundesrat gehorsam die Hand gehoben für die Beschäftigungsvernichtungsgesetze. Aus jeweils sozialen Gründen selbstverständlich, wie ich unterstelle. Die größte gesellschaftliche Ungerechtigkeit in Deutschland aber ist die politisch verursachte Massenarbeitslosigkeit.

Der zweite Schwerpunkt der Landesregierung ist die Bildung. Ihre **Bildungspolitik** ist eine Katastrophe! Nicht gemessen an den Absichten, aber im Leben zählen die Ergebnisse!

Erstens. Die **PISA-Studie** bestätigte, was alle längst wussten, Sie aber beständig selbstgefällig abtaten: Das deutsche Bildungssystem ist international auf einem Abstiegsplatz. Im Land der Dichter und Denker lernen immer weniger Kinder richtig lesen, rechnen und schreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- In Schleswig-Holstein, Kollege Fischer, sieht es auf den meisten Gebieten noch schlimmer aus als im Bundesdurchschnitt.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Sie tragen doch seit 14 Jahren die bildungspolitische Verantwortung!

Zweitens. Schleswig-holsteinische Kinder bekommen weniger Unterricht als anderswo. Eine Studie der Kultusministerkonferenz belegt, dass in Schleswig-Holstein 10 % weniger unterrichtet wird als im Bundesdurchschnitt. In zehn Schuljahren bekommen schleswig-holsteinische Schüler nur neun Jahre Unterricht.

(Zurufe von der SPD)

(Wolfgang Kubicki)

Und wie reagiert die Landesregierung? Sie behauptet, kleinere Klassen würden dies ausgleichen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Unglaublich!)

Das können nur Leute glauben, die von Frau Erdsiek-Rave unterrichtet wurden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die kleineren Klassen den massiven Unterrichtsausfall ausgleichen, warum liegen wir dann bei der innerdeutschen PISA-Studie so weit hinten?

Drittens: Laut einer Untersuchung des Landesrechnungshofes fehlen derzeit in Schleswig-Holstein 1.500 Vollzeitlehrer. - Volle Übereinstimmung mit der GEW! Bis zum Schuljahr 2004/2005 müssten insgesamt 4.400 Lehrer eingestellt werden und bis zum Schuljahr 2009/2010 insgesamt 9.700. Die Landesregierung hatte versprochen, bis 2005 jährlich wenigstens 200 zusätzliche Stellen zu schaffen. In der Haushaltspressekonferenz kündigte die Ministerpräsidentin an, im Jahre 2003 würden 150 neue Stellen geschaffen und 50 erwirtschaftet. Im Haushaltsentwurf steht auf der letzten Seite des Bildungshaushaltes: Von 2002 bis 2003 sinkt die Zahl der **Lehrerstellen** um zehn. Brutto 200, netto minus zehn, das ist die Mathematik in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie arm dran wir wirklich mittlerweile sind und wie sehr wir aus dem letzten Loch pfeifen, belegt die Tatsache, dass im zweiten Schulhalbjahr in Ermangelung der Mittel für die Fahrkostenerstattung in Schleswig-Holstein 2002 keine Schulleiterkonferenzen mehr stattfinden können.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist auch falsch!)

Das ist eine unglaubliche Geschichte. Ich bin sicher, dass uns die Bildungsministerin darüber noch Auskunft geben wird, was wir davon halten sollen, dass angesichts der neuen Organisationsform und der Erwartung darauf das Ministerium hier entsprechend reagiert hat.

Bildung ist die Grundlage unseres Wohlstandes, besonders des zukünftigen. Und diese Grundlage wird immer schneller zerstört. Das mindert das Wachstum des Wohlstandes. Damit sind wir beim Thema Innovationen. Neue Produkte, neue Verfahren, neue Organisationen: Sie sind bekanntlich der entscheidende Motor des wirtschaftlichen Wachstums, also gibt das Wachstum Auskunft über die politischen Erfolge auf diesem Gebiet. Wer es nicht glaubt, der möge hierzu

ein Lehrbuch zur Hand nehmen oder Professor Dr. Rohwer fragen, der dies weiß.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Beim **Wirtschaftswachstum** verweist der Wirtschaftsminister gern und richtigerweise auf die Bedeutung der Trends. Nicht jeder Schlenker des Bruttoinlandsprodukts nach unten bedeutet den Untergang der Marktwirtschaft - auch nicht der sozialen - und nicht jeder Schlenker nach oben den Eintritt ins Paradies. Aber der Trend gibt Auskunft darüber, wie gut es einer Gesellschaft gelingt, den Wohlstand der Menschen zu steigern oder auch nicht. Und wie wir alle wissen, ist Politik im höchsten Maße mit verantwortlich für diesen Trend.

Was sagen die Zahlen? Von 1991 bis 2001 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands um 15,7 %, das Westdeutschlands um 12,3 % und das Schleswig-Holsteins um 9,6 %. Im Vergleich zu Westdeutschland hängt Schleswig-Holstein damit um knapp 22 % zurück. Und es wird schlimmer: Seit 1996 geht der Anteil des schleswig-holsteinischen Bruttoinlandsprodukts am westdeutschen Bruttoinlandsprodukt immer schneller zurück. Die durchschnittliche Wachstumsrate Schleswig-Holsteins lag von 1991 bis 2001 unter 1 %, 0,93 %.

(Zurufe von der SPD)

Daran können auch noch so viele Beschwörungen hoher Bruttogründungszahlen nichts ändern. Schleswig-Holstein fällt im nationalen und im internationalen Vergleich immer weiter zurück; und dies muss seine Ursachen auch in der Politik haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Beschäftigungsvernichtungspolitik und der Bildungsvernichtungspolitik folgt die Wachstumsvernichtungspolitik. Eine weitere Statistik: 1995 war der Aufschwung Ost zu Ende. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität erreichte 60,6 % der westdeutschen; und das war's. 2002 ist die ostdeutsche Produktivität wieder auf 58,4 % der westdeutschen gesunken. Vergleichen wir das Wachstum Schleswig-Holsteins mit dem Ost- und dem Westdeutschlands: Westdeutschlands Wirtschaft wuchs seit 1996 um 9,6 %, die in Ostdeutschland um 5,5 % und Schleswig-Holsteins Wirtschaft um 4,9 %. Selbst Ostdeutschland wächst also schneller als Schleswig-Holstein, obwohl Ostdeutschland langsamer wächst als Westdeutschland. Ist das ein Ausweis erfolgreicher Politik?

Arbeit, Bildung und Innovation sind hehre, wünschenswerte politische Ziele. Aber das Ergebnis Ihrer Politik sieht völlig anders aus. Das verwundert wenig, denn die mangelnde Wahrnehmung von Chancen ist

(Wolfgang Kubicki)

bei Ihnen gängige Übung. Betrachten wir zum Beispiel das **Landesvermögen**.

Seit 1994 hat die Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsidentin Simonis stetig Landesvermögen nach unserer Auffassung deutlich unter Wert veräußert. 1994 die Landesbankanteile, 1995 die Provinzialanteile, 1997 Forderungen, 1998 Anteile am Flughafen Hamburg, ab 2000 der Immobiliendeal, der uns jetzt nach der Rückabwicklung in der Tat mehr kostet, als er einbringt, und 2001 die LEG-Anteile.

(Zuruf von Minister Claus Möller [SPD])

- Herr Minister Möller, es macht langsam keinen Sinn mehr, mit Ihnen zu reden,

(Martin Kayenburg [CDU]: Er weiß es nicht besser!)

wenn Sie verneinen, dass die Transaktionen zur I-Bank und jetzt zur Anstalt öffentlichen Rechts Geld gekostet haben und dass die Organisationsformen, wenn sie anders gestaltet worden wären, uns dies erspart hätten. Da tut es mir Leid; da macht die Diskussion mit Ihnen keinen Sinn mehr.

(Beifall bei FDP und CDU)

2001 waren es, wie gesagt, die LEG-Anteile. Außerdem gab es 1998 noch die Sonderausschüttung aus dem Vermögen der LEG und 1999 die Entnahme aus dem Vermögen der I-Bank. Insgesamt nominal 1,16 Milliarden € Einnahmen. Diese einmaligen Einnahmen haben Sie nachhaltig verfrühstückt. Nichts davon ist genutzt worden, um die Schulden des Landes zu verringern. Nein, der Staatsverbrauch wurde dauerhaft erhöht. Sie betreiben konsequente Vermögensvernichtungspolitik. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, wie viel Geld das Land hätte mehr einnehmen können, wenn rational verkauft worden wäre: nämlich ein hoher dreistelliger Millionenbetrag. Lothar Hay, ich sage es an dieser Stelle: Wir gucken uns die Verträge zum LEG-Anteilsverkauf noch einmal genau an. Wenn man die Verträge anders gestaltet hätte - ich sage es noch einmal -, hätten wir für den Erlös, der jetzt erzielt werden muss, bei weiteren LEG-Anteilsverkäufen einen deutlich anderen Preis erzielt, als er jetzt erzielt werden kann.

Dieses und nächstes Jahr soll das betrübliche Spiel bei der **Landesbank** fortgesetzt werden. Nach unserer Auffassung haben wir in den letzten Jahren einen mehr als dreistelligen Hundert-Millionen-Euro-Betrag nicht für die Landeseinnahmen genutzt, die wir hätten nutzen können. Aber das ist Schnee von gestern und nächstes Jahr wird dieses Spiel mit der Landesbank fortgesetzt werden.

Herr Minister, ich beglückwünsche Sie ausdrücklich, Sie und vor allen Dingen die Landesbank, zu der schnellen Fusion. Ich kann hier nur sagen: Was ein Regierungswechsel in einer benachbarten Stadt doch bewirken kann,

(Beifall bei FDP und CDU - Lachen bei der SPD)

denn ohne den Regierungswechsel wäre das ja nicht so schnell und nicht so gut gegangen. Aber auch hier stelle ich die Frage - ich erinnere mich an die Debatten über den Immobiliendeal noch sehr genau -, wieso Sie sich hier hinstellen und sagen können, die AG-Lösung zum 1. Januar 2003, die wir begrüßen, sei etwas ganz Tolles, während Sie vor drei Jahren noch gesagt haben, die Privatisierung der Landesbank sei etwas ganz Schlimmes.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist unglaublich!)

Das zieht einem wirklich die Schuhe aus.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich sage Ihnen: Wären Sie 1994 und in den folgenden Jahren unserer Anregung gefolgt - lesen Sie doch die Debatten nach - und hätten Sie bereits damals die Landesbank in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und sich dann neue Partner gesucht, hätten Sie einen deutlich höheren Preis erzielt und eine deutlich bessere Position für den Landeshaushalt Schleswig-Holsteins erreicht, als dies geschehen ist.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoenit-Lücke [FDP] und Rainer Wiegard [CDU])

Auch an dieser Stelle eine weitere Anmerkung! Ich freue mich sehr darüber, wenn die verringerten Anteile an der fusionierten Landesbank AG Schleswig-Holsteins deutlich mehr Wert haben. Ganz toll! Aber ein Wert ist nur dann ein Wert, wenn er liquidiert werden kann; sonst steht er einfach nur in den Büchern und in den Sternen.

Die Landesbank hat eine hervorragende Position. Bei einer möglichen künftigen Liquidation des Aktienanteils werden Sie das gleiche Problem haben, das alle haben. Es gilt der Grundsatz: Wer zuerst kommt, malt zuerst. Sie werden Probleme haben, die Anteile in einigen Jahren zu den Preisen, die Sie noch heute erzielen könnten, zu veräußern, weil sich die Landesbankenlandschaft durch Bankenfusionen insgesamt organisiert hat und die Nachfrage nach Beteiligungen nicht dramatisch zunehmen, sondern eher abnehmen wird - abgesehen davon, dass die Landesbank, wenn

(Wolfgang Kubicki)

Schleswig-Holstein das Signal geben würde: „Wir veräußern Anteile außerhalb des bisherigen Gesellschafterkreises“, erhebliche Probleme mit der Akzeptanz am internationalen Kapitalmarkt haben würde. Insofern wäre es aus Landesbankinteressen heraus nicht wünschenswert, wenn so etwas betrieben würde.

Ihre mittelfristige Finanzplanung, auf die wir ja nicht weiter eingehen müssen, weil Sie sie eh nicht ernst nehmen, weist aus, dass Sie spätestens im Jahre 2005 - deshalb ja auch der Doppelhaushalt - ein Riesenproblem haben werden, die Deckungslücke zwischen den gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben und den bereits jetzt prognostizierten Einnahmen zu decken. Ich bin gespannt, was dann noch veräußert werden kann und veräußert werden soll, um einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen.

Seit 1988 hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung in Schleswig-Holstein fast verdoppelt. 2001 waren es 6.017 € für jeden Menschen in Schleswig-Holstein. Endlich waren wir einmal Erster unter den westdeutschen Flächenländern. Dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen unter diesen Umständen noch von nachhaltiger Politik sprechen mögen, spricht für sich und aus meiner Sicht gegen Rot-Grün.

Damit zur Ihrer **Finanzpolitik**. Die Schulden zeigen es: Sie regieren über die schleswig-holsteinischen Verhältnisse. Seit 1988 verspricht die SPD, das Haushaltsdefizit in einigen Jahren auf null zu senken - das wäre verantwortungsvoll und sogar nachhaltig -, aber jedes Jahr wird dieses Ziel um ein Jahr nach hinten verschoben und jedes Jahr gibt es neue und schlechtere Ausreden.

Wenn das viele Geld wenigstens sinnvoll ausgegeben würde! Das wird es aber nicht. Ein Beweis dafür ist die Bildungskatastrophe. Das große Investitionssterben in Schleswig-Holstein ist ein zweiter Beweis. Seit 1988 hat sich die Investitionsquote stetig verringert: Waren es 1988 noch 15,8 % der Nettoausgaben des Landes, so sollen es 2003 nur 9,1 % sein - wobei 15,8 % der Ist-Wert für 1988 ist, die 9,1 % für 2003 nur der Soll-Wert, leider, weil wir in den letzten Jahren festgestellt haben, dass im Haushaltsvollzug die **Investitionsquote** regelmäßig um einen Prozentpunkt unterschritten wird. Die öffentlichen Investitionsanteile haben sich seit 1988 halbiert. So wird Investitionsvernichtungspolitik betrieben.

Traurig müssen wir uns an die Zeiten erinnern, in denen Björn Engholm die mangelnden Investitionen des Landes beklagte und sie erhöhen wollte - genauso traurig an die Zeiten, in denen Wirtschaftsminister Peer Steinbrück die sinkenden Investitionen des Lan-

des öffentlich und gegen die eigene Regierung kritisierte.

Herr Minister Möller, Sie haben im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl den richtigen Hinweis gegeben: Wer die Arbeitslosigkeit beseitigen wolle, müsse für Wachstum sorgen, und das Land werde für Wachstum sorgen. Sie haben zwar die Landesmittel für den Straßenbau zurückgefahren, aber der Bund würde dies kompensieren. Wenn denn Ihre Auffassung richtig ist - und die teile ich -, dass Wachstum das A und O für die Bewältigung der Beschäftigungskrise ist, dann muss doch auch ein Landeshaushaltsgesetzgeber alle Kraft zusammennehmen, um den Investitionsanteil am Landesetat zu erhöhen und nicht abzusenken.

(Beifall bei FDP und CDU)

Er kann sich doch nicht darauf berufen, dass es eine geschickte und verantwortungsvolle Politik ist, den eigenen Anteil zu senken, in der Hoffnung, er werde durch die Anteile anderer kompensiert. Wir müssen jetzt alles tun, um die Wachstumskräfte freizusetzen, dadurch mehr Beschäftigung zu schaffen und damit übrigens, Herr Möller, über kurz oder lang auch mehr Steuereinnahmen zu realisieren. Denn Sie wissen genau, dass 1 % weniger Wachstum 7 Milliarden € weniger in den öffentlichen Haushalten bedeutet und dass 1 % mehr Wachstum 7 Milliarden € mehr in den öffentlichen Haushalten bedeutet. Also müssen wir alles tun, um die Wachstumskräfte freizusetzen. Dann werden wir auch einen wesentlichen Teil unserer jetzigen Haushaltsprobleme lösen können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Umgekehrt sparen Sie nicht nur die Wirtschaft zu Tode, sondern Sie nehmen damit auch die Basis dafür, überhaupt je in eine Haushaltskonsolidierung eintreten zu können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Stattdessen haben wir eine Vielzahl von Programmen mit knallenden Namen wie „ziel“ und „ZAL“, aber die Daten zeigen es: Sie verpuffen wirkungslos mit Zack und Knall. Und dabei freut sich die Ministerpräsidentin noch, dass wir so viel Geld von anderen bekommen, zum Beispiel der Europäischen Union. Wir bekommen dieses Geld, weil in immer größeren Teilen unseres Landes weniger als 75 % des EU-Durchschnittes erwirtschaftet werden. Es ist doch kein Ausweis erfolgreicher Politik, dass uns die EU-Kommission immer mehr Sozialhilfe leistet! Das genaue Gegenteil müssen wir doch anstreben, durch eigene

(Wolfgang Kubicki)

Wirtschaftskraft immer weniger EU-Sozialhilfemittel in Anspruch nehmen zu können!

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten
Martin Kayenburg [CDU])

Die Ministerpräsidentin ist stolz darauf, dass Schleswig-Holstein unter ihrer Regierung immer abhängiger von der Hilfe anderer wird - ein vernichtenderes Urteil kann eine Ministerpräsidentin sich und ihrer Politik kaum ausstellen.

Jetzt wird wahrscheinlich gleich jemand sagen: Alles Quatsch, unsere Finanzkraft ist doch fast auf den Bundesschnitt gestiegen - so, wie die Ministerpräsidentin dies in der Haushaltspressekonferenz formulierte. Als Volkswirtin hätte sie allerdings erkennen müssen, dass dies nur daran lag, dass die **Steuereinnahmen** in den anderen Bundesländern im letzten Jahr noch stärker zurückgegangen sind als bei uns. Das lag ausweislich aller Zahlen, die wir lesen, an der Körperschaftsteuer, denn in den anderen Ländern haben sich eben mehr leistungsfähige Großunternehmen angesiedelt als bei uns. Diesen Mangel an Wettbewerbsfähigkeit als Erfolg ausweisen zu wollen, beweist erneut, dass die Ministerpräsidentin der schleswig-holsteinischen Wirklichkeit längst entfleucht ist. Die Menschen Schleswig-Holsteins bezahlen diese Tagträumerei mit hoher Arbeitslosigkeit, schlechter Bildung, mangelndem Wachstum und immer schlechteren Straßen bei steigenden Steuern und Abgaben. Die Menschen müssen für immer weniger immer mehr zahlen. Das ist die Wirklichkeit.

Der Haushaltsentwurf und der Finanzplan sind eine konsequente Fortsetzung dieser Abbruchpolitik. Sie haben diese Namen nicht verdient. Besser wäre es, sie eine weitere Folge in der Reihe „Möllers Märchenbücher“ zu nennen.

Das fängt bei den Einnahmen an. Sie werden wie üblich zu hoch angesetzt. Der Finanzminister beruft sich - formal richtig - auf die gesetzlichen Grundlagen der Steuerschätzung. Aber die dort getroffenen Annahmen sind für Schleswig-Holstein zu günstig. Beispiel Wirtschaftswachstum: In der letzten Steuerschätzung wurde für die Jahre ab 2003 für Deutschland ein reales Wachstum von 2,5 % unterstellt. Ob wir das erreichen können, sei dahingestellt. Schleswig-Holstein jedenfalls wird es nicht erreichen. Schleswig-Holsteins Wirtschaft wächst seit 1991 jährlich um durchschnittlich 0,93 %. Es wäre verantwortungsbewusst, diese Tatsache der Einnahmeentwicklung zugrunde zu legen. Das wäre sozusagen ein Ausdruck nachhaltiger Politik.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der
CDU)

Aber Sie schert das nicht. Deshalb ist die Halbwertszeit Ihrer Haushalte ja auch kaum höher als die von Softeis in der Sommersonne.

Ein Beispiel dieser Softeispolitik ist die Finanzierung der **Fluthilfe**: Virtuelle Einnahmen finanzieren konkrete und überaus notwendige Ausgaben. Die Steuererhöhung wegen Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform soll Schleswig-Holstein rechnerisch 116 Millionen € eintragen. Diese 116 Millionen € zahlen wir in den Fluthilfefonds ein. Das ist der gerechtfertigte Anteil Schleswig-Holsteins an der nationalen Anstrengung zur Beseitigung der Flutfolgen.

Schäden von ungefähr 10 Millionen € werden ersetzt. Netto zahlen wir also 106 Millionen €. Die müssen wir zahlen, denn ganz gleich, wie sich die Konjunktur entwickelt, muss den Opfern der Flut auf jeden Fall geholfen werden. Aber woher nehmen wir die 106 Millionen €, wenn die Steuereinnahmen nicht entsprechend steigen, zum Beispiel, weil die Konjunktur nicht so anspringt wie erhofft, unter anderem, weil die Steuererhöhungen sie abwürgen? Darauf hat die selbst erkorene Nachhaltigkeitsregierung keine Antwort. Warum auch? Ihr fällt ja nicht einmal die Frage ein, weil in ihren ökonomischen Luftschlössern immer Aufschwung ist. Aber in Schleswig-Holstein ist es das leider nicht.

Ich schlage daher vor, die Landesregierung legt zur nächsten Tagung schon einmal einen Plan vor, wie sie die unbedingt notwendige Fluthilfe finanziert, wenn die Steuereinnahmen in Schleswig-Holstein nicht so sprudeln wie in den rot-grünen Luftschlössern. Ich gehe davon aus, dass Sie die Ergebnisse der Steuerschätzung bis zur Verabschiedung des Haushalts im Dezember noch vollständig einarbeiten werden. Dann bin ich gespannt, wie es im schleswig-holsteinischen Landeshaushalt mit diesen großmundigen Erklärungen aussehen wird.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt
den Vorsitz)

Ein weiteres Beispiel ist die Ausgabeseite. Es passt zum heutigen, traurigen Jahrestag der schrecklichen Anschläge des 11. September. Im Haushalt des Innenministeriums soll die Zahl der planmäßigen Polizeibeamtinnen und -beamten um 30 steigen. Dafür erhöht sich der Ansatz der Bezüge um 298.000 €. Das gibt zwei Probleme: Erstens wird nur der Ansatz für die Bezüge erhöht, nicht aber die Ansätze für die Zulagen und die Überstundenentschädigung. Kommen die neuen Beamtinnen und Beamten nicht in deren Genuss? Zweitens reicht die Erhöhung der Bezüge gemäß der Personalkostentabelle des Finanzministers nicht aus. Es fehlten rechnerisch über

(Wolfgang Kubicki)

1 Million €, wenn man die Veränderungen in den einzelnen Besoldungsgruppen gemäß dem Stellenplan heranzieht. Will das Innenministerium dem Bildungsministerium auf dem Weg ins 35-Millionen-Loch folgen? - Diese Fragen werden Sie in den anstehenden Beratungen beantworten müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich ist es wirklich beschämend, dass wir den Personalhaushalt der **Polizei** unter Ausschluss der Tarifsteigerungen um 0,2 % senken, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgeben, das in welcher Form auch immer zu erwirtschaften, und dass Sie die 200 neuen Anwärterstellen, von denen Sie ja dauernd reden, die wir dankenswerterweise geschaffen haben, bisher finanziell nicht unterlegt haben.

Ich bin gespannt darauf, Herr Minister Möller, wie Sie Ihre vollmundigen Ankündigungen, die Auswirkungen der Sicherheitspakete werden in Schleswig-Holstein ihre volle Wirkung entfalten, einlösen wollen. Von den anderen Problemen – Beförderungsstau und Ähnliches - will ich an dieser Stelle gar nicht reden. Ich will lediglich darauf hinweisen, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausdrücklich sagen, es reiche nicht aus, wenn am 11. September großartige Reden über die Leistung der Sicherheitskräfte für die Gewährung der inneren Sicherheit gehalten würden. Es wäre auch ganz schön, wir würden das im Zahlenwerk wiederfinden. Da sind Sie noch relativ viel schuldig geblieben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren schwächer entwickelt, als es möglich gewesen wäre, und zwar auch im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern. Wir sind leider das wirtschaftliche Mezzogiorno Westdeutschlands. Das ist nicht schön, aber für die Vergangenheit nicht mehr zu ändern. Ich will nicht behaupten, dass dies ausschließlich an der Regierung der Sozialdemokraten und der Grünen gelegen hat. Aber genauso wenig ist es richtig zu behaupten, dass sie dazu nicht auch einen Beitrag geleistet hat. Ansonsten müsste sie erklären, warum sie ihre Funktionalität noch ausüben will.

14 Jahre sozialdemokratische und sechs Jahre rot-grüne Regierung haben aus unserer Sicht viele Chancen vernichtet, viel zu viele. Hohe Arbeitslosigkeit, Bildungskatastrophe, unverantwortliche Verschuldung auf Kosten der Zukunft, das ist die Bilanz einer Landesregierung, die Arbeit, Bildung und Innovation zu ihren Zielen erklärte und Nachhaltigkeit zum höchsten Prinzip erkör. Die **Bilanz** ist vernichtend. Das einzig Nachhaltige an der Politik der **Regierung Simonis** ist die Verweigerung der Wirklichkeit und

der Herausforderungen der Zukunft. Das einzig Positive besteht darin, dass die vollmundigen Absichtsbeschwörungen der Regierung die Welt nicht wärmer machen; denn sie sind nicht einmal heiße Luft, sondern nur lauwarmer.

Deutschland und Schleswig-Holstein sollen wieder den Weg zu Wachstum und Wohlstand finden. Wir brauchen eine Politik, die sich nicht an Luftschlössern, sondern an der Wirklichkeit ausrichtet. Wir brauchen eine Politik, die den Menschen viel mehr Möglichkeiten einräumt, sich zu entfalten und ihr Leben zu gestalten. Es gibt Ansätze aus der Sozialdemokratie, die den richtigen Weg aufzeigen. Ich empfehle allen, doch noch einmal das Schröder/Blair-Papier zu lesen, in dem so vollmundig die Reform so vieler Systeme gefordert worden ist und das vor zweieinhalb Jahren in der Versenkung verschwunden ist - warum eigentlich? -, zulasten unseres Gemeinwesens.

(Beifall der Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP] und Uwe Eichelberg [CDU])

Wir brauchen flexiblere Arbeitsmärkte, bessere Bildungssysteme, mehr innere Sicherheit und mehr wachstumsfördernde Infrastruktur durch öffentliche Investitionen. Wir brauchen langfristig finanzierbare soziale Sicherungssysteme, damit die Renten endlich sicher werden, angemessene Gesundheitsversorgung bezahlbar bleibt und Schwächeren geholfen werden kann. Rot-Grün ist diesen Herausforderungen offensichtlich nicht gewachsen. Ich bin begeistert, dass der Kollege Neugebauer es schon als Erfolg feiert, dass die Sozialdemokraten in den Meinungsumfragen zu den Christdemokraten aufgeschlossen haben. Angesichts der herausragend guten Politik müssten Sie eigentlich 10 oder 20 % vor der Opposition liegen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Heinold, entspannen Sie sich ein bisschen! Es sind noch elf Tage. Am Abend des 22. werden Sie das Ergebnis sehen. Wir bekommen jedenfalls deutlich mehr Stimmen als Sie. Sie haben Angst davor, dass das rot-grüne Projekt auf Bundesebene von den Wählerinnen und Wählern nicht wiedergewählt wird

(Beifall bei FDP und CDU)

und damit klar wird, dass dieses Modell auf keiner Ebene mehr zukunftstauglich ist. Das ist Ihre große Angst, weil Ihnen dazu jede politische Alternative fehlt; so sehr haben Sie sich bereits verbogen. Rot-Grün ist den Herausforderungen ganz offensichtlich nicht gewachsen. Die Daten für Deutschland und Schleswig-Holstein beweisen es, ohne dass ich mir

(Wolfgang Kubicki)

ein Argument aus den Fingern saugen musste. Deshalb brauchen wir einen grundlegenden Politikwechsel nicht nur in Deutschland, sondern auch in Schleswig-Holstein. Ich bin mir sicher, dass der 22. September dafür ein guter Anfang sein wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem ich aufmerksam den Reden des heimlichen und des offiziellen Oppositionsführers gelauscht habe, muss ich feststellen: Die Opposition in diesem Landtag ist wieder einmal wie ein Diamant: Man muss sie mit Fassung tragen. - Aber darauf komme ich noch ausführlich zurück.

Mit Ihnen, Herr Kayenburg, bin ich in einem Punkt einig: Im letzten Jahr hatten wir einen **Konjunkturabschwung** und dadurch **weniger Einnahmen**. Aber die Frage ist doch: Ist die Landesregierung daran schuld? Gestatten Sie mir, dazu Herrn Lothar Späth aus dem Kompetenzteam der Union zu zitieren, der auf eine Frage des „Handelsblattes“ sagte:

„Auch Sie werden nicht bestreiten wollen, dass der Einfluss, den wir in Deutschland selbst auf die Konjunkturentwicklung in den nächsten zwei Jahren haben werden, begrenzt ist.“

Ich denke, auch Sie werden das nicht bestreiten.

Dass wir in Schleswig-Holstein eine besondere Situation haben, ist bereits diskutiert worden. Wir haben einen überproportionalen Faktor der IT-Industrie. Darauf sind wir sehr stolz. Aber sie macht im Moment Probleme. Wir haben auch einen überproportionalen Faktor der Bauindustrie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Blödsinn!)

- Wenn Sie solche Fakten nicht kennen, Herr Kubicki, dann sollten Sie bei solchen Dingen keine langen Vorträge halten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Hentschel, Sie sollten sich sachkundig machen!)

Viel entscheidender ist die Frage: Wie ist dieses Land beziehungsweise diese Regierung mit dem Konjunkturabschwung umgegangen? Da können wir ganz selbstbewusst sein: Während die Arbeitslosigkeit in Bayern im letzten Jahr um mehr als 19 % und in Baden-Württemberg um mehr als 12 % zugenommen hat, ist Schleswig-Holstein mit minus 3,1 % im Konzert der Bundesländer recht gut positioniert. Das liegt sicher auch an der Struktur unseres Landes. Es ist aber auch unser Erfolg, dass in Schleswig-Holstein gegen den erbitterten Widerstand der Opposition durch die Förderung der erneuerbaren Energien tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen wurden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Roswitha Strauß [CDU]: Das ist unter Ihrem Niveau!)

Die rot-grüne Regierung hatte die Vorschläge der Hartz-Kommission bereits in den Koalitionsvertrag 2000 geschrieben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Donnerwetter!)

Pilotprojekte wie das Elmshorner Modell sind Beispiel dafür. Mein Dank geht deshalb ausdrücklich an Ministerin Moser, die mit der Umsetzung des Konzeptes bereits vor zwei Jahren begonnen hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kayenburg, wenn Sie schon so ausführlich über Insolvenzen reden, müssen wir auch da einmal die Fakten zusammentragen. Das Wirtschaftswunderland Ihres gelobten Kandidaten lag im vergangenen Jahr mit einer Zunahme von 28,3 % und 30.000 betroffenen Arbeitsplätzen bei den **Insolvenzen** an der Spitze aller Bundesländer, weit vor Schleswig-Holstein, und zwar mit so markanten Pleiten wie Fairchild Dornier, Kirch und Max-Hütte, alles unter aktiven Milliarden-Beteiligungen der Bayerischen Landesbank und der Förderbank LfA, die von Ihrem Kanzlerkandidaten persönlich initiiert worden sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Ich finde, im Vergleich dazu haben sich Ministerpräsidentin Simonis und Wirtschaftsminister Rohwer zurückhaltend und doch wirksam eingemischt. Ich denke nur an den Erhalt der Arbeitsplätze bei Motorola.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Folgen des Abschwungs der Weltwirtschaft auf den Landeshaushalt sind erheblich. Die Situation macht mir Sorge. Der vorgelegte Haushalt hat mit

(Karl-Martin Hentschel)

Sicherheit für viele Einrichtungen in diesem Land dramatische Auswirkungen. Wir rasieren nicht nur überflüssige Wolle ab. An vielen Stellen geht die Rasur bis unter die Haut. Es gibt drastische Einsparungen beim Straßenbau wie beim Schienenpersonennahverkehr, eine Einstellung der Neuaufforstung, eine Reduzierung und eine Einstellung vieler Förderprogramme. Es ist oft bitter, mit den Betroffenen zu reden. Natürlich werden wir in den kommenden Monaten prüfen, ob die Entscheidungen gerecht sind und ob wir Korrekturen vornehmen können. Aber ich stehe mit meiner Fraktion zu der Grundentscheidung, den **Sparkurs** weiter zu verschärfen; denn ich möchte nicht weiter Schulden für meine Kinder anhäufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Werner Kalinka [CDU]: Da bin ich einmal gespannt!)

Ich lasse nicht ab von dem Ziel, eines Tages einen Haushalt zu verabschieden, mit dem wir dazu kommen, Schulden abzubauen.

Wenn Herr Kubicki jetzt so tut, als seien die Probleme des Landes durch wirtschaftswissenschaftliche Vorlesungen oder Finanztransaktionen zu lösen, dann mogelt er sich an dem wirklichen Problem dieses Haushaltes vorbei.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das macht er immer!)

Natürlich kann man über jede Transaktion der vergangenen Jahre unterschiedlicher Meinung sein. Was die erfolgreichen Verhandlungen über die **Fusion der Landesbank** betrifft, so bin ich der Auffassung, sie stärkt die Position des Nordens; der Einfluss Schleswig-Holsteins als größter Anteilseigner ist gewahrt. Obwohl die Landesbank Hamburg um 50 % größer ist als die von Schleswig-Holstein, ist es gelungen zu erreichen, dass Schleswig-Holstein einen größeren Einfluss auf die Landesbank hat als Hamburg. Ich meine, das ist ein guter Verhandlungserfolg. Dazu kann man nur gratulieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich möchte Heide Simonis dazu gratulieren, dass mit ihr nun eine Frau Aufsichtsratsvorsitzende einer deutschen Großbank wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, der Verkauf von Tafelsilber und die Neuordnung der Landesbank sind zwar nötig und richtig - alle Bundesländer, der Bund und

die Kommunen nutzen solche Möglichkeiten -, an der grundsätzlichen Misere der aufgelaufenen Verschuldungen ändern sie aber nichts. Ohne diese Schulden würde Schleswig-Holstein seit Jahren im Haushalt Gewinne machen. Dass an der Anhäufung dieser Schulden in Bund und Land schwarz-gelbe Regierungen einen erheblichen Anteil haben, kann wohl niemand bestreiten.

16 Jahre hat ein Kohl in Bonn den Ruin betrieben: Versprechungen, Schulden, Steuererhöhungen, noch mal Versprechungen, um wieder eine Wahl zu gewinnen!

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Rot-Grün hat zum ersten Mal die Neuverschuldung reduziert. Erst Rot-Grün hat die Steuern gesenkt und die Sozialabgaben heruntergefahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Auch hier in Schleswig-Holstein würgen wir immer noch an den Schulden der 80er-Jahre, die Ministerpräsidenten mit Spendierhosen hier verursacht haben, die in einem Jahrzehnt 15 % Neuverschuldung verursacht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Schaue ich nach Hessen,

(Zurufe von CDU und FDP)

wo die Schwarz-Gelben einen sanierten Haushalt von Bundesfinanzminister Eichel - damals Ministerpräsident in Hessen -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine echte Lüge!)

übernommen haben, stelle ich fest: Innerhalb von zwei Jahren haben Sie es geschafft, mehrere hundert Millionen € minus zu machen und die Staatsverschuldung in die Höhe zu treiben, die Mühle wieder laufen zu lassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine echte Lüge!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich werde alles tun, um zu verhindern, dass solche Hasardeure die Verantwortung in diesem Land übernehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wieso wollen Sie das machen, Herr Hentschel?)

(Karl-Martin Hentschel)

Dieser Haushalt nimmt von vielem Abschied, was lange als selbstverständlich galt. Dieser Haushalt hat keine Luft, um neue Projekte zu beginnen. Das ist bitter. Aber gerade in einer solchen Situation kommt es darauf an, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wird Freudentemos geben!)

Das Wesentliche sind im nächsten Jahr an erster Stelle die Schulen und die Jugendpolitik.

(Werner Kalinka [CDU]: Was habt ihr bisher getan?)

Wenn wir zukunftsfähig sein wollen, müssen wir in den nächsten Jahren unser **Schulsystem** revolutionieren.

Die ersten Schritte haben wir beschlossen: Die Förderung von Fünfjährigen bereits in den Kindertagesstätten, damit sie den Unterricht verstehen, wenn sie in die Schule kommen, der Deutschunterricht für Migrantenkinder, die ersten Schritte zu einer verlässlichen Halbtagschule, der Aufbau von Ganztagsangeboten!

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Alles unsere Vorschläge! Das fordern wir seit Jahren!)

Diese Maßnahmen wollen wir sicherstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen zu unseren Versprechungen, zusätzlichen Unterricht im Gegenwert von 200 Lehrerstellen an die Schulen zu bringen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das haben Sie bisher alles abgelehnt!)

Wir werden Abschied nehmen von festen Stellenplänen. Wir erwarten vom Ministerium in Zukunft Aufstellungen, wie viele Mittel in der Vergangenheit tatsächlich in Form von Personal und Geldmitteln in den Schulen angekommen sind und wie viel davon in Zukunft ankommen soll.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wir wollen die autonome Schule, die ihre Lehrerinnen und Lehrer selbst einstellt, die sich – anstelle von Stellen - Haushaltsmittel auszahlen lassen kann, um damit Lehrbeauftragte, Betreuungspersonal, Vertretungspersonal und Sachmittel zu finanzieren.

Wir wissen, dass auf diesem Weg zur neuen Schule noch viele Hürden zu nehmen sind. Vieles in diesem Etat ist noch offen, sowohl an den Schulen wie auch

die Strukturreform und die Finanzierung der Tarifierhöhungen an den Hochschulen.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Die letzte, die hier das Recht hat, die Klappe aufzureißen, ist die FDP.

(Zurufe von der FDP)

„Ihre Westerwelle“ hat doch tatsächlich gesagt, er wolle sich zur Speerspitze der Protestbewegung gegen die Kultusminister aufschwingen.

Da sage ich nur: Hamburg, Hamburg, Hamburg! In Hamburg hat die FDP den einzigen Kulturminister in diesem Land.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da müssen wir die Versäumnisse von mehreren Jahren Rot-Grün beseitigen!)

In Hamburg hat die FDP 750 neue Lehrerstellen versprochen. In Hamburg betreibt die FDP in diesem Jahr einen Abbau von Lehrerstellen um 345, um die Wahlversprechen von einem Schill und Konsorten zu finanzieren. Der Förderunterricht von Migrantenkindern wird abgeschafft.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Alles Schwindel, alles „verhentschelt“!)

Sollen das Ihre Rechenkünste sein? - Mit solchen Vorschlägen brauchen Sie in diesem Land gar nicht erst anzutreten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn wir zukunftsfähig sein wollen, dann müssen wir in den kommenden Jahren endlich eine Kinderbetreuung aufbauen, die deutlich macht, dass diese Gesellschaft **Kindererziehung** als eine Aufgabe der **ganzen Gesellschaft** begreift. Diese Aufgabe werden wir nur gemeinsam mit dem Bund bewältigen können. Hier steht am 22. September eine Grundsatzentscheidung an. Die Tatsache, dass der Antrag von Frau Pieper, Ihrer Generalsekretärin, die Kinderbetreuung deutlich auszubauen, auf dem FDP-Parteitag abgelehnt wurde, macht das überdeutlich. Kein Wunder, dass Frau Pieper in Sachsen-Anhalt anschließend fahnenflüchtig geworden ist!

Das unwürdige Debakel um die Nominierung von Frau Reiche, der Kompetenzfrau der Union, die als unverheiratete Mutter in der Union zwar Kinder-,

(Karl-Martin Hentschel)

aber nicht Familienpolitik machen darf, ist ein Skandal.

(Beifall bei der CDU - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das stimmt doch gar nicht, Herr Hentschel!)

Wann wird die schwarze Union endlich begreifen, dass Familie nichts mit Trauschein zu tun hat, sondern Familie überall da ist, wo Kinder sind?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie dreckig muss es Ihnen gehen, dass Sie eine solche Rede halten!)

Im Gegensatz dazu halten wir daran fest, dass **Frauenpolitik** auch weiterhin ein Kennzeichen der Politik dieser rot-grünen Regierung bleibt. Dabei geht es nicht mehr allein nur um die gleichen Rechte von Frauen. Es geht auch nicht nur um den Schutz von Frauen vor Gewalt. Hier hat Frau Ministerin Lütkes mit der Einführung des Wegweiserechts Wichtiges bewirkt. Es geht vor allem auch um die Einstellung der Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben. Hier hat Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Wenn es stimmt, was der Nobelpreisträger für Ökonomie im Jahr 2000, Josef Stieglitz, konstatiert hat, dass die Entwicklung eines Landes ganz wesentlich von der Ausbildung der Frauen und ihrer gleichberechtigten Beteiligung an der Erwerbsarbeit abhängt, dann ist es nur konsequent, wenn die Frauenpolitik dieses Landes dies in den kommenden Jahren in den Mittelpunkt stellt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo ist das Problem?)

Meine Damen und Herren, Konzentration auf das Wesentliche, das bedeutet für uns Grüne gerade nach den Ereignissen dieses Sommers die Sicherstellung der Mittel, damit Klaus Müller seine engagierte **Umwelt- und Klimaschutzpolitik** fortsetzen kann. Im Zentrum dieser Politik soll für die kommenden Jahre nicht zufällig das Fließgewässerprogramm stehen.

Nach diesem Sommer sollte auch der Letzte begriffen haben: Wer heute nicht bereit ist, in den Umweltschutz zu investieren, der muss morgen für Milliarden gerade stehen, wenn die Flüsse über die Ufer treten, die Stürme zunehmen und der Meeresspiegel steigt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie können das auch intelligent machen!)

Es ist entsetzend, wenn Sie, Herr Kubicki, diese Thematik in Ihrer Rede noch nicht einmal erwähnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich hatte eine Haushaltsrede zu halten!)

An dieser Stelle auch eine Anmerkung an unseren Koalitionspartner: Klimaschutz muss auch Konsequenzen für die Verkehrspolitik haben.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Wir wollen eine Nachhaltigkeitsdebatte haben!)

Wir brauchen gemeinsam eine realistische Strategie, um endlich auch im Verkehr CO₂-Emissionen zu senken. Ein gleichzeitiger Ausbau von Straßen, Häfen, Schienentransporten, Kanälen und Flughäfen ohne eine Strategie, wie wir die wachsenden Verkehre der Zukunft klimaneutral steuern können, kann nicht gut gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ein anderes Antriebsprinzip! Das haben wir schon vor fünf Jahren gesagt!)

Konzentration auf das Wesentliche heißt für uns auch eine Konzentration der Mittel für eine engagierte **Technologie- und Wirtschaftsförderung**, die darauf abzielt, Chancen zu nutzen, aus denen Arbeitsplätze der Zukunft entstehen können. An dieser Stelle möchte ich für die auf der rechten Seite des Hauses, die es immer noch nicht begreifen, betonen: Eine engagierte Umweltpolitik und eine engagierte Technologie- und Wirtschaftspolitik, das sind keine Gegensätze, sondern das sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ökonomie und Ökologie sind lediglich die quantitative und qualitative Seite unseres Lebens und unserer Wirtschaftsweise.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Unstreitig!)

Ein Beispiel: In diesem Haushalt stehen 2,7 Millionen € für die Sanierung der Metallhütte Lübeck. Insgesamt wird die Sanierung, wenn sie abgeschlossen ist, Stadt und Land über 72 Millionen € gekostet haben.

(Werner Kalinka [CDU]: Gegen Sie zu Herrn Möller!)

Das ist kein Einzelfall. Bei dem jetzigen Finanzvolumen wird die Sanierung aller Altlasten in Schleswig-Holstein vermutlich noch weit über 100 Jahre dauern. Hunderte von Deponien schlummern unerforscht im Boden.

Deshalb: Wer Wirtschaftspolitik macht, ohne dem **Umweltschutz** einen gleichberechtigten Stellenwert

(Karl-Martin Hentschel)

einzuräumen, der handelt ökonomisch unverantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nehmen Sie doch einmal die erneuerbaren Energien. Nehmen Sie das Ein-Liter-Auto oder die ökologische Landwirtschaft oder die Biotechnologie. Für alle gilt: Zukunftstechnologien, die Arbeitsplätze von morgen bedeuten, sind sparsam im Materialverbrauch, verbrauchen weniger Energie, steigern die Effizienz, verhindern die Belastung der Umwelt, produzieren umweltverträgliche Produkte.

Arbeitslosigkeit beseitigt man eben nicht nur dadurch, Herr Kubicki, dass man Arbeitslose schneller vermittelt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Na, na, na!)

Vor allem kommt es darauf an, durch intelligente Konzepte die Entstehung zukunftssicherer **Arbeitsplätze** zu fördern. Daran arbeiten wird. Das haben wir in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein auch schon getan.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war intelligent, was Sie gemacht haben?)

Es ist kein Zufall, dass in Deutschland bereits 1,4 Millionen Arbeitsplätze vom Umweltschutz abhängen.

Deshalb können wir uns Beliebigkeiten und Zufälligkeiten bei der Förderpolitik des Landes nicht mehr leisten. Es ist notwendig und richtig, dass Umwelt-, Wirtschafts-, Energie- und Bildungsministerium sowie das Ministerium für ländliche Räume in Zukunft eine gemeinsame Innovationsstrategie entwickeln und die Mittel der Förderprogramme darauf konzentriert werden.

Um es nicht zu vergessen: Zu einer modernen Wirtschaftspolitik gehört auch eine innovative und umweltverträgliche **Landwirtschaft**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ihnen von der CDU sage ich an dieser Stelle: Sie haben einen jungen, engagierten Parteivorsitzenden, der bereit war, eine moderne Familienpolitik zu machen und sogar über Umweltschutz zu reden, mit Intrigen der alten Garde gestürzt. Sie sind zu einem Vorsitzenden zurückgekehrt, der nicht nur 20 Jahre älter ist, sondern sogar noch mehr als 20 Jahre zurück im Denken ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wer so wie dieser Mann mit der Vorreiterrolle von Umwelt und Gesundheit in der Landwirtschaft Schluss machen will, wer die Massentierhaltung wieder erlauben will, wer das Spritzen mit Gift wieder zulassen will, weil es anderswo auch erlaubt ist, der hat wirklich nichts begriffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu dem Politikbereich, den sich die rechte Seite dieses Hauses immer besonders gern auf die Fahnen schreibt, die **Innen- und Justizpolitik**. In Hamburg können wir gerade studieren, was eine Schill-schwarz-gelbe Regierung unter Justizpolitik versteht: den Marsch zurück in Richtung Mittelalter durch Doppelbelegung von Zellen und Streichung von Resozialisierungsmitteln! Damit tut sie alles, damit Gefängnisinsassen rückfällig und jugendliche Straftäter auch ja richtig zu Kriminellen ausgebildet werden.

Wenn sich dagegen Ministerin Lütkes auf die Modernisierung des Strafvollzugs und insbesondere des Jugendstrafvollzugs konzentriert, geht es ihr nicht nur um die Täter. Resozialisierung der Täter bedeutet auch, wo immer möglich, zukünftige Straftaten zu vermeiden und damit die potenziellen Opfer zu schützen. Das ist unser Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch bei der Behandlung der **Polizei** kann man den Unterschied zwischen Schill-schwarzer Wahlpropaganda und der Realität sehr deutlich sehen. Nehmen Sie sich in Acht, was Sie jetzt alles im Lande versprechen. Es wird Ihnen auf die Füße fallen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In Hamburg gingen letzten Montag die Polizisten auf die Straße, um gegen drastische Einsparungen bei den Sachausgaben, die Abschaffung der freien Heilfürsorge sowie die Einsparung von 2,5 Millionen € im Personalbereich zu demonstrieren. Die größten Versprechungen der sofortigen Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn und von zusätzlichen Beförderungen wurden ebenfalls ad acta gelegt.

Dann halte ich es allerdings für besser, dass wir uns angesichts der knappen Mittel auf das Machbare konzentrieren

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Steenblock, hör zu!)

(Karl-Martin Hentschel)

und die Modernisierung der Ausstattung mit Schutzwesten, mit modernen Leasingfahrzeugen, mit moderner Informationstechnologie und beschleunigter Sanierung der Polizeireviere in den Mittelpunkt stellen. Wir werden im Bereich von Überstunden und Beförderung das tun, was möglich ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie können gar nichts mehr tun!)

Aber ehrliche Aussagen darüber, was machbar ist,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Steenblock!)

und Konzentration auf das Wesentliche

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Steenblock!)

bewirken mehr für die innere Sicherheit als leere Versprechungen, das Schüren von Ressentiments gegen Randgruppen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Steenblock! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steenblock kommt in den Bundestag! Ein guter Mann!)

und der Ersatz von Polizisten durch private Sicherheitsdienste.

Wir wissen, dass die Haushaltskrise allein durch Einsparungen nicht bewältigt werden kann. Monika Heinold hat für meine Fraktion letzte Woche eine Große Anfrage zur Verwaltungsstrukturreform eingebracht, um das Erreichte zu bilanzieren und weitere Potenziale für Strukturreformen auszuloten. In den vergangenen sechs Jahren wurden über 11.000 Stellen aus dem Landesdienst ausgelagert. Allein in den Ministerien und Landesbehörden wurden weitere 10 % - das sind über 2.000 Stellen - abgebaut.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo sind die geblieben?)

Zugleich wurden aber - auch das gehört zur Bilanz - circa 1.000 neue Stellen im Bildungsbereich geschaffen. Weitere wichtige **Reformvorhaben** sind in Arbeit, wie die Reform der Landwirtschaftskammer, die Zusammenlegung der Universitätsklinik und die Zusammenlegung der Eichverwaltung mit der Hamburgs.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sind Sie dafür?)

Wir wollen diesen Weg fortsetzen. Zu den großen Aufgaben der nächsten Jahre gehört deshalb auch - darüber werden wir uns unterhalten müssen - die Reform der Kommunalverwaltung. Natürlich müssen wir dabei die Interessen der Bevölkerung und der Beschäftigten im Auge haben. Aber ich kann nicht akzeptieren, dass wir Vereinen, Verbänden und Insti-

tutionen die Mittel kürzen, aber vor Reformen der staatlichen Strukturen zurückschrecken, wie das bei Ihnen immer wieder der Fall ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da sind wir doch dafür! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen Sie Vorschläge!)

Sie, liebe Oppositionelle, sind herzlich eingeladen mitzuwirken.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Herr Wadephul, ich weiß, dass Sie ein Konzept für die CDU gemacht haben. Bringen Sie es durch, legen Sie es öffentlich vor.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Herr Hentschel, Sie regieren, wir doch nicht!)

Solange Sie sich aber über jeden Sparvorschlag untereinander in die Haare kriegen und sich zum Betriebsrat des Landes aufspielen, ohne dafür gewählt worden zu sein, solange weiß ich, dass es für unseren Weg keine Alternative gibt.

Nun, meine Damen und Herren von der Opposition, komme ich zu Ihnen und zwar in der Reihenfolge der Fraktionsgröße.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Dabei kann ich angesichts der drastischen Auswirkungen auf das Land und die Kommunen die **Bundespolitik** leider nicht ganz aussparen.

(Werner Kalinka [CDU]: Bei wem sind Sie jetzt?)

Bei der CDU

(Heiterkeit bei der CDU)

muss ich zunächst einen **neuen Realismus** konstatieren. Immerhin hat Herr Stoiber die Forderung nach Abschaffung der Ökosteuer zurückgezogen und das von der CDU versprochene Familiengeld von 1.200 DM für nicht finanzierbar erklärt. Lothar Späth verriet sogar dem Handelsblatt am 15. Mai: „Wir sind doch keine Weihnachtsmänner, die mit allen möglichen Geschenken daherkommen.“ Herr Carstensen, Ihr neuer Vorsitzender, hat „die Schnauze voll von den internen Streitereien“ in der CDU und erklärt in den „Lübecker Nachrichten“: „Was wir beschließen, muss auch finanzierbar sein“.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat uns sehr gefreut!)

(Karl-Martin Hentschel)

Nun, meine lieben Damen und Herren von der CDU, hat Ihre Bundespartei beschlossen, die Staatsquote auf 40 % zu senken,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

also um 174,6 Milliarden € oder 17 %. Das bedeutet auch eine Senkung der Renten um 17 %. Ich bin gespannt, wie Sie das Ihren Wählerinnen und Wählern verkaufen wollen. 17 % Senkung der Krankenkosten. Dann marsch voran, Herr Seehofer! Das haben Sie schon einmal versucht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben keine Ahnung!)

Aber, Herr Kayenburg, morgen Abend sind wir beim schleswig-holsteinischen Gemeindetag eingeladen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie so mutig sind, den Kommunen zu sagen, dass sie im nächsten Jahr 17 % weniger ausgeben sollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege Hentschel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kubicki?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein. - Wie Sie den Landeshaushalt um 17 % herunterfahren wollen, bin ich gespannt. 17 % sind - ich weiß nicht, ob Sie das schon einmal ausgerechnet haben - 1,1 Milliarden €. Die wollen Sie im Landeshaushalt einsparen. Herr Kayenburg, jetzt keine Ausflüchte! Herr Carstensen hat Sie in den „Kieler Nachrichten“ am 15. August ausdrücklich ermahnt, keine Fundamentalopposition zu betreiben.

(Heiterkeit des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sie müssen jetzt begreifen, sagt Ihr Vorsitzender, dass er 2005 in die Regierung will. Sie „haben daher eine größere Verantwortung“. Wir sind also sehr gespannt auf die Realpolitik der nächsten Monate und erwarten Ihre Vorschläge.

(Heiterkeit des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Passen Sie auf Ihre Fraktion auf, Herr Kayenburg. Ich habe gerade in der „Segeberger Zeitung“ gelesen, dass Ihr Fraktionskollege Gero Storjohann die wunderschöne Kutschfahrt des CDU-Ortsvereins in Pronsdorf boykottiert hat, worauf der Ortsverein die Wahlkampfveranstaltung in Eilsdorf demonstrativ nicht besucht hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aus Sicherheitsgründen!)

So geht es nicht, Herr Kayenburg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Hören Sie auf Ihren Vorsitzenden und sorgen Sie endlich für Ordnung in der Fraktion!

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben unabhängige Abgeordnete, im Gegensatz zu Ihnen!)

Nun zum kleinen Möchtegernregierungspartner - egal mit wem. Der ist realpolitisch betrachtet schon ein weit schwierigerer Fall.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind größer als Ihr!)

Während die CDU die Kosten des Hochwassers ehrlicherweise über neue Staatsschulden finanzieren will, um die Steuerreform zu verschieben, schlägt die FDP eine lineare Kürzung der Subventionen um 10 % vor.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Im Landtagsantrag hat sie sich aber nicht getraut, die Zahl hineinzuschreiben. Erklären Sie mir bitte, Herr Kubicki, wie Sie die 116 Millionen €, die den Anteil Schleswig-Holsteins ausmachen, in Schleswig-Holstein einsparen wollen! Wollen Sie etwa die Werftenhilfe kürzen, wo Sie im Wirtschaftsausschuss gerade noch eine Aufstockung gefordert haben, oder wollen Sie die Agrarsubventionen streichen, obwohl Sie ganz genau wissen, dass die EU-Gelder gar nicht für andere Zwecke eingesetzt werden können? Oder wollen Sie etwa die Mittelstandsförderung kürzen oder gar die Förderung für den Wohnungsbau oder gar die Technologieförderung? Das alles sind im Wesentlichen Investitionen, die Sie gerade wieder erhöhen wollen.

Wir erwarten in den nächsten Wochen Ihre Antwort, Herr Kubicki.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber mir scheint, Ihr Vorschlag ist genauso eine Luftnummer wie Ihre 18 %,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an die Sie sich umso fester klammern, je weiter Sie davon entfernt sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Warten Sie es doch einmal ab, Herr Hentschel!)

(Karl-Martin Hentschel)

Was Ihre Vorschläge zur Steuerreform betrifft, so lassen Sie die CDU geradezu zögerlich erscheinen. Auf ganze 35 % wollen Sie seit dem letzten Wochenende die Staatsquote senken. Das sind sage und schreibe über 300 Milliarden € weniger als zurzeit. Ich sage nur einmal die Größenordnung: Um 300 Milliarden € wollen Sie die Staatsquote senken. Der Bundeshaushalt - zum Vergleich - hat nur 250 Milliarden €. Sehr interessante Zahlen!

Ich glaube, ich erspare es diesem Hause vorzurechnen, was das für die Renten, die Krankenkassen, die Kommunen und den Landeshaushalt bedeutet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind auch PISA-geschädigt!)

Aber ich werde es Ihnen nicht ersparen, bei jeder Forderung, die Sie in diesem Land erheben, nach der Finanzierung Ihrer so tollwütigen Streichvorschläge zu fragen. Das hat nichts mehr mit Haushaltspolitik zu tun, was Sie hier vorgetragen haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie verstehen das nur nicht!)

Das ist Politik von 18%-Hasardeuren, Fallschirmtäncern und Traumspringern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie verstehen das einfach nicht! Sie müssten darüber einmal mit einem Ökonomen reden! Der erklärt Ihnen das!)

Ausnahmsweise muss ich da dem Hamburger FDP-Senator Lange Recht geben, wenn er Folgendes sagt - Ihr Kollege in Hamburg, Herr Kubicki -:

„Herr Kubickis Äußerungen liegen völlig neben der Realität. Wenn man sich nicht um sachliche Informationen bemüht, dann darf man sich nicht wundern, dass man eine Bauchlandung erleidet.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Das könnte auf Sie zutreffen, Herr Hentschel! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und was wollen Sie mir jetzt damit sagen?)

Meine Damen und Herren, schon lange rätsele ich darüber, was es mit den 18 % wirklich auf sich hat. Wir hatten immer gedacht, Sie wollten 18 % bei den Wahlen gewinnen. Verdächtig war uns schon die Ankündigung von Westerwelle im „Stern“, er wolle rechte Protestwähler abholen. Ich fragte mich natürlich, wo. Jetzt wurde in den „Kieler Nachrichten“ vom 3. September endlich das Geheimnis gelüftet:

„In der FDP in Hamburg wird laut darüber nachgedacht, wie man im Falle eines Auseinanderbrechens der Koalition Schill-Abgeordnete ins liberale Lager hinüberzieht und so die FDP-Regierungsbeteiligung sichern kann.“

Na dann prost! So kriegen Sie Ihre 18 %. Aber Vorsicht, verschlucken Sie sich nicht!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Verhandelt denn Ihre Regierung mit Herrn Schill oder ich?)

- Wissen Sie, Sie können hier immer große Sprüche machen, Herr Kubicki.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und Sie nur dumme Sprüche!)

Aber wenn Sie einmal an der Regierung sind - wie in Hamburg -, dann sieht man, was von diesen Sprüchen übrig bleibt. Das ist sehr interessant.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie werden nicht darum herumkommen, dass in Zukunft alle Ihre Sprüche an der Praxis in Hamburg gemessen werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür trage ich die Verantwortung genauso, wie Sie dafür die Verantwortung tragen!)

Meine Damen und Herren, die Situation des Haushalts in Schleswig-Holstein macht mir Sorgen, wahrscheinlich mehr Sorgen als Ihnen, weil ich weiß, dass man sie nicht mit irrwitzigen und bestandlosen Zahlenspielerereien verbessern kann.

(Zuruf von der FDP)

Nur die Opposition scheint mir schlimmer dran zu sein als der Landeshaushalt. Aber darüber mache ich mir keine Sorgen. Aber eines macht mir Freude: Schleswig-Holstein ist das Bundesland, in das mehr Menschen aus anderen Ländern zuwandern als in jedes andere Bundesland. Schleswig-Holstein ist das Land in dieser Republik, in dem sich die Menschen am wohlsten fühlen. Darauf, glaube ich, können wir bei allen Schwierigkeiten, die wir haben, stolz sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zurufe von der FDP)

Ich verspreche allen diesen Menschen, dass wir Grünen auch in Zukunft gemeinsam mit unserem Koalitionspartner

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Oh, oh!)

(Karl-Martin Hentschel)

und gemeinsam mit unserer Ministerpräsidentin Heide Simonis

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Oh, oh! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Die hört Ihnen schon gar nicht mehr zu!)

mit ganzer Kraft daran arbeiten werden, das scheinbar Unmögliche möglich zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Denn Hermann Hesse sagte einmal: Damit das Mögliche entsteht, muss immer das Unmögliche versucht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nirgends werden Wörter so schnell verschlissen wie in der Politik. Das gilt für den Bundestagswahlkampf allemal, aber auch der viel zitierte politische Alltag lässt grüßen. Auf die hier heute geführte Debatte werde ich nicht eingehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das lohnt sich bei Herrn Hentschel auch nicht!)

Nirgends sind wir so sehr auf eben jene Wörter angewiesen wie in der Politik. Das Wort „Solidarität“ ist so ein Wort; einerseits missbraucht in Sonntagsreden von Politikern, Gewerkschaftlern und Wirtschaftsbossen, andererseits nicht wegzudenken in der politischen Auseinandersetzung um die Zukunft unserer Gesellschaft.

Dazu kommt, dass sich viele Menschen nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Fall der Mauer - nicht zuletzt in Ostdeutschland - gegen die von oben verordnete Solidarität wehrten. Insgesamt war es in den 90er-Jahren so, dass es in vielen Kreisen nicht mehr schick oder politisch korrekt war, von „Solidarität“ zu sprechen. Im Zeichen des Turbo-Kapitalismus oder des Internet-Booms war das eigene Hemd häufig näher als die Hose und die individuellen Wünsche standen vor dem Gemeinnutz an erster Stelle.

Doch mit dem 11. September des letzten Jahres gewann das Wort „**Solidarität**“ seine Aktualität zurück. Weltweit solidarisierten sich Menschen mit den Op-

fern der Terroranschläge. Nicht nur die UNO, die NATO und die EU, sondern auch der Bundeskanzler sicherten vor einem Jahr angesichts des grausamen Attentates auf das World Trade Center den USA ihre Solidarität zu.

Der so genannte Anti-Terror-Kampf führte in den meisten Parlamenten der Bundesrepublik unter anderem zu einer ganz notwendigen Debatte über das Verhältnis von **innerer Sicherheit** und **Grundrechtsschutz**, eine Debatte, die so schnell nicht wieder verstummen darf. Denn ist es nicht so, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass vieles von dem, was nach dem 11. September politisch beschlossen wurde, eher einem aufwendigen Schlag ins Wasser gleicht?

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Und ist es nicht so - wenn wir ehrlich sind -, dass polizeiliche Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus eher auf klassischer kriminalistischer Arbeit beruhen?

Dennoch haben die Terrorattentate in den USA bewiesen, wie abhängig wir alle - auch die westliche Welt - von positiven und nachhaltigen Entwicklungen in den Krisenregionen dieser Erde sind. Nicht die CNN-Sphäre zählt mehr, wenn es um unser globales Dorf geht. Wir sind schon längst in der Wirklichkeit angekommen; denn abgesehen von religiösen Motiven sind die Hauptursachen des Terrorismus immer auch in den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Herkunftsländer von Attentätern zu suchen. Terrorismus darf also nicht nur militärisch bekämpft werden; vielmehr gilt es, die Ursachen abzustellen. Es geht nur mit Solidarität.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die **Flutkatastrophe** in Deutschland hat gezeigt, dass das Wort „Solidarität“ keinesfalls als leere Worthülse abgetan werden kann. Bei aller Not war es phantastisch mitzuerleben, wie viele Menschen bereit waren und weiterhin bereit sind zu helfen, zu spenden und den Opfern unter die Arme zu greifen. Wenn also die Flut ein Gutes gehabt hat, dann war es, diesen Zusammenhalt in der Bevölkerung zu offenbaren. Und es ist gut, dass sich diese zwischenmenschliche Solidarität mit dem Beschluss von Bundestag und Bundesregierung zur Finanzierung des Hilfeprogramms für die Flutopfer und die betroffenen Gebiete nun auch auf der gesellschaftlichen Ebene niederschlägt.

Der SSW begrüßt daher den Aufschub der Steuerreform und die Einrichtung eines Fonds Aufbauhilfe.

(Beifall bei SSW und SPD)

(Anke Spoorendonk)

Wir begrüßen aber nicht zuletzt, dass mit diesem Beschluss auch Lehren aus den Fehlern der deutschen Vereinigung gezogen wurden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Es ist natürlich müßig zu sagen: Was wäre, wenn? Ich bin aber dennoch davon überzeugt, dass vieles heute anders ausgesehen hätte, wenn die gleiche Welle der Solidarität, die 1990 durch die Wiedervereinigung ausgelöst wurde, zu einer Finanzierung des Vereinigungsprozesses über die Steuern geführt hätte.

(Beifall bei SSW und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch geschehen!)

Dann hätten vielleicht sogar die breiten Schultern die größten Lasten getragen.

Fest steht aus Sicht des SSW, dass weder die deutsche Einheit noch die Folgen der aktuellen Überschwemmungen dazu geeignet sind, aus der vorhin schon erwähnten berühmten Portokasse bezahlt zu werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe die feste Überzeugung, dass dann, wenn es einmal so weit kommt, dass die Geschichte der deutschen Einheit neu geschrieben wird, genau dieser Punkt an den Pranger gestellt werden wird.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Unser **Sozialstaat** - auch das ist heute schon mehrfach gesagt worden - steckt in einer **Krise**. Wir hören es immer wieder und kennen die Symptome auswendig. Die Arbeitslosigkeit ist im August mit immer noch über 4 Millionen Arbeitslosen viel zu hoch. Die Konjunktur kommt nur schwankend in Gang und die Steuereinnahmen brechen weg. Viele Länder und Kommunen stecken in einer Finanzfalle und dem Bund droht wegen der Überschreitung der Haushaltsdefizitgrenze von 3 % wieder ein blauer Brief aus Brüssel. Die Krankenkassen haben ein Milliardendefizit zu verzeichnen. Auch bei den Renten gibt es Experten, die von notwendigen Beitragserhöhungen sprechen, obwohl doch das Rentenniveau durch die so genannte Riester-Rente schon gesenkt worden ist. Trotz Einführung der Pflegeversicherung haben wir auch in diesem Bereich größte Mängel und Missstände zu beklagen, ganz zu schweigen von der Reform der Arbeitsverwaltung, von PISA oder dem Zustand des deutschen Bildungssystems.

Das Fazit ist bitter, aber unumgänglich: In allen Säulen unserer sozialen Systeme brennt es. Die Feuerwehr - also die Politik - weiß gar nicht, wo sie bei all diesen vielen Bränden zuerst löschen soll. Aus unserer Sicht geht es dabei immer noch um die grund-

gende Frage, wie man die Krise des Sozialstaats löst. Löst man sie mit mehr Markt? Dazu haben wir heute schon einiges gehört. Löst man sie mit mehr Solidarität? Natürlich ist dies vereinfacht dargestellt, das wissen wir alle. Im Prinzip aber lassen sich die meisten Lösungsmodelle an diesen Prämissen messen. Für den SSW steht fest: Notwendige Reformen sind nur Reformen, wenn sie sozial gerecht umgesetzt werden.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das heißt, dass sich die Verlierer bei der Modernisierung unseres Sozialstaats auf die Solidarität der Gewinner verlassen müssen. Ansonsten wird es in Zukunft keinen Sozialstaat geben, der den Namen wirklich verdient.

Für viele Menschen in den **ostdeutschen Bundesländern** ist der Grundsatz, **gleiche Lebensbedingungen** für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, zehn Jahre nach der Vereinigung immer noch nicht erreicht. Die Flutkatastrophe wird die Angleichung der Lebensbedingungen weiter auf die lange Bank schieben. Daher noch einmal: Weder den Flutopfern noch unserer Solidargemeinschaft ist damit gedient, wenn eine Politik nach dem Motto: „Den letzten beißen die Hunde“, geführt wird.

Konkret bedeutet dies, dass wir kein Verständnis dafür haben, dass Parteien vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Bundesrepublik massive Steuererleichterungen versprechen. Es ist eine Binsenweisheit: Wer Steuererleichterungen verspricht, muss auch erzählen, wie er sie finanzieren will.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Trotz aller scheinbar vorhandenen Umschichtungseuphorie und trotz der Forderung nach Subventionsabbau wird die Finanzierung nur klappen, wenn weiter im sozialen Bereich gekürzt wird. Dort sind die größten Brocken zu holen. Das wollen wir nicht mitmachen!

(Beifall beim SSW)

Eine Bemerkung am Rande: Aus Fürsorgepflicht gegenüber dem Kollegen Kubicki wollte ich langsam sprechen, weil er doch vom Wahlkampf so müde ist. Die Probleme unserer Gesellschaft sind nicht erst in den letzten vier Jahren entstanden. Alles andere wäre gelogen. Wenn es eine Partei gibt, die über Jahre - ja die meiste Zeit - an der Regierung beteiligt war, dann

(Anke Spoorendonk)

ist das die FDP. Daher bitte ich darum, kleinere Brötchen zu backen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: In Schleswig-Holstein leider nicht!)

- Lieber Kollege Kubicki, diese Partei hat über Jahre auch für dieses Bundesland die Rahmenbedingungen mit beschlossen und mit bestimmt. Als alte Schleswigerin weiß ich, was die Steuergesetze Anfang der 90er-Jahre für unseren Landesteil gebracht haben. Ich nenne das Stichwort Abschreibungsmöglichkeiten.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Jutta Schümann [SPD] - Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Es ist die Schuld der FDP, dass Nordfleisch in Schleswig dichtmachen musste!

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin Spoorendonk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Nein, die kann er nachher stellen. Ich diskutiere gern mit ihm, aber jetzt nicht.

Das Prinzip der Solidarität gilt natürlich auch, wenn es darum geht, wer den Sozialstaat bezahlen soll. Es gibt schon heute eine klare Fehlentwicklung, wenn man sieht, dass die weitaus größte **steuerliche Belastung** den normalen Lohnempfänger und den Mittelstand trifft, während viele große Unternehmen oder gutsituierte Mitbürgerinnen und Mitbürger wenig oder gar nichts zu den Steuereinnahmen unserer Gesellschaft beitragen. Es ist leider richtig, dass die Steuerreform der Bundesregierung in diesem Bereich - vorsichtig gesagt - nicht unproblematisch war. Die Folgen spüren wir nicht zuletzt auch in Schleswig-Holstein. Wie sein Vorgänger leidet auch der Landeshaushalt 2003 unter massiven Steuereinbrüchen. Diese Steuereinbrüche sind eben nicht nur konjunkturbedingt, sondern sie sind auch eine Folge der Steuerreform auf Bundesebene. Das gilt insbesondere für die dramatisch sinkenden Einnahmen aus der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer, die hauptsächlich den Kommunen zugute kommen. Ich weiß, all dies wurde heute bereits gesagt.

Es kann einfach nicht angehen, dass wir im ersten Quartal 2002 eine Situation haben, in der die Länder und Kommunen in der Bundesrepublik an viele große Unternehmen circa 1,3 Milliarden € zurückzahlen

müssen. Hier ist die Solidarität unseres Gemeinwens wirklich auf den Kopf gestellt. Wir fordern daher nicht nur eine Verschiebung der zweiten Stufe der **Steuerreform**, sondern eine Änderung, die sicherstellt, dass die Einnahmen der Körperschaftsteuer wieder ansteigen. Eine reine Erhöhung des Prozentsatzes reicht nicht aus, denn 26 % von null sind genauso viel wie 25 % von null.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Darum begrüßt der SSW, dass die regierungstragenden Fraktionen es ähnlich sehen und eine entsprechende Bundesratsinitiative unterstützen.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen kann es keinen überraschen, dass die Situation der **Landesfinanzen** weiterhin mehr als angespannt ist. Sieht man sich die nüchternen Eckdaten des Finanzplans 2002 bis 2006 an, dann wird einem schnell klar, dass das Ende des finanziellen Desasters noch lange nicht in Sicht ist. Trotz moderat steigender Steuereinnahmen und moderater Ausgabenzuwächse wird die Verschuldung jedes Jahr um über 500 Millionen € ansteigen. Das ist natürlich eine verheerende Entwicklung, denn damit steigen sowohl die Schulden pro Einwohner als auch die Zinsausgaben pro Einwohner in Schleswig-Holstein weiterhin an. Die Kreditfinanzierungsquote bleibt somit auf unverändert hohem Niveau und erst ab 2006 rechnet die Landesregierung mit einer Reduzierung der Nettoneuverschuldung. Die Investitionsquote bleibt niedrig, während der Anteil der Zinsausgaben am Gesamthaushalt - also die Zinsausgabenquote - weiter ansteigt. Die Landesregierung präsentiert daher auch in diesem Jahr einen Haushaltsentwurf mit wenig Licht und viel Schatten, der für viele Menschen, für Organisationen und Verbände im Lande schwer zu verdauen sein wird. Im letzten Jahr war es nicht anders.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Kollege Neugebauer, wir wollen nichts schön reden! Angesichts der geschilderten finanziellen Rahmenbedingungen sind harte Einschnitte notwendig, aber die Prioritätensetzung der Landesregierung ist aus unserer Sicht nicht unproblematisch. Besonders die Kürzungen im Sozialbereich - etwa bei der Jugendförderung und beim Wirtschaftsförderungsprogramm „ziel“ - Zukunft im eigenen Land - sieht der SSW kritisch. Dazu ist beispielsweise das Regionalprogramm, das auch zu „ziel“ gehört, schon durch den Kabinettsbeschluss zur Finanzierung des Ausbaus des Flughafens Kiel-Holtensau ausgehöhlt worden. Erneute Kürzungen in diesem Bereich schwächen die Ent-

(Anke Spoorendonk)

wicklungsmöglichkeiten der **strukturschwachen Regionen** weiter. Daher wiederhole ich, was wir schon oft und mehrfach betont haben: Es wäre besser, das Prestigeobjekt des Ausbaus des Flughafens endlich zu den Akten zu legen und das Geld für weitere Investitionen in den strukturschwachen Regionen zu nutzen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist positiv, dass die Landesregierung schon jetzt für 2003 eine Weiterführung der Wettbewerbshilfen für Werften in Aussicht gestellt hat. Natürlich wird dies ein finanzieller Kraftakt für das Land sein. Die Alternative mit mehr Arbeitslosen ist aber noch schlechter, wobei der SSW weiter die Auffassung vertritt, dass das Land alles dafür tun muss, damit unsere **Werften** die Werftenhilfe erhalten, die auch in den anderen Küstenländern gezahlt wird. Alles andere ist ein zusätzlicher Wettbewerbsnachteil für schleswig-holsteinische Werften.

Der SSW begrüßt, dass für das kommende Haushaltsjahr 200 zusätzliche Lehrerstellen eingeplant sind, auch wenn uns bedenklich stimmt, dass 50 dieser Planstellen erst noch erwirtschaftet werden sollen. Wir sehen uns an, was am Ende dabei herauskommt. Mag sein, dass dies die einzige Möglichkeit ist, bei der jetzigen Haushaltslage überhaupt weiterzukommen. Es darf aber nicht in Vergessenheit geraten, dass die Bundesrepublik im Vergleich zu vielen anderen OECD-Ländern insgesamt weniger in **Bildung** investiert. Die PISA-Diskussion der letzten Monate handelte eben nicht nur von Inhalten, sondern auch von Geld und Strukturänderungen in unserem Schulwesen. Daher wird der SSW seinen Antrag zur Einführung einer sechsjährigen Grundschule auf regionaler Ebene im Bildungsausschuss neu formulieren. Unser Anliegen ist, diesen Ansatz so zu konkretisieren, dass geprüft werden kann, was die Voraussetzungen für eine Öffnung des Schulgesetzes sind.

Angesichts der schwierigen Haushaltslage des Landes erkennt der SSW die Bemühungen der Landesregierung bei den Zuschüssen für **Minderheiten** an. Die Landesregierung hat aus den negativen Erfahrungen der letzten Haushaltsberatungen gelernt und damit dem hohen Stellenwert der Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein Rechnung getragen. Der SSW hofft, dass damit endgültig eine Trendwende bei der finanziellen Gleichstellung der Minderheiten eintritt.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

- Hier kann man ruhig ein bisschen mehr klatschen. - Dennoch muss festgestellt werden, dass auch eine

Überrollung der Haushaltsansätze real gesehen im Verhältnis zur Lohn- und Preisentwicklung eine Kürzung darstellt. Daher noch eines: Mag sein, dass das Wort „Nachhaltigkeit“ ein verschlissenes Wort ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber mir fällt trotzdem kein besseres Wort ein. Wenn wir uns einmal die Förderung des Minderheitenbereiches ansehen, dann muss es uns bis 2005 gelingen, Nachhaltigkeit auch in die Förderung von Minderheiten hineinzubringen.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass die Minderheitenbeauftragte der Ministerpräsidentin in diesem Bereich bereits tätig geworden ist. Ich bin guter Hoffnung, dass wir weiterkommen. Ich hoffe dabei auch auf die Unterstützung des Parlamentes.

(Beifall bei SSW und SPD)

Besonders bedeutend ist für uns, dass die Schulen der dänischen Minderheiten nach der dreijährigen Festbeschreibung der Zuschüsse im Jahre 2003 eine Erhöhung um circa 320.000 € erwarten können, wobei es sich wohlgerne um eine Erhöhung handelt, die sich eher aus erhöhten Schülerzahlen als aus höheren Schülerkostensätzen ergibt, die ja nach dem Gesetz in den Jahren 2002 und 2003 gleich hoch sind. Dennoch bin ich über diese Entwicklung froh, denn weitere Einsparungen bei unserem Schulwesen hätte die Zukunft der Minderheit leicht in Gefahr bringen können. Auch das Schulwesen der dänischen Minderheit braucht die Solidarität der Mehrheitsbevölkerung und eine finanziell gesicherte Grundlage, um die Herausforderung in diesen PISA-Zeiten zu bewältigen.

Bei der friesischen Volksgruppe werden wir uns sicherlich noch einmal mit der Situation des Nordfriisk Instituts beschäftigen müssen. Denn hier scheint eine Überrollung der Zuschüsse nicht das strukturelle Defizit ausgleichen zu können, das gerade durch gleich bleibende Zuschüsse bei steigenden Lohn- und Gehaltsausgaben entstanden ist. Dies ist übrigens ein Problem, das für die meisten Organisationen und Institutionen gilt, die in den letzten Jahren nur eine Überrollung der Landeszuschüsse erhalten haben.

Auch für den Haushalt 2003 hat die Landesregierung eine Reihe **Modernisierungsvorhaben** angekündigt. Stichwortartig sei hier genannt: die äußerst wichtige Fusion der Landesbanken Schleswig-Holstein und Hamburg, die Weiterentwicklung des IPTS, die Fusion der Fachklinik Schleswig mit dem Martin-Luther-Krankenhaus, die Abschaffung der Oberfinanzverwaltung und die Einführung der zweistufigen Finanz-

(Anke Spoorendonk)

verwaltung! Der SSW wird alle diese Modernisierungsvorhaben konstruktiv und kritisch begleiten. Ich glaube auch nicht, dass man etwas nicht konstruktiv begleiten kann. Wir werden es jedenfalls tun.

(Beifall bei SSW und SPD)

Denn was auf dem Reißbrett vernünftig aussieht, wirkt in der Realität nicht immer überzeugend.

Das gilt zum Beispiel für die Steuerverwaltung. Hier gibt es jedenfalls seitens der Steuergewerkschaft erhebliche Zweifel, ob die Abschaffung der Zweistufigkeit in Zukunft eine sinnvolle und effektive **Finanzverwaltung** in Schleswig-Holstein ermöglicht. Vor dem Hintergrund, dass der Landtag im Haushalt 2002 beschlossen hatte, das Personal gerade in diesem Bereich aufzustocken, weil dadurch erwiesenermaßen auch die Einnahmesituation des Landes gestärkt wird, sollte die Landesregierung die Kritik der Steuergewerkschaft ernst nehmen und genau prüfen. Wir brauchen eine leistungsfähige Steuerverwaltung. Denn nur so können wir wirklich die Einnahmen des Landes erhöhen.

Auch im **Bildungsbereich** stehen wichtige **Strukturänderungen** an. Nicht zuletzt die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein wird in den kommenden Monaten auf der Tagesordnung stehen. So will die Landesregierung die Universitätskliniken in Kiel und Lübeck zum 1. Januar 2003 zum Uniklinikum Schleswig-Holstein zusammenlegen. Noch wichtiger wird die Arbeit der Expertenkommission zur Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein sein. Aus Sicht des SSW muss es aber auch hier so kommen wie anderswo, wenn Expertenkommissionen eingerichtet werden - Stichwort: Diätenkommission -. Die Ergebnisse lassen sich nicht 1:1 umsetzen.

(Lothar Hay [SPD]: Ich hoffe, dass die Kommission besser arbeitet!)

Wer von außen etwas betrachtet, sieht vielleicht manches klarer, sieht aber auch manches nicht. Es wird Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich nicht überraschen, dass der SSW in diesem Zusammenhang sein Augenmerk, seine Lupe in erster Linie auf die Zukunft der Universität Flensburg richtet.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Daher, Kollege Hay, mit aller Deutlichkeit: Die deutsch-dänischen Studiengänge sind keine Einsparmasse, weil diese Studiengänge den Kern der Universitätsarbeit in Flensburg ausmachen. Sie sind nicht mit dem zu vergleichen, was es ansonsten an **Universitätskooperationen** gibt. Sie sind ein originärer Beitrag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einem wichtigen Zukunftsbereich. Wir sollten mit

diesem Pfund wuchern, denn man möge es glauben oder nicht - ich habe es schon oft gesagt -: Zehn Jahre Kleinarbeit hat dazu geführt, dass wir bei diesen grenzüberschreitenden Studiengängen weiter sind als in der Øresund-Region.

(Beifall bei SSW und SPD)

Seit einigen Jahren versucht der Landtag gemeinsam mit der Landesregierung, unter dem Stichwort „**Neue Steuerungsinstrumente in der Finanzpolitik**“ zum Beispiel durch Budgetierung, Zielvereinbarungen und Controlling auch die Verwaltung des Landes zu modernisieren. Dabei waren wir uns parteiübergreifend einig, dass dieser Prozess einen schwierigen Spagat zwischen den berechtigten Kontrollrechten des Parlaments und dem Wunsch nach effizienterem Verwaltungshandeln darstellt. Dabei haben alle Parteien des Landtages immer wieder betont, dass sie eine weitere Entmachtung des Parlaments verhindern wollen.

Gerade deshalb - das rufe ich in Erinnerung - engagiert sich der Landtagspräsident so sehr in der Debatte um die Reform des **Föderalismus**. Bekanntlich gibt es im März 2003 in Lübeck einen Konvent zur Zukunft des Föderalismus, wo es um die entscheidende Frage geht, welche Kompetenzen und Aufgaben die Bundesländer vor dem Hintergrund der europäischen Erweiterung künftig haben sollen. Unser gemeinsamer Standpunkt in dieser Frage war, dass gerade die Landtage besser und früher in Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssen, es sei denn, wir wollen uns überflüssig machen.

Unter diesem Gesichtspunkt sieht der SSW die Frage der Doppelhaushalte mit einiger Skepsis. Wir lehnen Doppelhaushalte nicht grundsätzlich ab. Sie können in Verbindung mit der angestrebten Verwaltungsmodernisierung durchaus sinnvoll sein. Auch brauchen wir das Rad nicht neu zu erfinden, denn andere Bundesländer haben bereits seit Jahren Doppelhaushalte. Dennoch kommt der jetzige Vorstoß der Landesregierung etwas überraschend.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Finde ich nicht!)

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir eingestehen, dass unsere Erfahrungen mit beispielsweise Zielvereinbarungen noch nicht sehr ausgeprägt sind. Deshalb warnt der SSW davor, den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Für uns bleibt jedenfalls entscheidend, dass der Einfluss des Landtages auf die Finanzen durch die Einführung eines Doppelhaushaltes nicht weiter ausgehöhlt wird. Das Haushaltsrecht ist der entscheidende Hebel des Parlamentes bei seiner

(Anke Spoorendonk)

Kontrolle der Regierung. Damit sollte sorgfältig umgegangen werden.

(Beifall beim SSW)

Wir empfehlen daher - das werden wir auch beantragen -, dass sich der Finanzausschuss noch einmal intensiver mit dem Thema **Doppelhaushalt** beschäftigt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist abgeschlossen!)

- Das ist abgesprochen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Abgeschlossen!)

- Meine Fortsetzung kommt. - Denn ich meine, es muss noch einmal besprochen werden, wie es mit den Kontrollmöglichkeiten des Parlaments aussieht. Eine Anhörung zu diesem Thema, beispielsweise eine Anhörung, in der wir die Erfahrungen anderer Bundesländer aufgreifen, wäre aus meiner Sicht nicht nur sinnvoll, sondern notwendig.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dazu regen wir an, dass sich der Landtag auch mit anderen Steuerungsinstrumenten zur Beurteilung eines Finanzhaushalts beschäftigt. Damit meine ich, dass der Haushalt auch nach anderen Gesichtspunkten gestaltet und kontrolliert werden kann als nach den traditionellen Methoden. Zum Beispiel wollen Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark im Haushaltsjahr 2003 erstmals so genannte nationale Gender-Budgets vorlegen, das heißt, für jeden Posten muss berechnet werden, in welchem Ausmaß er Frauen oder Männer begünstigt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem gleichen Prinzip hatte man in Dänemark in den letzten drei Jahren parallel zum normalen Haushalt einen so genannten Umwelthaushalt oder Ökohaushalt vorgelegt. Durch solche zusätzlichen Informationen erhält die Politik nicht nur einen besseren Überblick, sondern auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten, wenn es um Haushaltsbeschlüsse geht.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Die andere Seite dieser Medaille des Haushaltsrechts ist die Frage der grundsätzlichen **Neuordnung der Finanzen und Aufgabenaufstellung** zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Erstens sind die Länder und Kommunen durch die jetzige Verteilung der Mittel hoffnungslos unterfinanziert. Insbesondere die Kommunen stehen in allen Teilen der Bundesrepublik -

leider auch in Schleswig-Holstein - vor riesigen finanziellen Problemen, die in naher Zukunft zu einschneidenden Leistungskürzungen für alle Bürgerinnen und Bürger führen werden. Zweitens hat sich ein System der Mischfinanzierung herausgebildet, das ineffizient und bürokratisch organisiert ist. Drittens sind das Gesetzgebungsverfahren und die Steuererhebungen beim Bund zentralisiert, was angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Regionen auch zu steif und unflexibel scheint.

Alle diese Gründe sprechen dafür, dass wir in Deutschland endlich eine grundlegende Finanzreform in Angriff nehmen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Ich freue mich darüber, dass das auch von Finanzminister Möller heute Morgen gesagt wurde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das schafft er doch nie! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Muss er auch nicht mehr, er ist ja eh bald weg!)

Aus unserer Sicht muss eine solche Reform dafür sorgen, dass die Länder und Kommunen eine angemessene finanzielle Ausstattung im Verhältnis zu ihren Aufgaben erhalten. Das ist offensichtlich nicht mehr der Fall.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sozialdemokratische Steuerreform!)

Eine solche Reform könnte aber so viel finanziellen Freiraum für das Land schaffen, dass wir uns an den eigenen Haaren aus dem finanziellen Loch herausziehen können - vielleicht nicht ganz, aber doch fast.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Natürlich gibt es keinen Königsweg zur Sanierung der Landesfinanzen. Das wissen wir trotz aller Reden heute.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Das verteilt sich auf alle Fraktionen. - Wir müssen schon selbst die notwendigen Reformen, beispielsweise in den Verwaltungen des Landes und der Kommunen, in Gang setzen. Aber die spannende Frage bleibt weiterhin: Wie gestalten wir überhaupt die notwendigen Reformen, ohne dass die Grundsteine des Solidarsystems und somit die gesellschaftliche Solidarität aufgegeben werden? Am Gelingen dieser Aufgabe - davon bin ich fest überzeugt - wird sich unsere Politikergeneration messen lassen müssen,

(Anke Spoorendonk)

auch wir, die wir heute den Landeshaushalt für das kommende Jahr debattieren.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Am Durchgang zur Lobby hängt der renommierte Kieler Künstler Eberhard Oertel anlässlich des Jahrestages der Anschläge vom 11. September in den USA drei Gemälde aus, die erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt werden und die Herr Oertel dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zur Plenartagung zur Verfügung gestellt hat. Herr Präsident Arens und Herr Oertel werden in kurzen Ansprachen den Hintergrund der Ausstellung und die Bilder selbst vorstellen. Es wird um Anwesenheit gebeten.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 15 Uhr fortgesetzt. Dann hat die Frau Ministerpräsidentin das Wort.

(Unterbrechung: 13:05 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir treten wieder in die Tagesordnung ein. Ich hoffe, alle hatten eine schöne Mittagspause.

Ich darf zunächst zwei Besuchergruppen begrüßen, und zwar den Seniorenverein Hohenfelde sowie die Damen und Herren Besucher vom SPD-Ortsverband Treia. - Meine Damen und Herren auf der Besuchertribüne, herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir setzen die Beratungen fort. Das Wort erteile ich für die Landesregierung der Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als auf den Tag genau vor einem Jahr die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon verübt wurden, haben wir das alle als Angriff auf die Grundwerte unserer freiheitlichen Demokratie erlebt. Dass die Gefahr immer noch nicht vorbei ist, können wir jeden Tag in den Zeitungen lesen. All das hat weder Deutschland noch Schleswig-Holstein unberührt gelassen. Wir geben für unsere innere und äußere Sicherheit mehr Geld aus. Gleichzeitig haben die Anschläge fatale Folgen auf die Weltwirtschaft gehabt. Das ist auch bei uns nicht ohne Schleifspuren geblieben.

An den ohnehin überreizten und hochspekulativen Börsen sind Milliardenvermögen vernichtet worden. Das ist am Exportweltmeister Deutschland nicht spurlos vorübergegangen. Ein guter Teil der gegenwärtigen Konjunkturprobleme ist fraglos den Anschlägen geschuldet. Selbst die starke amerikanische Wirtschaft hat schwere Einbußen hinnehmen müssen. Wir sind mit betroffen; denn nach wie vor gilt der Satz: Wenn Amerika leichtes Fieber hat, bekommt die Weltwirtschaft Grippe.

Die Möglichkeiten, dagegen anzusteuern, sind begrenzt. Gleichwohl müssen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten unsere Hausaufgaben in Schleswig-Holstein machen.

Die **Weltkonjunkturlage**, die zusätzlichen Ausgaben für mehr Sicherheit und der nicht vorhersehbare Rückgang der Steuereinnahmen haben den Landeshaushalt schwer belastet. Nach 16 Jahren Kohl-Regierung haben wir die notwendigen Reformen des Bundes mit Milliarden-Entlastungen für Bürger und Unternehmen bis an die äußerste Grenze des Machbaren mitgetragen. So hat es mich denn heute Morgen schon überrascht, Herr Oppositionsführer, als Sie gesagt haben, die Steuerbelastungen seien so hoch wie noch nie zuvor. Allein bei der ersten Stufe im Jahr 2000 sind 32 Milliarden € in die privaten Taschen von Unternehmer und von Bürgern zurückgegangen. Im Jahre 2005 werden es etwa 56 Milliarden € sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Steuern und Abgaben!)

Man kann es wohl nicht gerade als Steuererhöhungen bezeichnen, dass beispielsweise der Grundfreibetrag von 12.300 auf 15.000 € erhöht worden ist, dass eine Steuerentlastung beim Spitzensteuerbetrag gemacht worden ist und dass der Eingangsteuersatz gesenkt worden ist. Das sind doch Senkungen und keine Erhöhungen von Steuern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich rechnen Sie sofort immer die Ökosteuer dagegen. Vielleicht haben Sie noch nicht zur Kenntnis genommen, dass sehr viele Menschen die Ökosteuer durchaus als richtig empfinden,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil sie nämlich zur Finanzierung der Renten und zum Umsteuern im Verbrauch von Energie gebraucht wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was?)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Bei den Petersberger Beschlüssen der CDU, auf die Sie sich dauernd berufen, ist immer noch drin - dazu haben Sie heute Morgen nichts gesagt; dazu hätte ich gerne etwas gehört -, dass beispielsweise die Zuschläge auf Überstunden und auf Nachtarbeit besteuert werden sollen. Das haben Sie noch nicht zurückgenommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Wenn es jemanden gibt, der Steuererhöhungen auf die Art und Weise nicht äußerst entschieden widerspricht, dann sind es eher Sie als wir.

Das Kindergeld ist so hoch wie noch nie zuvor. Die große Rentenreform wurde angestoßen, um endlich das Versprechen wahrzumachen, dass die jüngere Generation nicht noch mehr auf die Schulter nehmen kann, damit die ältere Generation ein auskömmliches Alterseinkommen hat. Wir setzen auf mehr private Vorsorge. Wir haben die Entfernungspauschale eingeführt und so weiter. Es gibt eine lange Liste von Maßnahmen, die allerdings Geld kosten. Es gehört zum kleinen Einmaleins: Was - politisch gewollt - in den Taschen der Bürger bleibt, kann nicht gleichzeitig in der Kasse des Finanzministers sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen wiederhole ich, was von uns allen schon gesagt worden ist: Über die beschlossenen **Steuersenkungen** bis 2005 hinaus kann es keine weiteren Steuersenkungen geben, wenn wir unserer Aufgabe als Staat gerecht werden wollen und unser Versprechen, den Bürgern gegenüber Gerechtigkeit walten zu lassen, auch nur halbwegs ernst nehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer jetzt - wie die Opposition im Wahlkampf - den Bürgerinnen und Bürgern weitere Steuersenkungen verspricht, handelt meines Erachtens wider besseres Wissen. Wer mich wegen der Erbschaftsteuer angreift, kann sich gleich an den Bundesfinanzhof wenden. Der ist nämlich auch der Meinung, dass das nicht in Ordnung ist. Damit fühle ich mich in allerbesten Gesellschaft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Dass Herr Schröder an der Erbschaftsteuer keinen Gefallen findet, glaube ich Ihnen gern. Das ist nämlich eine Ländersteuer. Ich vertrete die Interessen der Länder, insbesondere des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Heute Morgen ist mehrfach zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die **Arbeitslosigkeit** nach wie vor das größte Problem in unserer Gesellschaft ist. Wir als Land tun, was wir können. Wir haben sehr viel von unseren dänischen Nachbarn gelernt und haben versucht, dieses in Modellversuchen umzusetzen. Das bleibt auch im Haushaltsjahr 2003 so. Für die Landesregierung hat der erste Arbeitsmarkt oberste Priorität. Aber unser arbeitsmarktpolitisches Flaggschiff ASH, das von 2000 bis 2006 läuft, versucht Brücken für diejenigen zu schlagen, die im zweiten Arbeitsmarkt sind. Allein von 2003 bis 2006 werden wir 125 Millionen € für unsere Arbeitsmarktpolitik ausgeben. Das ist eine ungeheure Leistung für ein Land, dessen Kassenlage mehr als angespannt ist.

(Beifall bei der SPD)

Da wir wissen, dass wir allein den Durchbruch für die gesamte Bundesrepublik nicht schaffen - übrigens auch nicht für Europa und auch nicht für Amerika; da wissen wir, wo unsere Grenzen sind -, unterstützt die Landesregierung das Konzept der Hartz-Kommission. Sie haben das Ganze als Gequatsche zur Seite gelegt, ohne es einmal richtig gelesen zu haben; da war es nämlich noch nicht veröffentlicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich habe gesagt, dass es von der Idee her gut ist, dass sich jemand damit beschäftigt, neue Wege in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu gehen, Wege, die über das hinausgehen, was Sie immer vorzuschlagen haben, nämlich Besteuerung von Nachtzuschlägen, Rahmentarife abschaffen und so weiter.

Man muss eben die Gedanken, wie man auf global bedingte Arbeitslosigkeit reagieren kann, neu sortieren, ohne immer wieder in den alten, altmodischen Instrumentenkasten hineinzugreifen und dabei das falsche Instrument zu ergreifen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist klar, meine sehr verehrten Damen und Herren: Mit der Bundesanstalt für Arbeit und deren vorgeschriebener bürokratischen Tonnenideologie konnte es so nicht weitergehen. Die **Hartz-Kommission** gibt uns jetzt die richtige Antwort, wie wir uns intensiv und individuell um Arbeitslose kümmern müssen, sie da zu packen, wo wir sie packen können, nämlich an ihrem Ehrgeiz, in den Arbeitsmarkt wieder hineinzukommen. Wir dürfen uns von ihnen aber auch nicht vorführen lassen, wenn sie da nicht wieder hinein-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

kommen wollen. Solche Menschen soll es in unserer Republik geben.

(Zuruf von der CDU: Ach, auf einmal!)

- Ich habe überhaupt keine Schwierigkeiten, das für meine Fraktion zu erklären. Das haben wir immer gemacht. Wir haben zum Beispiel das Elmshorner Modell gemacht, und zwar ohne Ihre Hilfe. Sie haben darüber nur gemeckert. Das Modell haben wir mit der Hilfe meiner und der grünen Fraktion durchgezogen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach wie vor gilt: Ohne die Wirtschaft können wir die Arbeitslosigkeit allein nicht abbauen. Arbeitsplätze können nur von der Wirtschaft geschaffen werden. Dafür braucht die **Wirtschaft** allerdings einen vernünftigen Rahmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr richtig!)

- Sie sagen: Sehr richtig! Haben Sie vielleicht die neue Statistik gelesen? Nach dieser Statistik wächst die Bevölkerung in Schleswig-Holstein. Sind es eigentlich alles Masochisten, die dazu zählen? Es müssen doch Leute sein, die sich hier wohl fühlen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Dieses Ergebnis ist trotz Ihrer Hinweise festzustellen, dass man schon bekloppt sein müsste, wenn man nach Schleswig-Holstein käme oder hier bleibe. Die Menschen ziehen jedenfalls nach Schleswig-Holstein und stellen fest: Hier ist es prima; hier kann man leben; hier kann man arbeiten; hier kann man die Zukunft seiner Kinder gestalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und FDP)

Anders als Ihnen gelingt es mir immer sehr gut, die Leistungen der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner einschließlich derjenigen der eigenen Regierung zu erkennen und auch darzustellen.

(Lachen bei CDU und FDP)

Mein Appell an die **Unternehmer** ist, uns wie in den vergangenen Jahren wieder dabei zu helfen, für alle Jugendlichen einen **Ausbildungsplatz** zu schaffen. Das ist uns in den vergangenen Jahren gelungen. Auch in Zukunft werden wir das schaffen. Überhaupt ist nur durch Ausbildung und Qualifizierung der Zugang von Fachkräften im Wege der Greencard politisch durchzustehen. Da wir das wissen, sagen wir nicht in Bausch und Bogen Nein, sondern sagen: Erst

muss ausgebildet und qualifiziert werden. Wenn dies nicht reicht, erst dann sollen Fachkräfte von außen hinzukommen, die uns helfen, das Ganze gemeinsam ein Stückchen weiterzubringen.

Aus unserer Sicht schafft der **Haushaltsplan 2003** eine vernünftige Balance zwischen unvermeidlichen Einschnitten und Finanzierung der Regierungsschwerpunkte.

Ich habe heute Morgen mit großem Interesse dem Herrn Oppositionsführer zugehört. Ich muss ihm sagen: Sie waren nett. Jedoch hatten Sie wirklich nahezu an allem etwas herumzumeckern.

(Heinz Maurus [CDU]: Das liegt an Ihnen!)

Jetzt möchte ich in aller Bescheidenheit einmal wissen: Wenn man alle unsere Sparvorschläge ablehnt, wo sind dann Ihre Vorschläge? Was wollen Sie machen? Sie wollen nicht sparen. Überall wollen Sie etwas drauflegen. An allem meckern Sie herum. Nach meinen mathematischen Kenntnissen geht das nicht auf. Sie müssen schon einmal so freundlich sein uns zu sagen, wo Ihre Schwerpunkte des Sparens liegen oder welches Ihre Schwerpunkte des Drauflegens sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden vor der Haustür wieder die Demonstrationen haben. Ich werde mir dann Ihre Reden anhören und nach dem Addieren feststellen, was Sie dort unten immer alles versprechen. Was Sie dort versprechen, würde uns allen teuer zu stehen kommen.

Ich habe mich ausdrücklich bei den beiden Regierungsfractionen zu bedanken, die natürlich nachher in der öffentlichen Erläuterung den Kopf dafür mit erhalten müssen, wenn Vieles, was wir uns vorgestellt und gewünscht haben, nicht mehr erfüllt werden kann. In absehbarer Zeit wird es damit auch nicht anders werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir sind heute Morgen auf die Flutkosten eingegangen. Die müssen alle irgendwo erwirtschaftet werden, sodass ich für Ausweitungen überhaupt keinen Spielraum sehe.

Der Haushalt sichert die Schwerpunkte der Regierung. **Bildung** bleibt Schwerpunkt. Da Sie immer in Tonnenideologien und in Köpfen denken, statt sich an den Leistungen dieser Köpfe zu orientieren, werden Sie es schwer haben zu begreifen, dass der Gegenwert von 200 Lehrerstellen als Unterrichtsversorgung vor

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Ort ankommt. Das ist die entscheidende, die wichtige Aussage.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es handelt sich um 150 neue Menschen und dann noch einmal um 50 Menschen, für die diejenigen ein Opfer bringen müssen, die eine Stelle haben und die durch Kürzung von Erlassstunden nunmehr Unterricht haben. Wir wissen, dass diese Leute ein Opfer bringen müssen und es auch bringen werden.

(Zuruf von der CDU: Sie haben etwas anderes versprochen!)

- Sie meinen, es gehe um die Frage, ob ich etwas versprochen hätte oder nicht. Wenn die Konjunktur zusammenbricht, wenn eine Flutkatastrophe gewesen ist, wie wir sie jetzt hatten - -

(Zuruf von der CDU: Und was ist mit China?)

- Ich sage ja die ganze Zeit, dass es nicht anders geht als von mir beschrieben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Wir haben in einem ungeheuren Kraftakt 26 Millionen Euro in den Schwerpunkt Bildung mehr hineingetan. Andere Bereichen mussten dafür etwas abgeben. Es handelt sich um ein Plus von 2,3 %. Mehr war nicht drin. Deshalb haben wir die in Arbeit stehenden Lehrer gebeten, auf Erlassstunden, auf Stunden, die sie für ihre zusätzliche Arbeit ein Personalräten und so weiter bekommen, zu verzichten und sich für die Versorgung der Kinder vor Ort einzusetzen. Ich glaube, das ist ein Opfer, das man erwarten kann, wenn es nicht anders geht. Und es geht nicht anders! Das sage ich ja schon die ganze Zeit.

Außerdem kommt dieser Wert vor Ort an. Mit Geld statt Stellen hat die Bildungsministerin die Möglichkeit, dort feinzusteuern, wo die anderen Maßnahmen nicht ausreichen.

Es gilt der Satz: Nicht mehr Geld für Reformen, sondern mehr Reformen für unser Geld. PISA hat uns gezeigt: Mit Menge schaffen wir es nicht. Der Wunsch, mehr Geld und mehr Stellen zu haben, ist falsch, solange man sich nicht über Inhalte unterhält. Solange sie bei dem Wort Gesamtschule und dem Wort Ganztagschule gleich nach dem Weihwasserkessel greifen, ohne zu überlegen, warum es in Finnland oder Schweden besser ist, werden Sie diese Diskussion nie vernünftig zu Ende kriegen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte Ihre Methode, die Schulleistungen in Deutschland entlang von Parteilinien zu diskutieren, für das Falscheste vom Falschen. Denn dann komme ich sofort auf die Frage, warum beispielsweise bei uns die Gymnasiasten in Naturwissenschaften so gut sind und woanders nicht. Wir stoßen dann auch auf Fragen, die schwer zu beantworten sind, weil sie eigentlich Blödsinn sind. Unsere Eltern und Kinder wollen solche Fragen auch nicht beantwortet haben. Die wollen wissen: Was lernen unsere Kinder? Was tut die Politik dafür? Die fragen nicht: Welche Partei wird es besser machen oder hat es in der Vergangenheit falsch gemacht? Aber ich warte, wenn wir uns darüber unterhalten, auf Ihre Zugeständnis, dass es künftig mehr Gesamtschulen, mehr Ganztagsangebote und mehr betreute Grundschulen gibt. Wir werden ja sehen, ob Sie künftig dazu stehen.

(Zuruf von der CDU: Was haben Sie gegen Gesamtschulen?)

- Ich habe doch nichts gegen Gesamtschulen! Überhaupt nicht! Im Gegenteil! Das ist doch Ihr Problem. Sonst hätten wir sie ja nicht geschaffen, und zwar ganz gut geschaffen und in großem Ausmaß. Das sind Angebote in unserem Land.

(Zurufe von CDU und FDP)

Ich komme zu den **Hochschulen**. Die Bildungsministerin hat in Übereinstimmung mit der Landesrektorenkonferenz entschieden, unsere Hochschulen auf ihre Effizienz, ihre Zukunftsfähigkeit und ihre Leistungen begutachten zu lassen. Das Ergebnis wird am Ende des Jahres vorliegen.

Ganz klar ist: Wir müssen etwas ändern, damit unsere Hochschulen zukunftsfähig werden. Es gibt neue Herausforderungen an die akademische Ausbildung. Darauf brauchen wir neue Antworten. Wir haben in Schleswig-Holstein - übrigens begründet auch durch die CDU - eine gute Antwort. Das sind die Fachhochschulen, die hervorragend sind. Darüber müssen wir uns weiter unterhalten, ob wir mehr in Fachhochschulen oder in Hochschulen investieren sollten, ob die Unternehmen mehr Abgänge von Fachhochschulen oder von Hochschulen brauchen. Das alles erwarte ich mir von der Kommission, die daran arbeitet.

Kleinteilige Klientelinteressen dürfen jedenfalls notwendige Veränderungen nicht zu Fall bringen. Das gilt übrigens auch und ausdrücklich für die Universitätskliniken. Das Fortschreiben von Defiziten in den nächsten Jahren nach dem Motto, es werde schon

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

keiner wagen, die Kranken von der Klinge springen zu lassen, geht nicht.

Die Fusion der beiden Kliniken muss am Ende dazu führen, dass das Defizit kleiner wird und verschwindet. Die **Universitätskliniken** müssen allein wirtschaften können, ausgenommen bezüglich des einen Drittels für Lehre und Forschung; das ist klar, das steht im Grundgesetz, das können wir nicht wegnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Land ist stark vom **Mittelstand** geprägt. Das hilft uns in der Krise. Es hindert uns aber auch ein kleines bisschen, wenn es darum geht, im Boom nach oben zu kommen. Aber für Schleswig-Holstein ist der Mittelstand das Rückgrat und gleichzeitig der Motor unserer Wirtschaft. Es handelt sich um Betriebe, die wir als „Jobmaschine“ betrachten können. Dort entstehen die meisten Arbeitsplätze. Da stecken Innovationspotentiale. Da werden junge Leute ausgebildet.

Dies werden wir weiter unterstützen. Wir werden Innovationen anregen. Wir werden so dazu beitragen, dass Wachstum erzeugt wird und dadurch mehr Arbeitsplätze entstehen.

Heute Morgen kam wieder dieser defaitistische Klang, dass wir im Lande nicht genügend Innovationen hätten. Aber machen Sie doch einmal Betriebsbesuche. Gehen Sie einmal in die Betriebe unseres Landes und gucken sie sich an. Ich mache solche Besuche. Ich gehe hinaus und bin jedes Mal überrascht und stolz darauf und finde es gut, was in Betrieben bei uns in Schleswig-Holstein gemacht wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob das Windenergie ist, ob das Offshore ist, ob das Biotechnologie, Medizintechnik, Gesundheits- und Wellnessoffensive - was Sie gar nicht so gern hören - ist! Das hat sich bei uns herausragend bewährt. Dies alles sind Gebiete, auf denen Schleswig-Holstein eine gute Position hat.

(Zuruf von der CDU: Sie sind Spitze!)

Deshalb unterstützen wir mehr Innovation, mehr Forschung, mehr Patente, mehr Umsetzung von Intellekt in Produkte und Verfahren und umso mehr unterstützen wir Unternehmensgründungen, bei denen wir im Vergleich übrigens auch nicht schlecht dastehen.

Deswegen noch einmal ein Hinweis zu PISA! Um das alles schaffen zu können, brauchen wir junge Leute, die tiptopp ausgebildet sind, um diesen Prozess weiter tragen zu können.

Meine Damen und Herren, bei uns helfen bei diesen Prozessen folgende Instrumente: die Investitionsbank, die Bürgerschaftsbank, die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, Förder- und Existenzgründerprogramme, die Universitätszusammenarbeit mit den Betrieben, die Technologie-Transfer-Zentrale und die Zentren für Technologie-, Innovations- und Existenzgründungen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Ministerpräsidentin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Nein, danke. Herr Kubicki hat heute Morgen auch in Ruhe reden dürfen, ohne dass ich ihn gestört habe. Das würde ich auch gern ohne ihn tun.

Jedenfalls gilt das, was als Instrument angeboten und entwickelt worden ist, durchaus als vorzeigbar.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die Landesregierung hat ein klares Bild von der Zukunft unseres Landes. Europaweit gilt Schleswig-Holstein als Vorbild für partnerschaftliches Zusammenleben von Mehrheit und Minderheiten. Unsere liberale und bürgernahe Justiz- und Innenpolitik gewährleistet auch im Angesicht von Krisen, von Terrorismus die innere Sicherheit unseres Landes, ohne dass Bürgerrechte mehr als notwendig beschnitten werden.

Schleswig-Holstein ist auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft. Seit 1988 ist es gelungen, den **Exportanteil** der Wirtschaft von rund 20 % auf rund 31 % zu steigern. Das bedeutet: Produkte aus diesem Land sind weltmarktfähig. Das ist natürlich nicht allein das Verdienst der Landesregierung. Das ist der Verdienst von Mitarbeitern in den Betrieben, von Unternehmern, von Verbänden und Vereinen, die sich darum kümmern. Das ist der Verdienst von Schulen und Hochschulen, von Lehrerinnen und Lehrern. Aber natürlich hat auch die Landesregierung etwas dazu beigetragen. Aus das werden wir in den kommenden Jahren ausbauen und forttragen. Es hat keinen Sinn, den Bürgerinnen und Bürgern das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen, auch nicht kurz vor dem 22.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Die Rahmenbedingungen werden in der Zukunft nicht leichter werden. Unsere Aufgabe ist es, ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen den unumgänglichen Sparzwängen und dem Ziel zu finden, auch weiterhin die politischen Schwerpunkte dieser Regierung zu finanzieren. Das bedeutet: Wir werden zu Wünschen Nein sagen. Wir werden aber die Bereiche Arbeit, Bildung, Innovation und innere Sicherheit weiterhin fest im Mittelpunkt unserer Politik lassen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doll!)

weil das die Ziele sind, die zu erreichen die Bürger von uns erwarten und die sie mit uns teilen.

Gemeinsam mit allen, die daran arbeiten möchten, werden wir dieses Land stark für die Zukunft machen.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU hat der Herr Abgeordnete Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Das, was wir eben gehört haben, hat ein wesentliches Problem: Die Lebenswirklichkeit und die Wirklichkeit in Schleswig-Holstein haben mit dem, was Sie uns als Haushalt auf dem Papier vorgelegt haben, nichts zu tun. Das sind Welten, die dazwischen liegen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben dazu aufgefordert, Betriebe zu besuchen und sich davon zu überzeugen. Das tun viele. Manchmal stehen sie vor verschlossenen Türen, und zwar deshalb, weil die Zahl der Konkurse in Schleswig-Holstein nach den ostdeutschen Ländern und Niedersachsen die höchste in Deutschland ist. Das zeigt auch, dass Herr Schröder in seiner damaligen Verantwortung als Ministerpräsident in Niedersachsen und Sie hier in Schleswig-Holstein das Richtige wohl nicht in allen Punkten getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe von Ihnen und insbesondere von Ihnen, Herr Möller, heute Morgen erwartet - das war doch eine sehr enttäuschende Buchhalterrede, die Sie da gehalten haben -, dass Sie Auskunft darüber geben, eine Richtigstellung zu den auch heute wieder von Ihnen beiden beschworenen **Steuereinbrüchen** in dramatischen Ausmaßen machen, während Sie gleichzeitig die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte des Landes in den Haushaltsplan 2003 hineinschreiben.

Sie wollen gegenüber den vermutlichen Steuereinnahmen des Jahres 2002 von etwa 5 Milliarden € auf knapp 5,4 Milliarden € hoch gehen. Sie sind aber die Antwort schuldig geblieben, wie das zusammenpasst. Es geht doch nicht, auf der einen Seite zu beklagen, dass wir vor dramatischen Steuereinbrüchen stünden, die wir nicht beeinflussen können oder konnten, und auf der anderen Seite den höchsten Betrag aller Zeiten an **Steuereinnahmen** in den Haushalt einzustellen. Das geht doch nicht. Beides zu sagen bedeutet, einmal die Unwahrheit zu sagen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich fand es zynisch, etwa vor 14 Tagen in einem Rundfunkinterview im Zusammenhang mit den **Kosten** für die Bewältigung der **Flutkatastrophe** von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, zum ersten Mal zu hören, jetzt sei nicht die Zeit für Steuergeschenke. Das finde ich deshalb zynisch, weil Sie in der gleichen Zeit Steuergeschenke in dreistelliger Millionenhöhe an die großen Kapitalgesellschaften unseres Landes machen: 2001 minus 100 Millionen €, in diesem Jahr im ersten Halbjahr bereits minus 150 Millionen €, im nächsten Jahr - so haben Sie es jedenfalls in den Haushalt eingestellt - minus 170 Millionen €. Wie die tatsächlichen Auswirkungen sein werden, können wir heute noch nicht sagen. Auf jeden Fall liegen sie nicht unter 400 Millionen €. Das sind Steuergeschenke, die nicht von außen über uns hereingebrochen sind, sondern die Sie veranlasst haben. Sie sind bewirkt durch Ihre Entscheidung.

Die Ministerpräsidentin hat bei der Vorstellung des Haushalts ausgeführt: „Wir haben die Maßnahmen des Bundes bis an die äußerste Grenze des Machbaren mitgetragen.“ Das ist die Kernaussage.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Wie kommen Sie eigentlich dazu, zum Nachteil Schleswig-Holsteins, zulasten Schleswig-Holsteins Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung bis an die äußerste Grenze des Machbaren mitzutragen mit der Konsequenz, dass Sie innerhalb von drei Jahren dreistellige Millionenbeträge, Beträge in der Größenordnung einer vollständigen Jahresnettokreditaufnahme an eine bestimmte Gruppe von Steuerzahlern ausschütten, die nicht wieder einbringbar ist, obwohl Ihnen die Opposition und die Sachverständigen vorher, vor der Beschlussfassung eben dies präzise dargestellt haben?

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich auch: Eine Forderung an die Opposition, wir mögen belegen, wie wir unsere politischen Schwerpunkte finanzieren wollten, ist eine Lach-

(Rainer Wiegard)

nummer angesichts dieser Steuergeschenke, die Sie machen, die Sie mit vollen Händen in die Luft pusten.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist das!)

- Danke, Peter!

(Heiterkeit)

Der Finanzminister ist heute Morgen wieder sehr eindrucksvoll gewesen. Sie haben erkannt, wer alles schuld ist an der finanziellen Lage des Landes Schleswig-Holstein. Ich weiß nicht, ob ich das noch zusammenbekomme. Vielleicht finde ich auch die Stelle in Ihrer Rede, Herr Finanzminister. Das waren die unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklungen in Europa, es war - das fand ich ein bisschen schlimm, an der Grenze des Zulässigen - das Schüren vor Kriegsangst, es waren die Amerikaner, es waren die Japaner, es waren die Koreaner, es waren die Indianer und ich weiß nicht, welche Volksgruppen noch alle!

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Die einzigen, die keine Verantwortung für die Zustände der Landesfinanzen, über die wir heute zu reden haben, tragen, ist diese Landesregierung, ist dieser Finanzminister.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe mir in der Mittagspause die Finanzentwicklung in den Kernbereichen der Haushalte seit 1989 angesehen. Siehe da, es gibt eine völlig gleichförmige Entwicklung in all diesen Jahren. Es gibt überhaupt keine wesentlichen anderen Maßnahmen der Politik, die man daraus ableiten kann. Sie haben über die Jahre die Personalkosten kontinuierlich gesteigert. Sie haben Personal ausgelagert, was in Form von Sachkosten wieder auf uns zukommt. Sie haben die Kosten für die Verwaltung der Politik so dramatisch gesteigert, dass wir nun - Wolfgang Kubicki hat es vorhin in einem Nebensatz angedeutet - fast 100 Millionen € jährlich zusätzliche Kosten allein durch den **Immobiliendeal** zu verkraften haben. Tolles Geschäft, das Sie uns da einbringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Das müssen irgendwelche Wesen aus überirdischen Gefilden über uns hereingebracht haben. Sie jedenfalls haben - so Ihre Äußerung - damit nichts zu tun. Sie weisen immer darauf hin - ich finde das schon merkwürdig -, dass die Verschuldung ihre eigentliche Ursache in der CDU-geführten Regierung bis 1987/1988 hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben die verdoppelt!)

Sie haben seitdem Jahr für Jahr mehr als 500 Millionen € neue Schulden gemacht. Sie haben die Zinslast von unter 600 Millionen € 1989 auf über 900 Millionen € im Jahre 2003 - ausweislich Ihrer eigenen Zahlen - gesteigert. Hierfür ist kein Gerhard Stoltenberg und kein Uwe Barschel verantwortlich. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Weil Sie die **Schuldenlast** so exorbitant gesteigert haben, haben Sie kein Geld mehr für die notwendigen Investitionen: für die Verbesserung der Infrastruktur, für den Ausbau der Zukunftsfähigkeit von Schleswig-Holstein. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Genau in dem Umfang, in dem die Zinsen zur Bezahlung Ihrer Politik gestiegen sind, in demselben Umfang von knapp 1 Milliarde € 1989 auf etwa 700 Millionen € 2003 sind die Investitionen des Landes Schleswig-Holstein gesunken. Dieser sachliche Zusammenhang ergibt sich. Für den ist niemand außerhalb von Schleswig-Holstein verantwortlich, nur diese Landesregierung und dieser Finanzminister und diese Ministerpräsidentin.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die einzige Konsequenz daraus ist, Herr Möller: „Weiter so, Konsolidierung“ dann frage ich mich: Wohin soll dieses „Weiter so“ eigentlich führen? Sie sagen: Wenn sich die Entwicklung fortsetzt, dann ist für dieses Jahr ein Haushaltsdefizit zu erwarten. Herr Möller, Entschuldigung, vielleicht haben Sie es noch nicht gemerkt: Sie haben ein Haushaltsdefizit. Es macht eine halbe Milliarde € aus. Im nächsten Jahr haben Sie es wieder und im übernächsten Jahr erneut. Sie werden es überhaupt nicht senken können.

Um das zu vertuschen, wollen Sie nun einen **Doppelhaushalt** einführen.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde bemerkenswert, was Ihr finanzpolitischer Sprecher dazu gesagt hat. Mein Mailsystem hat einen Schluckauf gekriegt und mein Faxgerät ist ausgefallen, als diese Nachricht über den Ticker kam: Verwaltungsmodernisierung erfordert Doppelhaushalt. Was für ein Quatsch, lieber Günter Neugebauer! Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ein Doppelhaushalt erfordert zunächst einmal eine moderne Verwaltung, erfordert Strukturen, die zu einer vernünftigen Zielfindung und zu einer Zielvereinbarung, zu einer modernen Budgetierung und einem politischen Control-

(Rainer Wiegard)

ling kommen. Das ist die Voraussetzung für einen Doppelhaushalt.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister setzt heute Morgen noch einen drauf. Das muss ich wirklich vorlesen, weil es bemerkenswert ist. Immerhin haben wir heute den 11. September. Es geht um die Ergebnisse für dieses Jahr und das nächste Jahr im Zusammenhang mit der Aufstellung eines Doppelhaushalts. Der Finanzminister sagte: Wir müssen die Ergebnisse der Steuerschätzung im November und die Entwicklung der steuerstarken Monate September und Dezember abwarten. Alles andere ist Kaffeesatzleserei. - Herr Möller, präzise: Ein Doppelhaushalt unter Ihrer Führung ist in der Tat Kaffeesatzleserei und darauf wollen wir verzichten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das hätte heute die Stunde der Opposition sein müssen.

(Lachen bei der CDU)

Die Rede des von mir geschätzten und Gott sei Dank wieder genesenen Kollegen Wiegard hatte noch etwas Substanz, wenn ich von seinen Ausführungen zum Doppelhaushalt absehe. Ich teile nicht alle Ihre Auffassungen, aber Sie haben sich inhaltlich etwas mit dem Landeshaushalt beschäftigt.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Das hätten wir auch vom Oppositionsführer eins und vom Oppositionsführer zwei erwartet. Doch was haben wir gehört? - Miesmacherei und Wahlkampfparolen. Hören wollten wir Alternativen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kollege Neugebauer, wir sind die Alternative!)

Aber hier haben Sie - ich füge absichtsvoll hinzu: wie immer - geschwiegen. Sobald Sie, Kollege Kubicki, als Oppositionsführer eins oder zwei - das lasse ich dahingestellt - konkret geworden sind,

(Günther Hildebrand [FDP]: Aber er war gut!)

haben Sie Mehrausgaben oder Steuersenkungen gefordert. Das kann nur jemand in den Raum stellen,

der sich ganz sicher ist, hundertprozentig sicher, dass er weder in Schleswig-Holstein noch im Bund nach dem 23. September dieses Jahres politische Verantwortung übernehmen muss.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir mal!)

Man braucht sich nur die Anträge anzugucken, die Sie zu dieser Landtagstagung eingebracht haben, um Ihnen die Widersprüchlichkeit Ihrer Argumente vorzulegen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche?)

Sie kritisieren die Verschuldung. Sie haben uns heute Morgen zum Sparen aufgefordert. Wir hören von Ihnen immer nur Anträge über Mehrforderungen an den Haushalt. Jetzt wollen Sie selbst den Automaten aufstellern als letzte Zielgruppe Ihrer 18%-Kampagne die Steuer erlassen. Das passt doch alles nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Neugebauer, das hast du schon wieder nicht begriffen! Ist das peinlich!)

Finanzminister Möller hat Recht, wenn er sagt: Das Konzept der Opposition, ob dreimal 35 % oder dreimal 40 %, ist unseriös. Es ist unsozial. Es ist auch nicht zu finanzieren. Denn was bedeutet dreimal 35 % oder dreimal 40 %, Kollege Kubicki? Politisch null, nämlich null für mehr Bildung, null für mehr Verkehrsinfrastruktur und null für mehr soziale Verantwortung. Das ist mit uns Sozialdemokraten nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kollege Kubicki, um mir Ihre Partei vorzunehmen: Für Ihre Wahlversprechen zur Bundestagswahl müssten Sie mindestens 18 Goldesel im Stall haben. In Ihrem Stall sehe ich aber - ich will mich vorsichtig ausdrücken - nur Rindviecher.

(Beifall bei der SPD)

Damit werden Sie Ihre Mehrausgaben nicht finanzieren können.

Schon mein Großvater mütterlicherseits hat mir gesagt - da hat er Recht -: Nur reiche Leute können sich einen armen Staat leisten. Wollten wir Ihren Forderungen nach dreimal 35 % oder dreimal 40 % folgen, dann hätte sich die Partei der Besserverdienenden für ihre Klientel durchgesetzt. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jensen-Nissen?

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident, ich habe nur ganz wenig Redezeit zur Verfügung. Ich denke, es ist für die Kollegen interessanter, da zuzuhören.

(Beifall bei SPD und SSW - Heiterkeit)

Zur **Steuerreform!** Wir haben die erste, zweite und dritte Stufe der Steuerreform 1998 und 1999 gegen das Votum von CDU und FDP durchgesetzt. Im Bundestag haben Sie das abgelehnt, meine Damen und Herren. Machen Sie sich daher heute nicht zum Sachwalter der zweiten Stufe, eine Sache, die Sie vor zwei Jahren nicht gewollt haben. Sie haben bis 1998 keine Steuerreform auf den Weg gebracht. Wir haben das gemacht. Nun müssen wir um ein Jahr verschieben. Müssen wir uns dafür entschuldigen, dass wir die konjunkturelle Entwicklung und die Flutkatastrophe nicht vorausgesehen haben? Hätten wir das sehen müssen, würden wir uns heute entschuldigen. Aber dazu besteht kein Anlass.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben die konjunkturelle Entwicklung versaubeutelt!)

- Herr Kollege Kayenburg, wer solche blöden Zwischenrufe macht, der hat es nicht verdient, dass man darauf intelligent eingeht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir all Ihren Vorschlägen zu Mehrausgaben gefolgt wären - -

(Unruhe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Sehr verehrte Kollegen, die Rede hat noch eine Fortsetzung, die wir akustisch ermöglichen sollten.

(Heiterkeit)

Günter Neugebauer [SPD]:

Was die Menschen erwarten können, wenn man Ihnen die politische Verantwortung im Land oder im Bund geben würde, ist nachlesbar. Bis 1998 haben FDP und CDU im Bund regiert. Sie haben uns Rekordhöhen an Steuerbelastungen für Arbeitnehmer, Rekordhöhen in der Verschuldung sowie eine Rekordhöhe an arbeitslosen Männern und Frauen hinterlassen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Immer die alten Lügen!)

Schauen wir uns Hamburg an, wo Sie seit wenigen Monaten regieren und heute schon gescheitert sind. Der Koalitionsvertrag war noch nicht unterschrieben, da haben Sie die Wahlversprechungen, die Sie in Hamburg gegeben haben, schon gebrochen. Es gibt nicht mehr Polizisten und mehr Lehrer, sondern weniger Polizisten und weniger Lehrer.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir nach Hessen, das angebliche Musterland, in dem FDP und CDU derzeit regieren:

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Denen geht es hervorragend!)

- Der Finanzminister Weimar hat mit Unterstützung der FDP vorgestern festgestellt, dass die Lage desaströs und dramatisch sei. Weiter sagte er, sie kämen nicht umhin, mit der Neuverschuldung an die Verfassungsgrenze zu gehen. Er hat Beteiligungsveräußerungen und die Streichung und Kürzung von freiwilligen Leistungen angekündigt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er hat sich an Minister Möller ein Beispiel genommen!)

- Hören Sie doch einmal zu! Wie wollen Sie Herrn Möller und unsere Regierungspolitik kritisieren, wenn Sie in Hessen, wo Sie Verantwortung haben, - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dort musste erst noch einmal mit 16 Jahren Rot-Grün aufgeräumt werden! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von wegen!)

- Es hat keinen Zweck, sich mit dem Kollegen Kubicki auseinander zu setzen. Sie sind schlechte Ratgeber, wenn es um eine solide Finanzpolitik geht.

(Lachen bei CDU und FDP)

An Ihnen können wir uns nicht orientieren. Wir wollen den Kurs halten. Wir wissen, wir sind finanzpolitisch in einer sehr schwierigen Zeit. Dies zu beschönigen, dazu hat heute niemand Anlass. Ich sage uns allen, einschließlich den Regierungskoalitionen: Wir brauchen in dieser Haushaltsdebatte in den nächsten Monaten sehr viel Mut und Entschlossenheit, um uns gegen teilweise sehr egoistische Einzelinteressen durchzusetzen. Auf Ihre Unterstützung werden wir uns dabei nicht verlassen können. Wir sind dies aber

(Günter Neugebauer)

dem Land insgesamt und dem Wohl der Finanzen schuldig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

In der Loge begrüße ich die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, Frau Jonas. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kubicki hat das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es immer wieder amüsant, wie uns insbesondere der Kollege Neugebauer - als intellektueller Überflieger der SPD-Fraktion - hier im hohen Haus versucht zu erklären, dass wir hier im hohen Haus keine guten Ratgeber für Sozialdemokraten, Liberale, Christdemokraten, Republikaner oder Vertreter der Rechtsstaatlichen Offensive - das ist völlig egal - seien und woanders nicht das einlösen würden, was sie in ihren dortigen Wahlkampfkampfen versprochen hätten. Ich kann das nicht nachvollziehen. Ich weiß es nicht, es kann so sein. Kollege Neugebauer, mit dem gleichen Argument, mit dem diese Regierung dauernd behauptet, sie müsste 16 Jahre Müll von was auch immer wegräumen, können die natürlich auch sagen, sie müssen 44 Jahre Müll der Sozialdemokraten Hamburgs oder 8 oder 10 Jahre Müll der Sozialdemokraten in Hessen wegräumen. Das bringt uns im Zweifel nicht weiter.

Ich will bei der Frage, was eine Quote eigentlich aussagt, auf einen Problembereich hinweisen. Ich bitte darüber nachzudenken, dass man sich von einer statischen Betrachtungsweise lösen sollte. Wirtschaft ist etwas Dynamisches. Lieber Kollege Neugebauer, vielleicht wird das begreiflich. Man muss immer sehen, von welchen Basisdaten man ausgeht und in welcher Relation die Quote gesehen wird. Wenn wir heute ein **Bruttoinlandsprodukt** in einer Höhe von 5.000 € - ich nehme eine Zahl, die auch für den Kollegen Neugebauer greifbar ist - erwirtschaften und nicht dafür Sorge tragen, dass Wachstumskräfte freigesetzt werden, die dazu führen, dass wir in fünf oder zehn Jahren 10.000 € haben, dann nützt uns die Quotendiskussion relativ wenig. Kollege Neugebauer, es dürfte einleuchten, dass 35 % von 10.000 € immer noch mehr sind als 45 % von 5.000 €. Wenn uns das einleuchtet, was relativ leicht nachzuvollziehen ist,

dann müssen wir dazu beitragen, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, in der Europäischen Gemeinschaft und auch in Schleswig-Holstein so dramatisch steigt, dass wir mit einer geringeren Quote auskommen, um alle Staatsausgaben zu erfüllen. Dann haben wir als Politiker unsere Lernaufgabe erfüllt.

(Beifall bei der FDP)

Bei aller tagespolitischen Streiterei habe ich bisher noch keine Antwort auf die Frage gehört, wie wir erklären, dass unser Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland immer weiter sinkt und unser Anteil an den Arbeitslosenzahlen immer weiter steigt. Sozialdemokraten tragen seit 14 Jahren im Lande die Verantwortung. Was gedenken wir zu tun, damit sich dieser Trend umkehrt? Ich kann nicht hinnehmen, dass sich dieser Trend konsolidiert und wir weitere Anteile verlieren. Ich muss mich fragen, wie ich das umkehre. Der Finanzminister hat heute Morgen in seiner Darstellung eine Antwort darauf gegeben: Er sagte, wir kehren diesen Trend nur um, wenn wir Wachstumskräfte freisetzen und für mehr Wachstum sorgen. Bitte, lassen Sie uns anfangen, diejenigen Positionen zu bereinigen, die wachstumshindernd sind, und diejenigen Positionen zu fördern, die Wachstum versprechen.

(Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Ich bin gern bereit, jede Zwischenfrage zu beantworten, insbesondere die der Kollegin Spoorendonk.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Spoorendonk, Sie haben das Wort!

Anke Spoorendonk [SSW]: Herr Kollege Kubicki, stimmen Sie mit mir überein, dass man Wachstum auch durch mehr soziale Sicherheit erreichen kann, indem man für Kinderbetreuung Mittel bereitstellt, indem man für bessere Schulen sorgt, indem man für Ganztagsbetreuung und Altenfürsorge und so weiter mehr Mittel bereitstellt?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das kann sein.

Anke Spoorendonk [SSW]: Ich frage mich, wie Sie das erreichen wollen, weil Sie die Steuern senken!

- Zunächst einmal können wir **Steuern** nur von denjenigen Unternehmen und Einzelpersonlichkeiten erheben, die auch entsprechende Umsätze machen,

(Wolfgang Kubicki)

Geld verdienen und Gewinne erzielen. Je weniger an diesem Prozess teilnehmen, desto geringer ist das Steueraufkommen. Der Finanzminister wird mir nicht widersprechen, dass 100.000 Arbeitslose weniger die öffentlichen Haushalte in etwa um jährlich 2,5 Milliarden € entlasten würden. Damit wären Mittel frei, die alternativ ausgegeben werden könnten. Man kann den Prozess verstärken, dass noch mehr Leute nicht beschäftigt werden. Dann haben wir ein geringeres Steueraufkommen und einen geringeren Beitrag zu den Sozialversicherungssystemen. Man kann den Prozess auch umkehren, sodass anschließend ein anderer Zulauf als gegenwärtig geschieht.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Die Schulden umverteilen!)

- Auch das geht nur für einen bestimmten Zeitraum gut, aber eben nicht auf Dauer. Auf Dauer wird man nicht umhinkommen, die Wirtschaft insgesamt zu konsolidieren. Es gilt der Grundsatz: Alles, was in einem Gemeinwesen verteilt werden soll, muss zunächst erwirtschaftet werden. Je weniger wir erwirtschaften, desto weniger kann verteilt werden. Da wir momentan Probleme mit dem Verteilen haben, kommt es darauf an, das Erwirtschaften zu ermöglichen.

(Beifall bei der FDP)

Das werden wir, auch die Regierungsfractionen, entweder begreifen oder schmerzlich lernen müssen, weil Markt und Wettbewerb auf Ideologien - auch der Sozialdemokraten - keine Rücksicht nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile Frau Abgeordneter Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht einfach, kurz vor der Bundestagswahl zum Haushalt zu sprechen. Leider gab es mehr Wahlkampf als Beschäftigung mit dem Haushalt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das galt vor allem für Herrn Hentschel!)

- Ich habe niemanden angeschaut. Wir haben hier unterschiedliche Probleme. Herr Kubicki, Sie sagen, Steuern senken, Wachstum fördern. Das hat Rot-Grün in Berlin gemacht, weil wir darauf vertraut haben, dass es funktioniert. Noch ist der Erfolg nicht da.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben per saldo nicht gesenkt!)

- Natürlich haben wir die Steuern gesenkt! Herr Kayenburg, wenn Sie das bestreiten, dann weiß ich nicht, wie ich mit Ihnen überhaupt diskutieren soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Jetzt warten wir auf den Wachstumsschub. Die FDP - das ist heute Morgen öfter erwähnt worden - hat die Steuern immer erhöht. Bei der Wachstumsdebatte sage ich ganz deutlich: Nur Wachstum zu sagen, ohne zu definieren, welches Wachstum wir wollen, ist falsch. Ich finde, die Klimakatastrophe ist noch nicht so lange her,

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir wollen kein Schuldenwachstum!)

als dass wir Ökonomie und Ökologie nicht mehr miteinander verbinden könnten. Die Klimakatastrophe hat uns sehr deutlich gemacht, dass die weltweite Entwicklung, die Frage der sozialen und ökologischen Berechtigung eine große Rolle spielt und dass wir uns Wachstum nur dann weltweit leisten können, wenn es auch ökologisch verantwortbar ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir können uns Ökologie nur leisten, wenn wir Wachstum haben! Kapiere Sie das endlich!)

Ich habe mich gefreut, in der Zeitung zu lesen, dass Herr Kubicki heute keinen überzogenen Angriff auf die Regierung machen möchte. Er möchte sich zurückhalten. Das hat er auch. Der Grund dafür steht auch in der Zeitung, nämlich Bundestagswahlen. Insofern sollten wir öfter Bundestagswahlen haben, damit Herr Kubicki seine Oppositionsrolle nicht voll ausfüllt. Das ist positiv.

Nun zur CDU, Herr Kayenburg! Sie haben suggeriert, alles sei bezahlbar, wenn nur umgeschichtet würde. Sie haben heute nicht einmal die Dinge an Mehr benannt, die Sie sonst durch das Land tragen. Ich führe eine genaue Liste. Ich habe die Pressemitteilung vom 30. Januar von Herrn Wadepful, 100 bis 120 zusätzliche Planstellen für die Kripo. Ich warte auf Ihren Haushaltsantrag. Ich habe die Pressemitteilung von Frau Strauß aus Bad Segeberg, die zusätzlich für die Polizei im Kreis Bad Segeberg neue Stellen möchte. Ich habe die Ausführungen von Herrn Ehlers während einer Landtagsdebatte, dass 7 Millionen € für die Landwirtschaftskammer nicht ausreichen. Wir werden uns - das sagt die CDU - für einen ausreichenden Beitrag einsetzen. Ich habe also eine sehr genaue Vorstellung von dem, was Sie zusätzlich möchten. Ich werde diesmal, wenn Sie Ihre Haushaltsanträge

(Monika Heinold)

vorlegen - das werden Sie tun müssen -, abgleichen, ob das mit Ihren Versprechungen übereinstimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Was mich an der CDU freut, ist eine gewisse Ehrlichkeit. Wenn im August Peter Harry Carstensen sagt: Regierungsfähig für 2005 werden wir nur, wenn alle an einem Strang ziehen, dann heißt das, dass die CDU nicht regierungsfähig ist. Diese Selbsterkenntnis freut mich.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Wenn er dann noch sagt, dass er zwar kein Konzept für die Verwirklichung seiner haushaltspolitischen Ziele hat, dass er sich aber sicher ist, dass Fraktion, Arbeitsgruppen und externe Sachverständige zu einem Konzept kommen, dann lässt mich das hoffen. Ich hoffe nur, dass Sie all Ihre Versprechungen auch mit einbinden.

Wir beschäftigen uns, weil wir sehr realistisch den Ernst der Haushaltssituation in Schleswig-Holstein sehen und weil wir auf Podiumsveranstaltungen und anderen Veranstaltungen immer wieder auf die Schwierigkeiten von Vereinen und Verbänden angesprochen werden, jetzt noch einmal intensiv mit der **Verwaltungsstrukturreform**. Ich erinnere daran: 1997 hatten wir ein Papier vorgelegt; auch die CDU hat ein Papier - ein sehr ehrliches Papier - vorgelegt, das klare strukturelle Möglichkeiten benannt hat. Die Regierung hat dann - das hatten wir im Koalitionsausschuss vereinbart - sehr viele strukturelle Maßnahmen angepackt, gegen die zwar leider die CDU war, die aber zum größten Teil umgesetzt worden sind. Die Große Anfrage, die ich gestellt habe, soll jetzt erstens benennen, was wir geschafft haben, was dadurch eingespart worden ist, und zweitens auch sagen, wie es weitergehen kann, damit wir abschätzen können, wie groß das Potential einer Verwaltungsstrukturreform ist, von der wir alle immer reden, bei der aber noch nicht greifbar ist, ob das tatsächlich unsere strukturellen Probleme lösen kann. Wir sollten nicht um den Ernst der Situation herumreden und auf Podiumsdiskussionen den Bürgern gegenüber suggerieren, dass alles bezahlbar sei. Das ist es nicht. Wir können nicht Einnahmesteigerungen nicht wollen und die Ausgaben immer weiter hochfahren.

Ich komme zum Schluss. Das ist eine richtige Freude, nämlich der heutige Antrag der CDU zum Hochwasser. Man glaubt es nicht. Die Oberflächenwasserentnahmeabgabe, die die CDU abschaffen will, die sie hart bekämpft hat, soll plötzlich verwendet werden, um die Folgen des Hochwassers zu bezahlen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann wird sie sinnvoll eingesetzt! Sie ist doch da!)

- Herr Kayenburg, es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder wollen Sie eine Einnahme, dann können Sie das Geld auch ausgeben, oder sie wollen eine Einnahme, nämlich die Oberflächenwasserentnahmegebühr, abschaffen, dann sollten Sie die aber auch nicht verplanen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dass wir die Gelder eintreiben und uns dafür in der Region Ärger einhandeln und dass Sie sich hier hinstellen und sagen, wie schön, da ist Geld in der Landeskasse ist, das wir ausgeben können, Herr Kayenburg, dieses Rollenspiel machen wir nicht mit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei der Kollegin Heinold bedanken. Deutlicher kann man eine Bankrotterklärung nicht abgeben, als Sie das hier gerade getan haben. Ihre Finanzpolitik ist am Ende.

Zweitens. Als wir im Frühjahr Forderungen aufgestellt haben - das gilt für Polizei und vieles andere -, war dieser Haushalt noch absehbar zu konsolidieren. Was inzwischen von Rot-Grün zuwege gebracht worden ist, führt dazu, dass Sie selber diesen Haushalt nicht mehr zusammen bekommen, und zwar ohne die Forderungen, die wir aufgestellt haben. Wir werden also sehr genau an den Fakten prüfen müssen, was finanzierbar bleibt und was nicht.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie das auch in der Region!)

- Das sagen wir überall und offen. Wir sind nämlich im Gegensatz zu Ihnen ehrlich. Insoweit können Sie Ihren Zettelkasten getrost beiseite packen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wissen Sie eigentlich, was Ihre Fraktion macht? Sie verspricht das Blaue vom Himmel!)

Dritte Bemerkung, und zwar zur **Oberflächenwasserentnahmeabgabe**: Wir haben in Schleswig-Hol-

(Martin Kayenburg)

stein ein demokratisches System. Das heißt, die Bürger müssen leider noch bis 2005 warten, bis Rot-Grün abgelöst wird. Es wäre doch geradezu hirnrissig, Ihre Finanzierung, die Sie mit der Oberflächenwasserentnahmeabgabe vornehmen wollen, weiter zu unterstützen und diese nicht in die Flutkatastrophenhilfe hinein zu geben. Das Geld ist da. Von daher soll es auch sinnvoll verwendet werden, um Ihnen gleich für morgen ein paar Punkte zu sagen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man hat Ihnen doch gesagt, Sie sollen vernünftige Vorschläge machen! Dann machen Sie sie auch!)

Dies ist unter anderem mit dem Kollegen Peter Harry Carstensen abgestimmt, und damit ist auch die völlig unsinnige Deduktion der Kollegin Heinold deutlich geworden. Die Gemeinsamkeit, die Peter Harry Carstensen hier einfordert, haben wir wohl in den letzten Wochen und Monaten bewiesen. Und wir werden Sie weiter vor uns hertreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch ein Letztes, Frau Heinold! Vielleicht geht es ja auch in Ihren Kopf herein, dass es ein bisschen mehr gibt als Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Ich habe heute Morgen gesagt, dass in Deutschland noch nie so viel Steuern und Abgaben gezahlt worden sind wie zurzeit. Sie müssen auch das Thema Abgaben mit dazu rechnen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist falsch! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Staatsquote ist gesunken! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist Unsinn!)

- Das ist Unsinn. Die Staatsquote ist nicht gesunken. Sehen Sie sich doch einmal die Zahlen an, Herr Hentschel. - Es gibt ein bisschen mehr als Lohnsteuer und Körperschaftsteuer. Es gibt die Ökosteuer, die Tabaksteuer, die Versicherungsteuer und zusätzliche Abgaben. Hier haben Sie den Leuten mehr in die Tasche gegriffen. Wenn Sie einmal genau hinsehen, dann stellen Sie fest: Gerade im Bereich der kleinen Einkommen ist Ihre Steuerreform unsozial gewesen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und Sie setzen diese unsoziale Steuerreform um ein Jahr fort, weil Sie selbst das kleine Stück an Entlastung, das es 2003 geben sollte, jetzt nicht gewähren. Was hat denn der Kanzler in dem Duell gesagt? - Er hat darauf hingewiesen, dass das Kindergeld nicht erhöht werden wird, wenn man es nicht schafft.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

- Natürlich hat er das gesagt. - Das heißt, das ist die Politik von versprochen/gebroschen. Sie sind diejenigen, die die wenigen guten Punkte aus der Steuerreform jetzt verschieben und damit dem Lande Schaden zufügen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Nein!

Wir hatten vorhin vereinbart, dass wir zusammen mit diesem Tagesordnungspunkt den Tagesordnungspunkt 31 a, den Dringlichkeitsantrag, mit aufrufen. Dieser sollte im Anschluss an die Haushaltsberatungen aufgerufen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Holger Astrup [SPD]: Haushaltsentwurf überweisen!)

Wer zustimmt, den Haushaltsplan und Finanzplan dem Finanzausschuss zu überweisen, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind der Haushaltsplan und der Finanzplan - Tagesordnungspunkte 7 und 38 - dem Finanzausschuss einstimmig zur Beratung überwiesen worden.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 31 a auf:

Fusion der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (LB Kiel) mit der Hamburgischen Landesbank (HLB)

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/2116

Bericht der Landesregierung

Nachdem vorhin die Dringlichkeit bejaht worden ist, können wir jetzt in die Beratung einsteigen. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Dem ist nicht so.

(Zuruf: Bericht!)

Ich erteile zur Berichterstattung Herrn Finanzminister Möller das Wort. Ich darf darauf hinweisen, dass man übereingekommen ist, der Regierung eine Redezeit von insgesamt 10 Minuten und den Fraktionen jeweils 5 Minuten plus X zur Verfügung zu stellen. - Bitte schön, Herr Möller, Sie haben das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in der letzten Finanzausschusssitzung verabredet, dass ich Sie Donnerstag im Beteiligungsausschuss informieren wollte, auch über Punkte, die nicht öffentlich sind. Aber aufgrund der Entwicklung, dass sich Mon-

(Minister Claus Möller)

tag eine Einigung abzeichnete und die Mitarbeiter informiert werden sollten, habe ich mich kurzfristig entschlossen, die finanzpolitischen Sprecher und den Rechnungshof für Montag einzuladen. Einige Fraktionen sind diesem Angebot gefolgt, andere nicht. Es ist richtig, dass wir aus aktuellem Anlass heute öffentlich darüber diskutieren.

Das Echo der regionalen, nationalen, ja internationalen Presse auf die gestrige Erklärung, dass Einigkeit über die Fusion besteht, war selten so einhellig und positiv.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es gilt hier wohl der Spruch: So ziemlich das Letzte, was einem vergeben wird, ist der Erfolg - schon gar nicht von der Opposition.

Meine Damen und Herren, es hat gestern die Einigung gegeben. Wir haben bereits im Dezember letzten Jahres, nachdem sich abzeichnete, dass aufgrund der Einigung in Brüssel zwischen der EU und Bundesrepublik Deutschland und den Sparkassen, dass die Anstaltslast und Gewährträgerhaftung wegfällt, dass die Förderaktivitäten, wenn wir die Anstaltslast und Gewährträgerhaftung erhalten wollen, außerhalb der Geschäftsbank organisiert werden müsse, in konsequenter Folge schon des Anteilskaufs von 49,5 % der Hamburgischen Landesbank gesagt: Die **Fusion** wäre die richtige Antwort, um hier einen starken, regional verankerten Dienstleister für Finanzen zu haben.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Es gab zwei Möglichkeiten in dem Vertrag von 1994: Die Put Option, das heißt, Hamburg bietet uns die Anteile an. Ich sage ganz ehrlich: Das wäre ein dicker Brocken gewesen für die Landesbank, die weiteren 50,5 % zu kaufen. Die Fusion ist meines Erachtens der richtige Weg und mit dem Fusionsbeschluss der Anteilseigner vom 9. September wurde die erste länderübergreifende Fusion zweier Landesbanken in der bundesrepublikanischen Geschichte auf den Weg gebracht. Voraussetzung für diese Einigung war, dass von Anfang an, nach einem Gespräch der Ministerpräsidentin mit dem Bürgermeister von Beust in Hamburg gesagt worden ist: Wenn wir das angehen, wollen wir auf gleicher Augenhöhe verhandeln; keiner soll sich über den Tisch gezogen fühlen; wir wollen eine gleichberechtigte, gemeinsame Landesbank schaffen.

Selbstverständlich müssen die Hamburgische Bürgerschaft und der Schleswig-Holsteinische Landtag die-

sem Fusionsbeschluss noch zustimmen. Die notwendigen **gesetzgeberischen Grundlagen** sollen so frühzeitig geschaffen werden, dass eine Fusion rückwirkend ab 1. Januar 2003 erfolgen kann. In Schleswig-Holstein soll sich der Landtag nach unseren Vorstellungen in der Dezember-Sitzung mit einem Staatsvertrag und weiteren Änderungen des Sparkassengesetzes befassen. Es ist vereinbart, dass die Hamburger Bürgerschaft etwa zeitgleich das Gesetzgebungsverfahren durchführt.

Meine Damen und Herren, nach 13-stündigem, schwierigem Verhandlungsmarathon wurden am Montagabend die **Anteilseigner** der Landesbanken einig. Die wesentlichen Eckpunkte sind wie folgt: Beide Banken werden in ein neues Institut in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Wirkung zum 1. Januar 2003 verschmolzen. Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bleiben - wie die EU es zulässt - bis Juli 2005 auch in der AG erhalten.

Herr Kubicki, 1994, beim Einstieg der WestLB, hat sich diese Frage nicht gestellt. Dass in Brüssel im Jahr 2001 im Einvernehmen mit den Sparkassen die Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ganz aufgegeben wurde, war 1994 nicht vorherzusehen. Deshalb ist es müßig, jetzt zu sagen, man hätte schon damals eine AG machen sollen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Im Juli dieses Jahres wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers von der Hamburgischen Landesbank und der Landesbank Kiel mit einem Bewertungsgutachten beauftragt. Wie bei solchen Bewertungen üblich wurde das Ertragswertverfahren nach IDWS 1 angewendet. Wir haben schon bei der LEG darüber gesprochen.

Die **Bewertungsgrundsätze** und Komponenten wurden intensiv diskutiert. Wir haben großen Wert darauf gelegt, dass wir uns alle hochkompetent beraten lassen, wir durch das Bankhaus Sal. Oppenheim - das haben Sie kennen gelernt -, die WestLB durch Lehman Brothers und die Stadt Hamburg durch die City Group. In vielen Gesprächen ist dieses Gutachten natürlich begleitet und hinterfragt worden, wie die Eigenkapitalsituation der Bank zu beurteilen ist, wie die Zukunftsmärkte zu beurteilen sind, wie das Risikopotenzial in den verschiedenen Geschäftsfeldern zu beurteilen ist, um dann letztlich zu einem Gutachten zu kommen, das uns am Montag vorgestellt worden ist.

Nach diesem Gutachten ist es so, dass die Freie und Hansestadt Hamburg 32,69 % an dem Gesamtinstitut hält, die WestLB 26,86 %, das Land Schleswig-

(Minister Claus Möller)

Holstein und der SGV jeweils 16,86 %, das heißt zusammen 33,7 % und die LBBW 6,73 %. Damit sind wir die stärkste Gruppe. Das war ein Verhandlungsziel. Wir haben auch jetzt unsere 50,1 % bei der Landesbank immer als Paket gesehen. Es gilt der Spruch, die Interessen des SGV und des Landes up ewig ungedelt zu erhalten.

Damit ist das Land Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband der Mehrheitsaktionär, der größte Aktionär. Insgesamt hält der Eigentümerkreis der LB Kiel - weil wir 49,5 % gekauft haben - 67 % an dem fusionierten Institut. 67 % entfallen auf die Anteilseigner der Landesbank Kiel.

Die Stand-alone-Werte der beiden Banken - darauf haben wir uns verständigt - führen zu einem relativen Wertverhältnis der Hamburgischen Landesbank zur Landesbank Kiel von 60,4 zu 39,6 %. Dabei ist das unterschiedliche Geschäft, allerdings auch die verbesserte Eigenkapitalstruktur der Hamburger berücksichtigt. Die Werte, die absoluten Zahlen belaufen sich bei der Hamburgischen Landesbank auf 3 Milliarden € und bei der Landesbank Kiel auf 2 Milliarden €. Unter Berücksichtigung der Beteiligung der LB Kiel an der HLB hat die LB Kiel heute einen Wert von zirka 3 Milliarden €.

1994 hatte die gesamte Landesbank einen Wert von 590 Millionen €. Die Wertsteigerung, die wir zwischenzeitlich haben, hat dazu geführt, dass heute 16,86 % Anteil des Landes fast dreimal so viel wert sind wie der 50 %-Anteil, den wir 1994 hatten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der ist auch dreimal so viel wert!)

Da ist es grob fahrlässig, von Vermögensverschleuderung zu sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ich spreche vom Vermögenszuwachs des Landes Schleswig-Holstein, der sich verdreifacht hat, obwohl wir 50 % verkauft haben.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, denken Sie bitte langsam an das Ende der Redezeit.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja, aber ich denke, es besteht ein Interesse daran, dass ich einen Bericht gebe; der dauert leider etwas länger.

Meine Damen und Herren, dass wir zu dieser Wertsteigerung gekommen sind, ist - dazu stehen wir auch

heute - damals der richtige strategische Einstieg gewesen, die WestLB hineinzunehmen; sonst hätten wir nie so Fuß in dem Skandinaviengeschäft gefasst, wie wir es getan haben.

Es ist natürlich auch und besonders ein Erfolg des Managements. Ich will hier ausdrücklich Herrn Dr. Rümker für die erfolgreiche Ausrichtung der Bank danken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber die Bank hätte auch so nicht agieren können, wenn wir eben das Haftkapital der Investitionsbank nicht bereit gestellt hätten, solange es zulässig war, und wenn wir - dank Ihrer Unterstützung - nicht auch stille Einlagen gezeichnet hätten. Wenn das nicht geschehen wäre, hätten wir bei der Bank eine andere Eigenkapitalsituation und das Verhältnis wäre heute ganz anders.

Das neue Institut wird einen juristischen Doppelsitz in Kiel und in Hamburg haben. Damit ist das Institut regional fest verankert und wird dem Mittelstand sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Hamburg als zuverlässiger Partner zur Verfügung und zur Seite stehen.

Wir haben vereinbart - das soll auch im **Staatsvertrag** verankert werden -, wenn wir jetzt Kompetenzzentrum, Backoffice-Funktionen und interessante Marktfunktionen fair aufgeteilt haben, dass das nicht jetzt bezogen auf die Situation der Arbeitsplätze gilt, sondern dass wir auch nach Hebung der Synergieeffekte - der Vorstand hat sich quasi verpflichtet, nach drei Jahren 150 Millionen € Synergieeffekte durch bessere Marktchancen, durch Rationalisierung zu heben - noch eine faire Kompetenzcenterverteilung zwischen Kiel und Hamburg haben.

Ich will nicht alle Bereiche aufzählen, die in Kiel sind, aber einen wichtigen Punkt, der auch für die Wirtschaft immer wichtig gewesen ist, möchte ich nennen: Das Firmenkundengeschäft wird von einem Vorstandsmitglied geleitet, das auf Vorschlag der Landesbank Kiel eintritt, und wir werden es wegen der besonderen Sensibilität unseres Mittelstandes - so denke ich - so haben, dass wir in Kiel einen Ansprechpartner, ein Vorstandsmitglied für den Mittelstand in Schleswig-Holstein haben. Das muss man - so denke ich - alles auch den Hamburgern zugestehen, sodass auch Firmenkundengeschäfte in Hamburg abgewickelt werden.

Im Übrigen ist in dem einen Bereich das Controlling, bei uns ist die Innenrevision; bei uns ist das Personal, bei den anderen ist der Schiffbau. Aber der Schiffbau,

(Minister Claus Möller)

bei dem diese Bank Nummer 1 in der Welt ist, wird von Herrn Berger, einem Kieler, geleitet.

Meine Damen und Herren, die Kompetenzverteilung ist ausgewogen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Auch das Arbeitsplatzverhältnis wird ausgewogen sein.

Zu den Synergien habe ich schon etwas gesagt. Wenn Synergien gehoben werden sollen, muss man - so denke ich - mit gutem Beispiel vorangehen. Wir haben beschlossen, dass von heute zehn Vorstandsmitgliedern nur sechs diese Bank leiten sollen,

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

drei auf Vorschlag Kiels, drei auf Vorschlag Hamburgs. Die Leitungsebene darunter soll von 40 auf etwa 20 Personen reduziert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

An der Spitze des fusionierten Instituts werden für die ersten Jahre Alexander Stuhlmann als Vorstandsvorsitzender und Hans Berger als stellvertretender Vorstandsvorsitzender stehen; von den übrigen vier Vorstandsmitgliedern - ich sagte es schon - kommen zwei aus Kiel und zwei aus Hamburg.

Meine Damen und Herren, hier ist im Vorfeld viel diskutiert worden. Führen wir dieses fusionierte Institut auch aus politischen Gründen mit einer Doppelspitze? Die Erfahrungen allerdings auf allen Ebenen - ob das die Deutsche Bank ist, ob das Krupp-Thyssen ist - mit einer Doppelspitze sind nicht die besten. Deshalb sind wir hier mit Hamburg zu einem - wie ich meine - fairen Interessenausgleich gekommen. Für die ersten drei Jahre stellt Hamburg den Vorstandsvorsitz und Schleswig-Holstein stellt mit der Ministerpräsidentin den Aufsichtsratsvorsitz. Ich denke, gerade in einem mitbestimmten Betrieb und gerade in den ersten drei Jahren, in denen es noch viele kritische Punkte gibt, ist das Doppelstimmrecht im Aufsichtsrat eine wichtige Position und gleichberechtigt mit der Leitung zu sehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich auch, dass es gelungen ist, dass von den zehn Aufsichtsratsmitgliedern, die die Anteilseigner stellen, vier aus Schleswig-Holstein kommen, drei aus Hamburg, drei aus der Gruppe WestLB/LBBW. Wir wollen uns bemühen, dass auf jeder Bank möglichst auch Vertreter der Wirtschaft berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei: Die Fusion ist ein Quantensprung in der **Zusammenarbeit**

mit Hamburg und ist ein zukunftsweisender Schritt für den Bankenstandort Hamburg und Schleswig-Holstein. Die beiden Brüsseler Verständigungen, die zum Beispiel 1994 nicht absehbar waren, haben die Rahmenbedingungen der örtlichen Bankenlandschaft deutlich verändert und waren Motor und Rahmen dieses Prozesses. Ich denke, die neue Bank des Nordens - wie andere Leute sie nennen - oder die Bank des Nordens wird wirklich die Bank im Norden sein; sie ist absolut wettbewerbsfähig - global mit einem wunderbar verteilten Niederlassungszentrum und vor allem ist sie sehr stark in unserer Region verankert. Sie wird zu einer Stärkung der Metropolregion insgesamt führen.

Auch im Vorfeld war ja die Zustimmung - so sage ich einmal - aller gesellschaftlich relevanten Gruppen sehr gut.

Heute hat ein Kommentator der „Börsen-Zeitung“ wie folgt geschrieben:

„Alles deutet auf eine professionelle Regie im Hintergrund hin und auf eine wirkliche Verankerung der Pläne im Management.“

Das ist richtig. Beide Vorstände stehen dazu, dass nur in der Gemeinsamkeit die Zukunft liegt - und auch die Mitarbeiter.

„Aber“

- so schreibt der Kommentator -

„Fusionen sind immer ein besonders riskantes Unterfangen. Querschläger sind bei einem solchen Projekt, das noch durch zwei Landesparlamente muss, keine Seltenheit. In Kiel etwa hat die FDP bereits angekündigt, dass ihr die Linie nicht passt und dass das Vorhaben rückabgewickelt werden müsse.“

So der Kommentator.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Woher kommt das denn?)

- So der Kommentator in der „Börsen-Zeitung“.

Ich freue mich, Herr Kubicki, dass ich Sie heute Morgen anders verstanden habe.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es hat im Vorfeld in Gesprächen ganz klar immer Übereinstimmung darin gegeben, dass die Fusion der richtige Weg ist. Ich hoffe, es bleibt bei dieser großen parteiübergreifenden Zustimmung und bei der Zustimmung der gesellschaftlich relevanten Gruppen.

(Minister Claus Möller)

Jetzt an zwei Zehntelstellen dieses Gutachtens zu mäkeln, wäre mehr als Pepita.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir handeln, während Sie noch abstrusen Theorien anhängen. Ich will Ihnen das nicht unterstellen. Ich hoffe, die Diskussion wird dazu führen, dass wir in dieser Frage wirklich einmal an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen und dass es unserem Land und der Metropolregion dient. Diese Bankenfusion dient besonders unserer Wirtschaft und unserem Mittelstand.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wiegard.

Rainer Wiegard [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Die Sicherung des Bankenplatzes Schleswig-Holstein gebietet es, dass wir auch kritische Fragen, die in diesem Zusammenhang noch zu stellen sein werden, dort stellen, wohin sie gehören. Das haben wir ja auch miteinander so vereinbart. Aber fast muss man sich hier ja schon dafür entschuldigen, dass das Parlament erwartet, dass es natürlich auch an einer Änderung, die nur von dem Parlament selbst nachher bewerkstelligt werden kann, beteiligt wird, Herr Minister. Insofern hatte ich eigentlich erwartet, dass Sie von sich aus eine Regierungserklärung hier abgegeben hätten und nicht erst durch einen Dringlichkeitsauftrag aufgefordert werden müssen, zu diesem Komplex überhaupt Stellung zu nehmen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Es ist ja bemerkenswert - das ist vorhin schon an anderer Stelle gesagt worden -, dass sich die wesentliche Bewegung auf Hamburger Seite abgezeichnet hat. Hier müssen wir feststellen, dass die letzte mögliche gute Zusammenarbeit noch zwischen zwei so sehr konträren Regierungschefs wie Gerhard Stoltenberg und Hans-Ulrich Klose möglich war, dazwischen eigentlich nichts mehr. Erst seit dem Regierungswechsel in Hamburg hat sich hier sehr schnell etwas bewegt. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Das Zweite, was wir begrüßen, ist, dass sich die Landesbank Kiel eine ganz hervorragende Position erarbeitet hat, und zwar im Wesentlichen durch die sehr kluge Geschäftspolitik des Geschäftsführers Dr. Rüm-

ker, dem wir auch auf diesem Weg ganz herzlich unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei der SPD)

Es ist gut, dass aus dem von Ihnen vor einem Jahr hier vorgestellten Vier-Schritte-Konzept jetzt wohl mehr ein Zwei-Schritte-Konzept geworden ist. Das heißt, Sie haben sich zu einer Lösung hinbewegt, die vernünftiger ist als das, was Sie anhand der vier Punkte damals vorgetragen haben. Dies haben wir im Grundsatz bereits begrüßt. Bereits im Jahre 2000 haben wir Ihnen einige Vorstellungen dargelegt.

Wir erwarten nach wie vor eine Erläuterung des **strategischen Ansatzes** für den Verkauf des 20-prozentigen Anteils, den das Land hat. Bisher ist wirklich unerfindlich geblieben, wieso dies eine besondere strategische Leistung sein soll.

(Zuruf von Minister Claus Möller)

- Herr Möller, wir haben einen Anteil von 25 % an der Landesbank Kiel. Wenn wir davon insgesamt 5 % verkaufen, dann ist das ein Verkauf von 20 % unseres Anteils. Da haben wir die fünf Finger wieder zusammen. Gott sei Dank war niemand Tischler; sonst hätten wir das vielleicht nicht hinbekommen.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Sie sind bisher die Antwort darauf schuldig geblieben, was dies mit dem strategischen Konzept zu tun hat.

Sie haben im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung und der Ankündigung des Zusammenführens der Landesbanken eine Reihe von Forderungen aufgestellt, zu denen Sie ebenfalls noch Antworten schuldig sind. Sie haben in der vergangenen Woche ein **Gutachten** als Tischvorlage vorgelegt, das sich im Wesentlichen damit befasst, die verschiedenen Fragestellungen zu erläutern. Aber welche der jeweils möglichen Antworten die Landesregierung dann als die richtige ansieht, haben Sie uns bisher nicht gesagt.

Dann erfahren wir aus der Zeitung von einem **Beteiligungsverhältnis** im Zusammenhang mit einem Gutachten, das niemand von uns kennt. Das finde ich nicht in Ordnung. Über diese Vorgehensweise sollten Sie nachdenken. Ich habe Sie bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie mit diesem Parlament nicht so umgehen können.

Wir erwarten, dass deutlich herausgearbeitet wird, auf welche Weise die Sicherung der Interessen des Landes Schleswig-Holstein in diesem Zusammenhang vorgenommen werden soll. Dabei geht es uns nicht

(Rainer Wiegard)

nur um das Aufrechnen von ein paar Abteilungen und ein paar Stellen; vielmehr geht es uns um die Absicherung der bankwirtschaftlichen Notwendigkeiten für das Land Schleswig-Holstein. Sie haben vorhin ein paarmal gesagt - ich habe genau zugehört -, es ginge um die Metropolregion. Nein, die **Metropolregion** ist weniger als das **Land Schleswig-Holstein**. Wir erwarten, dass die Metropolregion und das Land Schleswig-Holstein davon profitieren. Das haben wir bisher nicht erkennen können.

(Beifall bei der CDU)

Da wir hier nur eine Grundsatzdebatte führen, will ich mich darauf beschränken zu sagen, dass wir die Fusion der beiden Banken begrüßen. Wir haben das auch bisher in den Gesprächen mitgetragen. Das Herauslösen der Investitionsbank ist eine alte Forderung von uns. Sie ist im Zusammenhang mit den europäischen Beschlüssen notwendig. Nicht akzeptieren können wir, dass Sie vorher den Anteil des Landes Schleswig-Holstein und damit auch den Einfluss des Landes Schleswig-Holsteins deutlich verringern. Sie haben bislang keine Antwort auf die Frage gegeben, was geschehen wird, wenn ein **Zusammenschluss der Sparkassen- und Giroverbände Schleswig-Holsteins und Niedersachsens**, über den in diesem Jahr bereits viel diskutiert worden ist, erfolgt. Was dann passiert, bleibt im Nebel. Was ist mit der möglicherweise ins Auge zu fassenden strategischen Allianz zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein mit einer Bündelung der Stimmen? Diese Fragen sind alle noch nicht geklärt. Es wird noch viel Arbeit sein, Herr Minister, das Parlament davon zu überzeugen, dass wir in diesem Jahr gemeinsam einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen. Mit Ihrer Mehrheit können Sie natürlich alles tun. Aber es ist die Frage, ob das in diesem Fall sinnvoll ist. Ich warne Neugierige davor, bei dieser wichtigen Frage nicht alle erforderlichen Nachfragen zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des CDU-Ortsverbands Schinkel und der Landesberufsschule Photo + Medien aus Kiel.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Fuß.

Wolfgang Fuß [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Wiegard hat sich zur Begleitmusik dieses Dringlichkeitsantrages geäußert. Ich möchte dazu

zwei Anmerkungen machen. Zunächst rufe ich in Erinnerung, dass die Dringlichkeit von der SPD-Fraktion unterstützt worden ist. Der Kollege Astrup hat heute Morgen ausdrücklich festgestellt, dass wir diesen Antrag gestellt hätten, wenn die CDU es nicht getan hätte.

Die Dringlichkeit an sich ergibt sich aus dem Zeitablauf. Ich darf darauf verweisen, dass die Gespräche zu einem berichtsfähigen Ergebnis erst vorgestern beendet worden sind. Ich sehe nicht, wie man dies im Rahmen der Geschäftsordnung noch auf die Tagesordnung hätte bringen können, wenn nicht über einen Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Bemerkung. Angesichts der Wichtigkeit des Themas hätte ich es für angemessener gehalten, wenn gestern alle finanzpolitischen Sprecher - auch die der Opposition - die Chance genutzt hätten, sich vom Finanzminister in der entsprechenden Runde weitere Informationen zukommen zu lassen. Dadurch hätte die eine oder andere Fehlinterpretation auch gegenüber der Öffentlichkeit sicherlich vermieden werden können.

Die Fusion der beiden Landesbanken ist notwendig, weil der steigende Wettbewerbsdruck und die anhaltenden Konzentrationsprozesse ansonsten beide Institute mittelfristig gefährdet hätten.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard?

Wolfgang Fuß [SPD]:

Selbstverständlich.

Rainer Wiegard [CDU]: Herr Kollege Fuß, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es uns darauf ankommt, die Gespräche aus den Hinterzimmern jetzt an die Öffentlichkeit zu verlagern,

(Lothar Hay [SPD]: „Hinterzimmer“, was ist denn das für eine Wortwahl?)

und dass es deshalb wichtiger war, das Thema heute auf die Tagesordnung zu setzen, als es gestern im Kreise von fünf Personen zu behandeln?

Kollege Wiegard, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich dies nicht alternativ, sondern additiv angesprochen habe, das heißt die Behandlung des

(Wolfgang Fuß)

Themas sowohl gestern als auch heute als erforderlich angesehen habe?

(Beifall bei der SPD)

Dies hätte der gegenseitigen beziehungsweise der - wie ich der letzten Bemerkung Ihres Vortrages entnommen habe - gemeinsamen Zielsetzung sicherlich gedient.

Die Fusion ist aber nur möglich, weil die Beschäftigten unserer Bank mit ihrem Vorstand an der Spitze durch hervorragende Arbeitsleistungen und Arbeitsergebnisse in den letzten zehn Jahren überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, gleichberechtigt mit Hamburg verhandeln zu können. Der Finanzminister hat auf die **Wertsteigerungsraten**, wie ich finde, sehr berechtigt hingewiesen. Eine Fusion ist keine feindliche Übernahme, sondern sie ist das Zusammengehen mehrerer Partner. Dies setzt voraus, dass alle Beteiligten kompromissfähig sind und die gegenseitigen Interessenlagen anerkennen. Ich finde, das vorliegende Ergebnis belegt eindrucksvoll, dass sich die Beteiligten an diese Zielsetzung gehalten haben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wir haben erstens eine Verteilung der **Kompetenzcenter**, die eine angemessene und qualifizierte Darstellung der neuen Bank an beiden Standorten gewährleistet, und zwar auf Dauer. Durch diese Aufteilung bleibt gerade für unsere mittelständische Wirtschaft der notwendige Ansprechpartner in Kiel erhalten.

Zweitens. Die **Synergieergebnisse** werden zu weiteren erheblichen Ergebnisverbesserungen führen, was nachhaltig zur Sicherung der Arbeitsplätze führen wird. Im Übrigen wird die Fusion sozial verträglich umgesetzt. Das heißt, betriebsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen.

Drittens. Die Personalentscheidungen in Aufsichtsrat und Vorstand sind ausgewogen und sichern die Interessenlage unseres Landes.

Viertens. Die neue Bank geht gut gerüstet in den verschärften Wettbewerb. Wir dürfen uns also im Interesse des Landes auf gute Ergebnisse freuen.

Deshalb habe ich - fünftens - jede Veranlassung, der Regierung im Namen meiner Fraktion für dieses Verhandlungsergebnis Anerkennung und Dank auszusprechen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit dem anfangen, was der Finanzminister aus der „Börsen-Zeitung“ eingeführt hat. Ich kenne diesen Kommentator nicht. Er hat mit mir nicht geredet und auch mit niemandem anders von uns. Ich finde es nett, dass Sie es angesprochen haben. Sie kennen ja unsere Haltung dazu. Es wäre geradezu widersinnig anzunehmen, dass die FDP die Fusion oder die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zurückdrehen wollte, nachdem wir das immer gefordert haben und die FDP in der Hamburgischen Bürgerschaft in dem Bereich auch mitwirkt. Insofern ist das hier mehr als eine Falschmeldung. Das ist eine böswillige Unterstellung.

Sie hat möglicherweise ihren Hintergrund in dem, was wir bereits vor einem Jahr bei der Frage erörtert haben, warum, bevor die Aktiengesellschaftslösung angewandt worden ist, nicht verstärkte Bemühungen unternommen wurden, die Anteile von der WestLB und der SüdwestLB zurückzukaufen, um dann eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vorzunehmen und die damit werthaltiger gewordenen fungiblen Aktienpakete zu einem besseren Preis zugunsten des Landes zu veräußern.

Herr Minister, wie Sie wissen, haben wir bereits vor Jahren vorgeschlagen, diese Anteile zurückzukaufen. Damals wurden wir mit ekelhafter Empörung versehen. Ich kann mich auch noch erinnern, Günter Neugebauer, dass die Frage einer Aktiengesellschaft - übrigens bei der Einbringung eines Gesetzentwurf der FDP zur Änderung des Sparkassen- und Girogesetzes - immer sehr kritisch gesehen worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Lieber Kollege Neugebauer, wenn du das gelesen hast, was die Regierung dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, nämlich das Gutachten von Salomon und Oppenheimer sowie Nolte, dann wirst du feststellen, dass auch die Sparkassen um eine Umwandlung in eine andere Form nicht umhinkommen. Auch diese Umwandlung ist ja mit der Europäischen Union vereinbart. Insofern würde ich mich ein bisschen zurücknehmen, wenn darüber diskutiert wird, ob es ekelig sei, in Aktiengesellschaften umzuwandeln oder nicht.

Wenn es stimmt, was der Finanzminister gesagt hat - da teile ich seine Auffassung -, dann füge ich hinzu,

(Wolfgang Kubicki)

dass wir bereits 1994 darauf hingewiesen haben - Herr Finanzminister, Sie können es nachlesen -, dass sich die **Gewährträgerhaftung** und die Anstaltslast im europäischen Wettbewerb auf Dauer nicht werden halten lassen. Sie haben angenommen, dass das so ist. Aber ich frage, warum dann nicht der Versuch unternommen worden ist, die Anteile, die unter den damaligen Bedingungen an die WestLB veräußert worden sind, nun zurückzuerwerben, und zwar zum Einstandspreis zuzüglich marktüblicher Verzinsung. Nach alledem muss man die marktübliche Verzinsung des eingesetzten Kapitals bedenken. Dann kommt man zu einem ganz interessanten Ergebnis, welches bei uns die Frage auslöst, warum das Land Schleswig-Holstein nicht wenigstens versucht hat, dass Geld nicht verschenkt wird, dass Windfall-Profits nicht woanders entstehen, sondern bei uns.

1994 war die LB Kiel nach Angaben des Finanzministers 504 Millionen € wert. Im Jahre 2002 sind es 2 Milliarden €. Das bedeutet eine Wertsteigerung um 297 % oder jährlich 19 %.

Im Streit mit der WestLB setzt die EU-Kommission als marktübliche Verzinsung 13 % an. 1994 haben das Land sowie der Sparkassen- und Giroverband 49,9 % der Anteile für 293 Millionen € an die WestLB und die SüdwestLB verkauft unter der Annahme, die Globalisierung und die EU-Kommission würden dem deutschen öffentlichen Bankenwesen nie etwas anhaben können. Diese Anteile haben jetzt einen Wert von 998 Millionen €, weil die Wirkung der Globalisierung und die Durchsetzungskraft der EU-Kommission die Vorstellungskraft der Landesregierung weit übersteigt.

Warum, so frage ich nach wie vor, hat das **Land** nicht geschickt verhandelt und die **Anteile der WestLB** und der SüdwestLB zum Einstandspreis plus marktüblicher Verzinsung zurückgekauft, und zwar vor der Fusion? Bei 13 % jährlich hätte das 780 Millionen € gekostet. Der Gewinn für Schleswig-Holstein wäre nach eigener Berechnung 218 Millionen € gewesen. Ich denke, das wäre den Schweiß der Edlen wert gewesen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Man sage nicht, Herr Minister, das sei Schnee von gestern, weil das hinter uns liegt. Ich will zwar nicht besserwisserisch wirken, sage aber: Die Größenordnungen, über die wir uns unterhalten, zwingen angesichts der Einsparbemühungen auf anderer Ebene doch schon zum Nachdenken darüber, warum hier nicht intensive Versuche unternommen worden sind, anders zu reagieren.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Hentschel, dass Sie davon vergleichsweise wenig verstehen, leuchtet mir ein.

Wir müssen uns auch klar darüber sein, dass die **Interessen der Bank** und die Fusion - die jetzige Verteilung bei der Bank liegt im Interesse der Bank - nicht immer mit den Interessen des **Haushaltsgesetzgebers** des Landes Schleswig-Holstein deckungsgleich sind. Wir müssen uns klar machen, dass auch ein 16-prozentiger Anteil an einer privaten Aktiengesellschaft, bei der auf absehbarer Zeit weiteres privates Kapital hinzutreten wird, das Empfinden der Verantwortlichen der Bank deutlich schwächen wird, und zwar zulasten der Gebietskörperschaft, die auch daran beteiligt ist, Geschäfte zu organisieren, die unter Renditegesichtspunkten nicht ohne weiteres von ihr abgewickelt würden. Ich will das nicht weiter ausführen. Aber jeder weiß, was gemeint ist.

Diese Bank, diese Aktiengesellschaft wird relativ schnell an den Kapitalmärkten im Rating an ihrem Erfolg gemessen werden. Und der Erfolg lässt sich nicht daran messen, dass man sich gegenüber dem Land Schleswig-Holstein mit freundlichen Gesten verhält, die sich nicht mit ökonomischen Zahlen entsprechend unterfüttern lassen.

Deshalb müssen wir relativ zügig und selbst im politischen Raum handeln. Wir müssen uns nicht unbedingt im nächsten halben Jahr, aber innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre überlegen, was wir mit dem 16-prozentigen **Anteil des Landes** an der fusionierten **Landesbank** denn wirklich noch wollen, ob wir dies Anlageprojekt nach der Devise betrachten: Wenn der Wert weiter steigt, veräußern wir das Paket irgendwann einmal. Oder müssen wir als Anteilseigner darauf Wert legen, dass es einen intensiven Return of Investment für diesen Anteil gibt, sodass wir einen Zufluss in den Landeshaushalt erhalten? Sonst macht die weitere Beteiligung in dieser Form an einer privaten Aktiengesellschaft nach dem Jahr 2005 vergleichsweise nur wenig Sinn.

Ich erwarte - Herr Minister, nicht auf dem offenen Markt, Gott bewahre -, dass wir uns in den Diskussionen im Finanzausschuss oder mit den finanzpolitischen Sprechern darüber klar werden, wohin die Reise für Sie eigentlich gehen soll.

Wohin die Reise der Hamburger gehen wird, können Sie angesichts der als dramatisch beschriebenen Finanzlage auch der Freien und Hansestadt Hamburg selbst erahnen und erkennen. Dass die Hamburger auf Dauer eine massive finanzielle Dotierung ihrer Landesbank werden gewährleisten können, steht genauso

(Wolfgang Kubicki)

in den Sternen wie eine weitere finanziellen Dotierung der Landesbank aus den Gebietskörperschaften des Landes Schleswig-Holstein.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich sage ein Letztes, weil es in dem Zusammenhang eine Reihe von Fragen gibt, die besprochen werden müssen.

(Zuruf von der SPD: Sie überziehen!)

- Die Regierung hat überzogen. Das dürfen wir natürlich auch tun.

Wir haben in diesem Zusammenhang das Problem: Was machen wir mit der **I-Bank** und dem **Liegenschaftsvermögen**? Das alles ist zwar zu bewältigen, aber wir haben dabei ein Problem, nämlich das, dass die I-Bank Liegenschaftsvermögen erworben und sich dabei am Kapitalmarkt verschuldet hat. Wenn wir das Liegenschaftsvermögen - wie angedacht - auf die Anstalt des öffentlichen Rechts übertragen, müssen wir irgendetwas mit den Verbindlichkeiten der Investitionsbank machen. Das wird haushaltsrechtlich nicht ganz einfach sein. Wie Sie wissen, können die Verbindlichkeiten nicht bei der I-Bank bleiben, weil ihr Vermögenswert durch die Übertragung der Liegenschaften reduziert wird. Die einfache Mitnahme ist auch nicht so einfach zu gestalten, weil man dann im Zweifel den Kreditgeber fragen muss, ob er mit der entsprechenden Schuldübernahme einverstanden ist.

Die letzte Möglichkeit wäre, dass die Anstalt des öffentlichen Rechts von der I-Bank die Liegenschaften zurückkauft. Dabei ist die Frage, zu welchem Preis das geschehen soll. Der Marktwert hat sich bis heute sicherlich verändert. Es würde jedenfalls Probleme auslösen. Da es sich um einen Bestand und nicht um Neuanlageobjekte handelt, würde das durch Zuführung neuer Kredite die Kreditobergrenze für den Landeshaushalt deutlich überschreiten.

Diese Frage ist nicht nur technischer, sondern auch politischer Natur. Sie wird in den nächsten Tagen noch geklärt werden müssen.

(Zuruf von der SPD: Ist sie nicht schon geklärt!)

- Nein, die Frage ist definitiv noch nicht geklärt, auch wenn es dazu Ansätze gibt.

Herr Minister, ist komme zu einem letzten Punkt, zu dem Sie dem hohen Haus noch etwas erklären müssen. In § 28 Abs. 5 des Haushaltsbegleitgesetzes ist der Passus enthalten, der Sie ermächtigen soll, Schäden, die durch die Herauslösung der I-Bank bei der **Landesbank** aufseiten der Landesbank entstehen, finanziell auszugleichen. Ich hätte gern eine Auskunft darüber, mit welchen **Schäden** Sie denn eigentlich

rechnen. Vor allen Dingen würde ich als Parlamentarier wünschen, dass wir, wenn wir so etwas beschließen sollen, entweder vor Abschluss eines solchen Vertrages die Zustimmung des Finanzausschusses einfordern oder aber eine Deckelung, eine Obergrenze einführen, damit wir nicht Schäden oder Risiken ausgesetzt sind, deren Dimensionierung wir momentan gar nicht überblicken.

Ich freue mich in diesem Zusammenhang auf die weitere Darstellung im Finanzausschuss oder im internen Kreis. Jedenfalls sollten die angesprochenen Fragen relativ zügig geklärt werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fusion der Landesbanken ist praktizierte **norddeutsche Zusammenarbeit**. Die Wirtschaft begrüßt diese Fusion, da sie die Interessen der beteiligten Standorte in Kiel und in Hamburg in ausgewogener Weise aufnimmt.

Es handelt sich um einen fairen **Interessenausgleich**. Arbeitsplätze werden erhalten. Allerdings - auch das müssen wir sagen - wenn Synergieeffekte im Werte von ungefähr 150 Millionen € erwartet werden, heißt das natürlich auch, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Das ist bedauerlich. Es ist aber der Situation insgesamt geschuldet, dass wir die Banken insgesamt überlebensfähig machen müssen und wollen.

Im Zuge der Fusion wird es **keine betriebsbedingten Entlassungen** geben. Auch das ist ein wichtiger Verhandlungserfolg. Als politisches Signal ist der Abbau von „Häuptlingen“ wichtig. Die Chefetage wird deutlich gestrafft. Herr Möller hat die Zahlen genannt.

Kompetenzzentren werden in Kiel und in Hamburg geschaffen. Ich hoffe, dass sich bestätigt, was der Finanzminister gesagt hat, was wir vorher miteinander beraten haben, dass die Kompetenzzentren so verteilt werden, dass Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein erhalten bleiben und nicht gerade unter den Einspareffekt, den Synergieeffekt fallen, sondern tatsächlich zukunftsfruchtig sind, unter anderem die IT-Branche.

Ich freue mich - das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich - auch als Frau - wir diskutieren hier ja häufiger über Gender Mainstreaming -, dass eine **Frau**,

(Monika Heinold)

nämlich unsere Ministerpräsidentin, in dieser neuen Bank **Aufsichtsratsvorsitzende** ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist frauenpolitisch ein Signal.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Günter Neugebauer [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Sie mögen darüber schmunzeln, weil Sie die Frauenpolitik nicht ernst nehmen. Für mich, für meine Fraktion ist das ein ganz klares Signal.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Herr Jensen-Nissen, bevor ich mit Ihnen über Frauenpolitik diskutiere, werde ich erst einmal in Ruhe meine Rede zu Ende führen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion bei Herrn Dr. Rümker. Ich glaube, dass er ein hervorragender Begleiter dieses Prozesses war. Er hat uns als Finanzausschuss immer informiert, wenn wir es wollten. Wir haben ihn oft im Finanzausschuss gehabt.

Es hat ein Gutachten gegeben, das deutlich gemacht hat, welche Wege gehen können und welche nicht. Herr Wiegard, dass wir das Endgutachten, das **Bewertungsgutachten** nicht - womöglich noch öffentlich - im Finanzausschuss beraten haben, werden Sie verstehen können. Solch schwierige Verhandlungen werden nicht auf den freien Markt geführt, sondern - -

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist Ihre viel gerühmte Basisdemokratie!)

- Herr Jensen-Nissen, manchmal weiß ich gar nicht, was ich auf Ihre „intelligenten“ Bemerkungen erwidern soll.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbst Ole von Beust, Bürgermeister von Hamburg, CDU, spricht von einer wirtschaftlichen Stärkung des Nordens. Aber die CDU in Schleswig-Holstein nörgelt wieder.

Ich war heute erstaunt über Ihren doch sehr konstruktiven Beitrag, Herr Wiegard.

(Klaus Schlie [CDU]: Konstruktiv sind wir immer!)

Ich hätte mir gewünscht, dass Herr Kayenburg gestern mit Ihnen telefoniert hätte, bevor er seine wilde

Pressemitteilung abgegeben hat. Er spricht gleich wieder von einer „Übernahme der Landesbank Schleswig-Holstein durch die Hamburgische Landesbank“. Das haben Sie heute Morgen glücklicherweise nicht erwähnt, weil Sie es besser wissen. Dann spricht er das „zweifelhafte Verhandlungsgeschick von Ministerpräsidentin Simonis und ihres glücklosen Finanzministers Claus Möller“ an.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Auch das ist ein alter Textbaustein, Herr Kayenburg, den Sie immer wieder bringen, auch wenn Ihr finanzpolitischer Sprecher sich hier hinstellt und sagt: Die Sache an sich ist richtig. - Haben Sie dann doch einmal die Größe, das hier zu sagen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Günter Neugebauer [SPD] und Klaus-Peter Puls [SPD])

Die Rolle der FDP ist mir unklar. Ich habe auch die Pressemitteilung gestern nicht so ganz verstanden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das leuchtet mir ein!)

Es war wahrscheinlich beabsichtigt, dass niemand so recht weiß, wie Ihre Position ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die kennt jeder, Frau Heinold!)

Es ist letztlich auch egal. Sie haben heute noch einmal gesagt, es gehe Ihnen um die theoretische Machbarkeit in Bezug auf die Liegenschaften.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Die Aufgabe des Parlaments ist die Festlegung der politischen Zielsetzung. Die haben wir miteinander besprochen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie wollten doch keine Aktiengesellschaft!)

- Mir geht es blendend.

Zu den **Liegenschaften**! Für meine Fraktion sind bei der Auslagerung der Liegenschaften zwei Sachen zentral: Erstens, dass das Einsparkonzept der GMSH aufgeht,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Geht es ja nicht!)

was Flächen- und Energieeinsparung betrifft, weil wir immer darauf gesetzt haben - das ist Grundlage der Entscheidung -, und zweitens, dass der Investitionsstau weiter abgebaut wird. Fahren Sie durch das

(Monika Heinold)

Land! Schauen Sie sich Polizeistationen und andere Gebäude an, an denen ständig renoviert wird!

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei welcher waren Sie denn?)

Leider leuchtet die Lampe. Insofern werde ich meine Rede beenden. Ich hoffe, dass wir gemeinsam im Finanzausschuss auf einer sachlichen Grundlage miteinander streiten. Herr Wiegard, wie gesagt, das war ein gutes Angebot für einen konstruktiven Dialog. Wenn Sie jetzt noch mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden Kaffee trinken gingen und ihm das auch erklärten, wären wir ein Stück weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg! Auch ich habe gestern die Presseerklärung der CDU gesehen. Der Redlichkeit halber muss gesagt werden, dass die finanzpolitischen Sprecher und der Finanzausschuss laufend darüber informiert worden sind,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

wie diese **Fusionspläne** gestaltet worden sind und wie weit man mit der Fusion ist.

Noch eine Bemerkung für das Protokoll! Ich nahm gestern an dem Gespräch der finanzpolitischen Sprecher nicht teil - nicht, weil ich sauer war wegen des kurzfristig angesetzten Termins,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich konnte auch nicht!)

sondern weil wir vor der Landtagstagung ganz einfach so viel zu tun haben, dass ich mich anders entschieden habe. Auch das möchte ich hervorheben. Ich finde, es kann nicht angehen, hier in so kleinen Schulen zu gehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welches ist Ihre Schuhgröße?)

- Meine Schuhgröße ist das nicht. Sie ist nämlich wesentlich größer als Ihre.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Die gestern beschlossene Fusion der Landesbanken Schleswig-Holstein und Hamburg ist der vorläufige Höhepunkt des genannten Prozesses, der mit der Beschwerde der Europäischen Bankenvereinigung bei der Europäischen Kommission am 21. Dezember 1999 begann. Ich werde jetzt hier nicht auf weitere Einzelheiten eingehen. Durch die gemeinsame Lösung, die zwischen der Bundesregierung, den Ländern, den Sparkassen und den kommunalen Trägern mit der EU-Kommission über die zukünftigen **Haftungsgrundlagen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute** erreicht wurde, war klar, dass spätestens bis zum 18. Juli 2005 die Gewährträgerhaftung und auch die Anstaltslast der Landesbanken abgeschafft werden soll.

Damit verlieren die Landesbanken einen wichtigen Vorteil gegenüber den Privatbanken und sind somit gezwungen, am Markt wie Privatbanken zu agieren. Der SSW hat diese Entwicklung bedauert, da sie in ganzer Konsequenz das Ende des **öffentlich-rechtlichen Sparkassensystems**, wie wir es kennen, bedeutet. Dennoch - auch das haben wir schon gesagt - war es Pflicht der Landesregierung, unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine zukunftsfähige Lösung für die Landesbank Schleswig-Holstein zu finden

Die jetzt präsentierte Fusion zwischen der Landesbank Schleswig-Holstein und der Hamburgischen Landesbank erscheint aus Sicht des SSW ein gangbarer, ein guter Weg zu sein. Bereits im Frühjahr hatte die Landesregierung dem Finanzausschuss ausführlich die Eckpunkte der geplanten Fusion erläutert. Dabei standen zwei Anliegen im Mittelpunkt. Zum einen sollte der Einfluss des Landes auf die künftige Landesbank gewahrt bleiben und zum anderen sollten die Arbeitsplätze auch in Kiel erhalten bleiben.

Unmittelbar scheinen diese Ziele erreicht zu sein. Daher auch im Namen des SSW unser Dank an Finanzminister Möller und an Dr. Rümker für die geleistete Arbeit!

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land und der Giroverband Schleswig-Holstein werden zusammen mit 33,72 % einen größeren Anteil an der fusionierten Bank als Hamburg mit 32,69 % erhalten.

Obwohl durch die Fusion wahrscheinlich 800 der 4.800 **Arbeitsplätze** abgebaut werden und der Hauptsitz in Hamburg sein wird, erwarten wir, dass der

(Anke Spoorendonk)

weitaus größte Teil der Arbeitsplätze der Landesbank in Kiel erhalten bleibt.

Ich finde es auch gut, dass man sich gegen eine Doppelspitze entschieden hat. Das empfinde ich als eine große Leistung bei diesem ganz schwierigen Paket. Bei dem Abbau der Arbeitsplätze ist uns wichtig, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Wir alle wissen, dass im Bankengewerbe in den kommenden Jahren noch ganz viel passieren wird, dass dort insgesamt Arbeitsplätze abgebaut werden.

Deshalb - auch wenn Bundestagswahlkampf ist - sollten Sie, lieber Kollege Kayenburg, vorsichtiger mit öffentlichen Aussagen sein. Ich sprach es schon an. In Ihrer Pressemitteilung sprechen Sie von einer „Übernahme durch die Hamburgische Landesbank“ oder davon, dass jetzt eine „schleichende Verlagerung des Bankenstandortes“ von der Förde an die Elbe stattfindet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist auch so!)

Man kann Sachen auch herbeireden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von den bisher bekannt gewordenen Fakten werden diese Aussagen nicht gedeckt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten, dass eine fusionierte Landesbank eine aktive Rolle bei der Unterstützung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft spielen wird. Bisher hat die Landesbank Schleswig-Holstein diese Rolle hervorragend ausgefüllt. Es liegt im Interesse Schleswig-Holsteins, dass die bisherige Arbeit auch nach der Fusion fortgeführt werden kann.

Also: Die Weichen sind gestellt. Über Detailfragen werden wir uns im Finanzausschuss weiter informieren lassen und darüber debattieren.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält noch einem Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Leidenschaftlichkeit von Finanzministern, was Presseerklärungen der Opposition angeht, ist groß. Umso größer ist meine Freude, heute zu hören, dass wir in der Sache eigentlich einer Meinung sind und am gleichen Strick in dieselbe Richtung ziehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Schuh ziehe ich mir nicht an, nicht rechtzeitig informiert zu haben. Ich habe von Beginn der Überlegungen an, was in der EU passiert, den Fraktionen unter vier oder sechs Augen, den finanzpolitischen Sprechern oder dem Finanzausschuss gemeinsam mit Herrn Rümker, mit dem ich viele Verhandlungen geführt habe, **Informationen** angeboten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt!)

Das wird auch in Zukunft so sein. Aber Herr Fuß hat natürlich Recht: Es geht um die Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit, dem Landtag, dem Ausschuss. Aber es gibt auch vertrauliche Strategiegespräche außerhalb der Öffentlichkeit. Herr Wiegard, zu denen gehört auch, ob man vorhat, Shareholder-Agreements zu treffen, in welcher Konfiguration auch immer. Darüber möchte ich öffentlich nicht sprechen. Aber natürlich haben da Gespräche stattgefunden.

Zu zwei Punkten möchte ich noch etwas sagen.

Erstens. Herr Kubicki, ich denke auch, dass sich der Presseartikel auf die Gespräche bezieht: Ist es möglich, die **WestLB-Anteile** zurückzukaufen? Darüber haben wir häufig gesprochen. Vorübergehend sah es so aus, als ob die WestLB ihre Anteile sehr schnell verkaufen wolle. Sie können sicher sein, dass Herr Rümker und ich auch Gespräche mit anderen strategischen Partnern im Ostseeraum führen. Die WestLB will jetzt dabeibleiben. Die Gutachten, die Herr Rümker Ihnen auch zur Verfügung gestellt hat sind, wie ich glaube, eindeutig: Zu Einstandskosten werden wir nichts zurückkaufen können.

Nun ist diskutiert worden: Was ist mit den 5 %? Ist das sinnvoll? Ich denke, auch darüber sollten wir sprechen. Die Verhandlungen mit dem Sparkassenverband beginnen jetzt auf der Basis des Gutachtens. Ich werde Sie laufend unterrichten. Ich will Ihnen eines sagen: Die Landesbank Baden-Württemberg hat erklärt, sie will ihre jetzigen 10 % oder die 7,6 % verkaufen.

(Martin Kayenburg [CDU]: 6,7 %!)

Ich würde gern mit Ihnen darüber sprechen, wie wir uns strategisch positionieren, ob wir einsteigen. Ich bin sehr dafür, hier gemeinsame Überlegungen anzustellen.

Zweitens. Einen Punkt möchte ich noch klarstellen, den Sie genannt haben, Herr Kubicki. Wenn wir in der Sache im Prinzip einer Meinung sind, haben wir ein hohes Interesse, das Gesetzgebungsverfahren mit

(Minister Claus Möller)

möglichst breiter Mehrheit durch das Parlament zu bekommen. Da wir uns erst am Montag verständigt haben, nicht erst am 1. Januar 2004, sondern bereits am 1. Januar 2003 den Weg in die **Aktiengesellschaft** zu gehen, ist der Zeitplan eng. Deshalb habe ich ein hohes Interesse an einer großen Übereinstimmung hier im Haus.

Zu Ihrem letzten Punkt: Was ist mit dem **Liegenschaftsvermögen**? Wir haben über unsere Verhandlungen mit der EU informiert. Ich will heute vor der Ausschusssitzung nur so viel sagen, Herr Kubicki: Die EU sagt, Liegenschaftsverwaltung ist in einer Anstalt öffentlichen Recht zulässig, sei es die I-Bank oder eine andere. Wenn wir uns für eine andere entscheiden,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Landesvermögensamt!)

wird das Vermögen einschließlich der Verbindlichkeiten auf die andere Anstalt übertragen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kraft Gesetzes oder durch Vertrag?)

auch durch Gesetz. Durch Gesetz muss die Aufgabe übertragen werden:

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist klar!)

von einer Anstalt des öffentlichen Rechts auf die andere, mit Verbindlichkeiten!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat der Herr Oppositionsführer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Jetzt nimmt er seine Presseerklärung zurück!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU hat sich immer für die Fusion ausgesprochen. Ich denke, das hat Herr Wiegard eben bestätigt. Deswegen muss ich überhaupt nichts von der Presseerklärung zurücknehmen, im Gegenteil: Wir haben die Sorge, dass Entwicklungen auf uns zukommen, die für das Land noch problematisch werden.

Ich will gern den Dank an Herrn Dr. Rümker unterstreichen, der sicher optimal verhandelt hat. Aber dass hier nicht alles klar ist, ist bei den Ausführungen des Ministers deutlich geworden. Wie sieht es mit der **Bildung der Aktiengesellschaft** und der **Verschmel-**

zung aus? Bis jetzt ist überhaupt nicht klar, in welcher Form dieser Weg gegangen werden soll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie fusionieren erst unter öffentlich-rechtlichem Dach und verhandeln dann!)

- Eben. Dann war das hier schon schief.

Das Zweite ist: Ich halte es für absolut unzulässig, die beiden Anteile zu addieren, die das Land Schleswig-Holstein und der Sparkassen- und Giroverband halten. Die Anteile der Länder allein liegen unter 50 %. Dann frage ich: Wie ist die künftige **Entwicklung** in dieser **Aktiengesellschaft**? Müssten wir nicht - dazu frage ich: Wie wollen Sie es finanzieren? - mindestens 1 % zukaufen, egal, ob von der WestLB oder der SüdwestLB, um sicherzustellen, dass die Mehrheit bei beiden Ländern ist? Herr Minister, dazu haben Sie kein Wort gesagt. Dann frage ich: Wie wollen Sie dies finanzieren?

Wirklich müssen wir uns darüber unterhalten - Frau Heinold, hier steckt die ganze Sorge -, ob es eine Bindung der Anteile gibt, sodass kein Auseinanderdriften passiert. Denn sonst haben wir plötzlich eine **AG**, die fremdbestimmt wird, in der wir überhaupt keinen **Einfluss** mehr haben, die eine Entwicklung nimmt, die vom Land nicht mehr gesteuert werden kann. Ich will Ihnen sagen, wie schnell so etwas gehen kann. Möglicherweise haben Sie die Meldung noch nicht, dass Babcock inzwischen die letzten 25 % Anteile an HDW verkauft hat. Das heißt, HDW gehört zu 100 % nunmehr in den Bereich der One Equity Partners. So schnell entstehen Entwicklungen, die wir nicht mehr steuern können. Diese Sorge habe ich hier genau auch.

Warum schreibt man in solch eine Vereinbarung hinein, dass es keine betriebsbedingten **Kündigungen** geben soll? Das schreibt man doch nur dann, wenn absehbar ist, dass am Standort Stellen abgebaut werden sollen. Dann frage ich, Herr Minister: Wo sind die Abteilungen, die den Standort hier sichern? Ist das Controlling etwa in Kiel geblieben? Sie haben nichts darüber gesagt, wohin die EDV-Abteilung gehen soll. Sie haben gesagt, dass ein Ansprechpartner für den Mittelstand hier bleiben soll. Das deutet für mich darauf hin: Wir sind der Juniorpartner. Denn Ansprechpartner für Mittelstand ist verdammt wenig. Die Musik spielt in Hamburg. Wir müssen dafür sorgen - deswegen ist das bei den Gesprächen hier im Parlament und bei den Vertragsgesprächen so wichtig -, dass wir einerseits unser Mitspracherecht sichern und andererseits den Standort hier in Schleswig-Holstein langfristig und nachhaltig sichern.

(Beifall bei der CDU)

(Martin Kayenburg)

Insofern dürfte die Sorge ausgeräumt sein, Frau Heihold, dass die CDU dort Querschüsse geben könnte. Aber unsere Sorge ist nach wie vor da, dass wir diesen Standort sichern müssen, um eine eigenständige Abteilung - eine eigenständige Bank haben wir nicht mehr - hier im Land zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den gegebenen Bericht im Finanzausschuss weiterzubehandeln. Wer für die Überweisung in den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in Schleswig-Holstein (Standardöffnungsgesetz - StöffG S-H)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/123

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/2059

Ich erteile das Wort zunächst der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm. - Sie ist nicht da. Wer kann sie vertreten? - Der Herr Abgeordnete Eichstädt.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hildebrand.

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal gibt es Tage, an denen man daran erinnert wird, was man früher einmal gesagt hat. Heute ist zum Beispiel so ein Tag. Am 9. Mai 2000 wurde der SPD-Fraktionschef mit folgenden Worten zur Reformfähigkeit des Landes zitiert:

„Bereits 1994 habe die SPD-Fraktion beschlossen, Einschnitte vorzunehmen, dann aber aufgrund höherer Erwartungen bei den Steuereinnahmen einen Rückzieher gemacht. Dass wir den Mut nicht hatten, hat sich später gerächt. Ein solcher Fehler dürfe sich nicht wiederholen.“

Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, bei diesem Tagesordnungspunkt laufen Sie wiederum Gefahr, einen Fehler zu machen. Sie vergeben eine Chance, den kommunalen Körperschaften mehr Handlungsspielräume einzuräumen, indem einige gesetzliche Standards gelockert werden. Vor dem Hintergrund der finanziellen Schwierigkeiten in den Kommunen, dem Griff in die Finanzausgleichsmasse und neuer Belastungen für die Kommunen - ich erwähne da nur beispielhaft das Grundsicherungsgesetz oder die Integrationskosten, die sich aus dem Zuwanderungsgesetz ergeben - wiegt Ihre Verweigerung noch schwerer.

Aber auch der Kollege Puls sollte sich seine Rede zur ersten Lesung unseres Gesetzentwurfs noch einmal zu Gemüte führen.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig!)

Ich zitiere:

„Ich begrüße den Gesetzentwurf der FDP ausdrücklich. Wir sind mit Ihnen im Grundsatz der Auffassung, dass ein Übermaß staatlicher Standardvorgaben kommunale Kompetenz diskreditiert. Wir sind mit Ihnen der Auffassung, dass es für eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung auch landesfürstlicher Enthaltsamkeit bedarf, dass wir der kommunalen Selbstverwaltung die Möglichkeit überlassen, in eigener Verantwortung das zu entscheiden, was die Akteure vor Ort in den Kreishäusern und in den Rathäusern entscheiden können.“

Herr Kollege Puls, ich muss Ihnen zugestehen, besser hätte ich diesen Sachverhalt nicht beschreiben können. Umso überraschter war ich, in der Beratung des Innen- und Rechtsausschusses Ihre Totalverweigerung zur Kenntnis nehmen zu müssen. Wenn Sie jetzt erklären, diese gesamte Diskussion im Zusammenhang mit der **Funktionalreform** führen zu wollen, so ist das eine Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Ich bezweifle ausdrücklich, dass in der Koalition der echte Wille besteht, diese Diskussion nicht nur zu führen, sondern auch konkrete, nachhaltige Ergebnisse innerhalb einer angemessenen Zeit erzielen zu

(Günther Hildebrand)

wollen. So hat bekanntlich der Umweltminister bereits erklärt, dass in seinem Ressort zum Beispiel die Zweistufigkeit der Verwaltung umgesetzt sei.

Es geht uns bei diesem Gesetzentwurf nicht darum, alle **Standards** zu schleifen. Wir wollen, ich gebe zu, auf eine unkonventionelle Art, dass die Kommunen individuell auf die Gegebenheiten vor Ort reagieren und entsprechend entscheiden können, um damit die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen zu können. Das kann im Einzelnen ein Mehr, aber auch ein Weniger der jetzt vorgegebenen Standards bedeuten. Allerdings müssen diese Entscheidungen auch den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verantwortet werden. Die Rechtfertigung, das Land habe alles vorgegeben, zieht dann nicht mehr.

Hessen hat uns gezeigt, dass es geht. Hessen wurde heute schon häufiger zitiert. Dort wurden seit dem Regierungswechsel 1999 insgesamt 3.500 überflüssige Vorschriften abgeschafft. 39 % der Verwaltungsvorschriften und 15 % der Rechtsverordnungen sind in Hessen komplett entfallen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern gibt es ein unserem Gesetzentwurf ähnliches Standardöffnungsgesetz. Dort sind die Genossen bereits ein wesentliches Stück weiter. Sie haben eben mehr Vertrauen in die Menschen, die unmittelbar vor Ort zu entscheiden haben. Der Innenminister in Mecklenburg-Vorpommern wird nicht müde, die Kommunen zu ermutigen, dieses Gesetz anzuwenden, was zweifelsfrei bisher nur sehr zögerlich geschieht. Das ist aber die Entscheidung der Kommunalpolitiker. Sie können sich dann auch nur begrenzt über durch das Land zu verantwortende Finanznöte beklagen. Außerdem zeigt das Beispiel, dass die Angst vor dem Untergang des Abendlandes durch größere Freiheiten der Kommunen unbegründet ist.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, Ihre Ablehnung dokumentiert letztlich nur, wie wenig Vertrauen Sie in die kommunalen Vertreter vor Ort setzen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie wollen bevormunden und Ihre Macht erhalten. Das ist kleinkariert, wenig souverän und mutlos. Es ist genau diese Mutlosigkeit, die Kollege Hay in seinem Interview vor zwei Jahren beschrieben hat. Sie setzt sich seit 1994 nahtlos fort. Herr Kollege Neugebauer hat ausnahmsweise Recht, wenn er in seiner Pressemitteilung vom 5. September 2002 erklärt: „Wem der Mut zu Reformen fehlt, der ist nicht regierungsfähig.“

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Puls hat das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hildebrand, vielen Dank. Den Grundsatz aus meiner Rede zur ersten Lesung, die Sie eben verlesen haben, unterstreiche ich natürlich auch heute. Als SPD-Landtagsfraktion unterstützen wir das Anliegen des FDP-Gesetzentwurfs. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel, Kommunalverwaltung zu vereinfachen und zu entbürokratisieren, mehr Flexibilität und Gestaltungsfreiheit zu schaffen und die kommunale Selbstverwaltung insgesamt zu stärken, wird mit dem vorgeschlagenen Standardöffnungsgesetz nicht erreicht. Der Gesetzentwurf ist verfassungspolitisch problematisch,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil er für eine Reihe von Fällen die Erfüllung landeseinheitlich zu erfüllende Aufgaben nicht gewährleistet, sondern gefährdet. Einzelnen Gemeinden, Kreisen oder Ämtern soll die Möglichkeit gegeben werden, von vorhandenen **landesrechtlich gesetzten Standards** abzuweichen. Das Ergebnis wäre möglicherweise ein kommunaler Flickenteppich unterschiedlicher Erfüllung öffentlicher Aufgaben, zum Beispiel des Bildungs- und Betreuungsauftrags in Schulen und Kindergärten, zum Beispiel der Fort- und Weiterbildung in Sozial- und Jugendpflegeeinrichtungen, zum Beispiel der Schadstoffbelastungen in Wasser- und Abwasseranlagen, zum Beispiel der Brandschutz- und Sicherheitsanforderungen für öffentliche Bauten.

In landespolitischer Verantwortung sollte der erste Schritt sein, eine systematische Bestandsaufnahme aller vorhandenen landesrechtlich gesetzten Standards und **Vorgaben** in Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften vorzunehmen und als Landesgesetzgeber alle die Standards nicht lediglich für Ausnahmen zu öffnen, sondern ersatzlos zu streichen, die überflüssig sind. Nur, wo landeseinheitliche Standards unbedingt und unabweisbar erforderlich sind, sollten wir als Land daran auch festhalten. Nur für solche unverzichtbaren Standards könnte dann in einem zweiten Schritt geprüft werden, ob und wenn ja unter welchen Voraussetzungen und in welchem Verfahren lokal- oder regionalpolitisch begründete Aus-

(Klaus-Peter Puls)

nahmen für Kommunen und andere Körperschaften zugelassen werden können.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Es ist eindeutig zu laut. Ich bitte um etwas mehr Rücksichtnahme auf den Redner.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Eine so begründete Regelung müsste dann allerdings auch ohne zusätzliche komplizierte und umständliche Antrags- und Genehmigungsverfahren erfolgen und ermöglicht werden. Der Gesetzentwurf der FDP schlägt ein Antragsverfahren vor, das nicht zu weniger, sondern zu mehr Bürokratisierung führen würde. Das Ziel der Deregulierung durch Neuregulierung erreichen zu wollen, halten wir für kontraproduktiv. Auch deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Im Innen- und Rechtsausschuss haben wir eine umfangreiche schriftliche Anhörung durchgeführt. Die Anhörungsergebnisse bestätigen unsere Auffassung. Insbesondere die kommunalen Landesverbände unterstützen - wie wir - die grundsätzliche Intention, die hinter dem Gesetzentwurf steht. Auch sie halten es jedoch für vorzugswürdig, zunächst über verzichtbare Landesstandards nachzudenken. Der Innenminister hat das schon in der ersten Lesung unterstrichen, indem er gesagt hat, in erster Linie müsse es darum gehen, Regulierungen und Standards landesweit zugunsten kommunaler Gestaltungsfreiheit aufzuheben und zu ändern. Einer Regelung, die einen Standard generell landesweit streicht, ist der Vorzug zu geben gegenüber einer Befreiungsmöglichkeit für einzelne Gemeinden, Kreise und Ämter. Klauseln mit der Möglichkeit des Abweichens von den gesetzlichen Vorschriften sind letztlich auch eine Entmachtung des Gesetzgebers. Unter verfassungsrechtlichen - zumindest aber verfassungspolitischen - Aspekten bestehen daher Bedenken dagegen, noch weitere Regelungen einzuführen, die solche Ausnahmen zulassen.

Die übrigen Stellungnahmen, die wir in der Anhörung gehört haben, bestätigen ebenfalls unsere ablehnende Position. Der Landkreistag wendet ein, dass eine Öffnung der Mindeststandards zwangsläufig zu einer sehr großen Bandbreite der Standards im Lande führe, was aus sozialpolitischer Sicht und unter dem Aspekt der Chancengleichheit nicht zu akzeptieren sei. Ich führe weitere Stellungnehmende auf: Auch der Landesfeuerwehrverband, der Verband evangelischer Kindertageseinrichtungen, der Hauptpersonalrat beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, die Lan-

desarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein, die ÖTV Nord, der DGB Landesbezirk Nord und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein lehnen den vorgelegten Gesetzentwurf ab.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände sieht ihn für einen Beitrag der Vereinfachung und Entbürokratisierung als ungeeignet an. Der Landesnaturschutzverband sieht ihn als regelungstechnisch misslungen an. ÖTV und DGB befürchten einen gigantischen bürokratischen Aufwand bei der Bearbeitung der Freistellungsanträge. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Lassen Sie uns im Rahmen der anstehenden Beratungen zur Verwaltungsstrukturreform auch die Problematik Standardfreigabe und Verwaltungs deregulierung wieder aufgreifen und gemeinsam zwecktaugliche und sachgerechte Lösungen anstreben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Puls, es ist schon beeindruckend, dass Sie sich hier hinstellen und den Versuch unternehmen, uns weismachen zu wollen, dass Sie nach wie vor an der Zielsetzung festhalten, Standards zu öffnen, Standards abzubauen und Standards freizugeben. Der Gesetzentwurf der FDP stammt vom 24. Mai 2000. Seitdem ist er durch die Gremien des Landtages gelaufen. Wir haben uns im Sonderausschuss damit beschäftigt, der im Übrigen nur eine einzige Legitimationsbasis hatte. Er sollte nämlich beweisen, dass der freche Eingriff der Landesregierung in die Kassen der Kommunen gerechtfertigt war. Aber mit diesem Thema haben wir uns nicht beschäftigt. Dann ist er an die Enquetekommission zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem Land und Kommunen überwiesen worden. Diese Enquetekommission haben wir aufgelöst, nachdem Sie - das muss ich ehrenhalber erwähnen - durch Ihren Verzicht zur weiteren Mitarbeit deutlich gemacht haben, dass die ganze Veranstaltung eine Farce war. Anschließend ist der Gesetzentwurf in den Innen- und Rechtsausschuss gegangen. Hier haben wir immerhin eine Anhörung durchgeführt. Aber all die schönen

(Klaus Schlie)

Zielsetzungen, Herr Kollege Puls, die Sie selber in der Landtagsdebatte vorgetragen haben und der Kollege Hildebrand hier noch einmal zitiert hat, haben Sie in den Beratungen nie wieder eingebracht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deswegen muss ich Ihnen Folgendes sagen: Ich finde dies einen tragischen Beitrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Politikverdrossenheit. Es trägt zu Politikverdrossenheit bei, wenn junge Leute mitbekommen, dass sich ein Parlament fast zwei Jahre lang mit solch einer Sache beschäftigt, aber hinten nichts herauskommt, obwohl wir uns zu Beginn fast alle im Grundsatz einig waren. Ich finde, es ist einem Haus wie diesem nicht würdig, wie Sie damit umgehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin davon überzeugt, dass Sie damit abermals bewiesen haben, dass Sie nicht die Kraft und den Mut haben, dieses Land zu regieren. Ich glaube auch, dass es Ihnen nicht darauf ankommt, in der Sache ein Stückchen voranzukommen, sondern dass es letztlich immer nur auf Kompromissformeln im Koalitionsgefüge ankommt.

(Zuruf von der CDU: So sieht es aus! Genau-so ist es!)

Das ist das Problem, weswegen es kein einziges Stückchen vorangeht.

Ich möchte Ihnen, Herr Puls, ein Zitat von Ihnen vorhalten. Sie haben damals gesagt - Sie wissen, ich nehme es Ihnen auch so ab -:

„Wir sollten gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden in den zuständigen Gremien die Möglichkeit einer Standardöffnung näher erörtern und vielleicht sogar eine interfraktionelle Lösung erarbeiten. Wir jedenfalls streben sie an.“

Wir haben auch Bedenken gegen die eine oder andere Regelung und gegen die Mechanismen, die in diesem Gesetz eine Rolle spielen, weil sie tatsächlich zu bürokratischen Schwierigkeiten führen könnten. Aber es ist nie über eine interfraktionelle Lösung geredet worden.

(Günther Hildebrand [FDP]: Da kann man doch darüber reden!)

Anders als im Landtag Mecklenburg-Vorpommern - da ist das Gesetz von der CDU abgeschrieben worden -, wo es eine Gesetzesinitiative und letztlich ein Gesetz gegeben hat, ist das leider hier nicht geschehen. Aber - jetzt kommt es - ein Hoffnungsschimmer

gab es. Unser aller Kommunalminister, der ehemalige Eckernförder Bürgermeister, zeigte schon im Juni 2000 eine echte Alternative zum Gesetzentwurf der FDP auf. Wie kommunalfreundlich er ist, brachte er deutlich zum Ausdruck, indem er sagte - Zitat, des Herr Ministers eigene Worte -:

„Nach meinen eigenen Erfahrungen als Bürgermeister kann ich eines sagen, meine Damen und Herren: Die Kommunen zeigen in aller Regel großes Verantwortungsbewusstsein bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.“

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Dies, Herr Minister, nenne ich echtes Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung unseres Landes. Selbstverständlich hatte der Innenminister eine Alternative vorbereitet - jedenfalls gedanklich -. Wörtlich führte er nämlich aus:

„Gerade vor diesem Hintergrund sollte eine Lösung diskutiert werden, bei der zum Beispiel über den Weg eines Artikelgesetzes Regulierungen und Standards für einen genau bestimmten Zeitraum ausgesetzt werden. Vor Ablauf dieses Zeitraumes müsste entschieden werden, ob die Aussetzungen bestehen bleiben oder auslaufen.“

Das ist ja richtig! Das haben Sie jedoch im Jahre 2000 gesagt. Was haben Sie denn bisher gemacht?

(Beifall bei der CDU)

Wo ist denn das Artikelgesetz? Wieso haben Sie denn die Strukturreform nicht eingeleitet? Jetzt reden Sie von irgendwelchen Gebietsreformen, die Sie machen wollen. Arbeiten Sie doch! Legen Sie als Regierung doch ein Gesetz vor, damit die Kommunen das hier deklamatorisch dargestellte Vertrauen erfüllen können, indem sie die Aufgaben leisten können.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht so weitgehend wie die FDP, aber immerhin war es ein mutiger Vorschlag eines mutig erscheinenden Ministers, sicherlich auch abgesehen durch die vor Reformwut und Mut strotzende Ministerpräsidentin. Und nun der entscheidende Satz des mutig erscheinenden Innenministers an das zaudernde Parlament:

„Wie auch immer im Einzelnen ausgestaltet, sollten wir alle gemeinsam den Mut zu solchen landesweiten Erprobungen aufbringen.“

Wir warten darauf.

Wir, Herr Minister, haben diesen Mut. Wir vermissen ihn leider bei der Regierung und bei Rot-Grün. Sie

(Klaus Schlie)

blockieren sich weiterhin gegenseitig. Leider blockieren Sie auch unser Land. Das wird aber irgendwann zu Ende sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Schlie, das Problem der CDU ist, dass sie verwöhnt ist. Die CDU kennt das im Landtag so, dass Regierungsfractionen, Regierung oder die FDP-Fraktion Vorschläge macht und sie diese ablehnt. Sie stellen sich hier hin, Herr Schlie, und fragen, warum wir nicht nach zwei Jahren einen interfraktionellen Vorschlag vorliegen haben. Hierzu frage ich: Wo ist denn nach zwei Jahren Beratung der Vorschlag der CDU, der tauglich ist, darüber zu beraten? Wo ist er denn? Sie haben nichts in der Hand. Im Innen- und Rechtsausschuss haben Sie sich enthalten,

(Klaus Schlie [CDU]: Sie reden wider besseren Wissens !)

weil Sie nicht wissen, was Sie wollen, weil Sie keinen Vorschlag haben. Sie haben sich enthalten. Nichts, null! Was machen Sie denn heute hier?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich bin gespannt auf Ihr heutiges Abstimmungsverhalten. Vielleicht ist es einheitlich, vielleicht aber auch nicht. Ich lasse mich überraschen. So viel zur CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Klaus Schlie [CDU]: Sie sind doch die Blockiererin!)

Lange haben wir beraten und nun dürfen wir endlich über den Gesetzentwurf abstimmen. Wir werden diesen Gesetzentwurf ablehnen. Mit der Ablehnung des heutigen Gesetzentwurfes sind wir einen Schritt weiter, denn nun können wir endlich beraten, und zwar nicht nur darüber, ob wir pauschal alle Standards ablehnen - das ist der Streitpunkt -, sondern ob wir einzelne Standards aufheben.

Ich stelle einfach einmal die Behauptung auf, dass die FDP überhaupt nicht weiß, welche Standards sie bei dieser pauschalen Aufhebung aufheben will. Das ist ja ein Riesenberg. Ich würde mich freuen, Herr Hildebrand, wenn Sie uns einmal beispielhaft 20 Standards nennen würden, die Sie aufheben wollen.

(Zuruf von der FDP: 18!)

Kommen sie nach vorn, sagen Sie mir beispielhaft 20 Standards und lassen Sie dabei einmal das Kindertagesstättengesetz außen vor. Dann gucken wir einmal, welche Vorschläge Sie im Detail haben.

Nach meiner Kenntnis sind die Standards, die wir in Verordnungen und Erlassen des Landes haben, über Jahrzehnte festgeschrieben worden. Sie werden zum Teil nicht überprüft, was falsch ist. Ich bin für Überprüfungen im Einzelnen. Aber ich sage auch: Es gibt **Qualitätsstandards**, die das Land setzt, zu denen meine Fraktion explizit steht.

Ich nenne das **Kindertagesstättengesetz**, das ja immer der Brocken ist, den Sie bei der Standardfreigabe sozusagen als größte Einsparsumme nennen. Gerade die Diskussion um PISA hat gezeigt, wie wichtig es ist, in den Kindertagesstätten, im Vorschulbereich erstens den Bildungsauftrag festzuschreiben und zweitens pädagogische Qualitätsstandards festzuschreiben. Das ist absolut notwendig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn der Landesgesetzgeber als freiwillige Leistung 53 Millionen € für die Kindertagesstätten zahlt, hat er auch das Recht zu sagen, dass pädagogische Standards auf der Gegenseite erwartet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Große Anfrage zu den Kindertagesstätten hat es ja gezeigt: Wenn 67 % der Kindertagesstätteneinrichtungen sagen, dass sie kein definiertes pädagogisches Konzept für ihre Einrichtung aufgestellt haben, dann müssen wir als Landesgesetzgeber in einigen Bereichen sogar noch deutlicher hinterfragen, wie die Gesetze, beispielsweise der Bildungsauftrag im Kindertagesstättengesetz, umgesetzt werden.

Ich nenne als zweites Beispiel den **Umweltbereich**. Da geht es beispielsweise um das Naturschutzgesetz oder die Wasserwirtschaft und Wasserschutzgebiete. Natürlich setzt das Land hier bestimmte Standards, was Eingriffe, was Nutzungen betrifft, aber auch was die Wasserqualität angeht. An der Stelle sage ich ausdrücklich: Es ist richtig, dass der Landesgesetzgeber dies macht.

Mit Sicherheit gibt es auch überflüssige Standards, die abgeschafft werden können. Die können wir miteinander beraten, am besten immer anhand von konkreten Vorschlägen, weil wir der Thematik dann ge rechter werden.

(Monika Heinold)

Meine Fraktion freut sich - da sind wir vielleicht die Einzigen -, dass dieser populistische Vorschlag der FDP, von dem niemand so recht weiß, was er eigentlich bewirkt, von der linken Seite des Hauses abgelehnt wird. Ich lasse mich überraschen, was die CDU macht. An die FDP appelliere ich, uns in der Einzelberatung mit konkreten Vorschlägen zu konfrontieren. Dann schauen wir einmal, was wir machen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Heinold. Sie haben klargestellt, wie die Ausschussberatungen gelaufen sind. Das fand ich sehr erfreulich und ich darf mich Ihren Worten da gern anschließen. Der Kollege Puls hat schon ausgeführt, was die schriftliche Anhörung ergeben hat.

Der SSW bleibt weiterhin bei seiner Haltung, dass wir dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung auf keinen Fall zustimmen werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Kommunen einen generellen Anspruch auf die Befreiung von gesetzlichen Standards und Verordnungen bekommen. Dabei handelt es sich um gesetzliche Standards vom Brandschutzgesetz über das Rettungsdienstgesetz oder das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr bis hin zur Verordnung über Kindertageseinrichtungen. Man muss sich klarmachen, dass alle unsere Regelungen umfasst werden, die auch wir als Landtag beschlossen haben.

Durch einen einfachen Antrag sollen die **Kommunen** nach Maßgabe des Gesetzes die Möglichkeit bekommen, innerhalb von drei Monaten eine **Befreiung** von einem der auch von uns zum Teil festgesetzten **Standards** zu erreichen. Dieser Antrag darf nur dann abgelehnt werden, wenn durch das Aussetzen der Standards eine Gefahr für Leib und Leben von Menschen und sonstiger Rechtsgüter entstehen würde. Wir haben schon in der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass diese Formulierung sehr fraglich ist.

Wenn der Antrag auf Befreiung von der Landesregierung aus anderen Gründen als vorgesehen verweigert wird, muss das Land dem Antragsteller die aus der Beibehaltung entstehenden Mehrkosten erstatten. Hier tritt noch einmal klar zutage, was dieses Gesetz eigentlich bewirken soll und bewirken wird. Am Ende

dreht es sich um ein Gesetz, das dazu dient, mögliche Kosten der Kommunen zu senken.

Im Prinzip sind wir natürlich auch dafür, dass den Kommunen weniger Kosten auferlegt werden. Aber die Sache hat einen entscheidenden Haken: Eine Aufhebung der Standards wird natürlich zu einer Senkung der Qualität und einer unterschiedlichen Qualität in verschiedenen Gemeinden sowie in einigen Bereichen zur Absenkung der Sicherheit führen und das darf nach unserer Ansicht nicht sein.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten zum Beispiel das Kindertagesstättengesetz, mit dem Bandbreiten bei den Standards vorgegeben werden, für richtig. Es gibt da durchaus Variationsmöglichkeiten. Das sollte man sich bei einigen Standards wirklich noch einmal vor Augen führen.

Die FDP hat im Landtag und in den Ausschüssen argumentiert, keine Kommune wäre bereit, den bisherigen Preis zu zahlen. Dabei hat sie aus unserer Sicht aber eines nicht berücksichtigt, nämlich die heutige Finanzlage vieler Kommunen, die so dramatisch ist, dass man vielerorts möglicherweise sehr schnell Anträge auf **Standardbefreiung** stellen wird, auch in sensiblen Bereichen.

Wir meinen, dass dies der falsche Weg ist, die Finanzprobleme der Kommunen zu lösen, und plädieren stattdessen für eine Finanzreform, die endlich den Kommunen einen angemessenen finanziellen Handlungsspielraum verschafft.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu kommt, dass sich das Land durch dieses Gesetz als Gesetzgeber quasi aus der Verantwortung stiehlt. Denn warum sind diese Standards in den Gesetzen enthalten, wenn sie am Ende keiner einhält? Mit diesem Gesetz würden wir uns im Übrigen als Parlament selber ein Stück überflüssig machen, denn auch wir setzen die Standards. Das sollte man nicht vergessen.

Vor diesem Hintergrund bleibt es bei der ablehnenden Haltung. Ich darf mich auch den Worten von Frau Heinold anschließen. Kompromisse waren wirklich nicht in Sicht. Auch nach den eingeholten schriftlichen Stellungnahmen ergab sich eindeutig, dass die angehörten Verbände keine Änderung wünschen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält jetzt Herr Minister Buß.

Klaus Buß, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden uns hier immer wieder mit Standardöffnungen im kommunalen Bereich zu befassen haben, aber der materielle Weg dahin ist - wie auch diese Debatte zeigt - offensichtlich nicht ganz einfach.

Schon vor zwei Jahren - da hat mich Herr Schlie leider unvollständig zitiert - habe ich gesagt, dass der Gesetzentwurf der FDP zur Standardöffnung nicht der richtige Weg ist, um den Kommunen mehr Gestaltungsspielräume zu verschaffen oder die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Der unveränderte Entwurf ist in den letzten beiden Jahren nicht besser geworden und an meinen rechtlichen Bedenken hat sich nichts geändert. **Öffnungs- und Freistellungsklauseln** müssen hinreichend bestimmt sein und genau erkennen lassen, unter welchen Voraussetzungen die öffentliche Verwaltung zu welcher Entscheidung befugt ist. Das fehlt im Gesetzentwurf völlig. Auf alle anderen Schwächen weise ich nicht noch einmal hin.

In den letzten zwei Jahren hat sich auch gezeigt, dass der Gesetzentwurf nicht nur theoretisch, sondern genauso in seiner praktischen Anwendung unbrauchbar ist. In Mecklenburg-Vorpommern - darauf ist hingewiesen worden -, dessen Standardöffnungsgesetz dem FDP-Entwurf weitgehend entspricht, ist das Gesetz seit September 2000 in Kraft und hat damit bereits fast die Hälfte seiner Laufzeit hinter sich. Ganze drei - drei! - Gemeinden von insgesamt 1.000 haben einen Antrag auf Befreiung von Standards gestellt. Das zeigt nach meiner Einschätzung ganz deutlich: Dieses Gesetz ist nicht praxisnah und man kann schon gar nicht von irgendeinem Erfolg im Bereich des Standardabbaus sprechen. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Klaus-Peter Puls
[SPD])

Wir sollten daher den Gesetzentwurf nach wie vor als das begreifen, was er ist, lediglich eine Anregung, sich weiter und möglichst konsequent mit dem Abbau von Standards zu befassen.

Herr Schlie hat hier einen Vorschlag von mir zitiert, völlig richtig, das wäre ein formaler Weg, der materielle Inhalt eines solchen Weges wäre im Ausschuss zu beraten gewesen. Der Ausschuss hat das nach meiner Kenntnis aber nicht verfolgt.

Der von der Landesregierung begonnene Weg ist aus meiner Sicht der Bessere, nämlich die landesweite Öffnung von Standards für alle Gemeinden in den

jeweiligen Verordnungen oder Gesetzen. Das heißt nicht - auch das ist in der Debatte deutlich geworden -, dass alle Standards für eine Öffnung geeignet sind. Wir wollen nicht alle, teilweise mühsam erreichten Standards, zum Beispiel im sozialen und Umweltbereich, aufgeben.

Herr Hildebrand, zu Ihren Hinweisen zu Hessen! Ich habe nachgefragt, was das für Verordnungen sind, die in Hessen aufgehoben worden sind. Das sind zu 99,9 % Verordnungen, in denen über Jahre festgelegt ist, zum Beispiel wann die Ferien beginnen und enden, und die nie formal aufgehoben worden sind. Daraus hat man einen tollen PR-Gag gemacht, dem Sie aufgesessen sind. Ich bringe Ihnen morgen gern das Material mit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Doch ich verhehle auch nicht, dass es im Bereich der **Deregulierung** immer noch einiges zu tun gibt.

(Beifall bei der FDP)

Die Landesregierung hat bereits einen immerhin beachtlichen Standardabbau vorgenommen. Es wurde eine Reihe von Verordnungen überarbeitet und die Vorschläge der **Lenkungsgruppe** zur Überprüfung von Regulierungen und Standards sind nahezu abgearbeitet.

Selbst durch die jüngst vorgenommene Änderung im Kommunalwahlrecht ist mehr Erfolg erzielt worden, als das mit dem Gesetzentwurf der FDP je möglich wäre. So wurde zum Beispiel in der Gemeinde- und Kreiswahlordnung auf das Beanstandungsrecht der Kommunalaufsichtsbehörde bei Entscheidungen der Wahlleiterinnen und Wahlleiter im Rahmen des Listennachfolgeverfahrens verzichtet; auch wurden Bestimmungen über die Ausgabe von Wahlscheinen gelockert und Anforderungen an Bekanntmachungen verringert. Auf die Durchführung der Kommunalwahlstatistik wird künftig ebenfalls verzichtet.

Das sind einige Beispiele dafür, wie man formal und auch materiell einen Weg gehen kann. Wir werden versuchen, diesen Weg konsequent fortzusetzen und möglichst viele Standards zugunsten der Kommunen zu lockern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Da der Ausschuss Ablehnung des Gesetzentwurfes empfiehlt, lasse ich jetzt über den Gesetzentwurf selbst abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von FDP bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

(Zurufe)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2033

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion bringt in dieser Landtagstagung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes mit dem Ziel ein, die Gründung freier Schulen in Schleswig-Holstein künftig zu erleichtern. Wir tun dies, weil Schleswig-Holstein in diesem Bereich im bundesweiten Vergleich einen erheblichen Nachholbedarf hat. Schleswig-Holstein ist das westliche Bundesland mit der geringsten Dichte an Ersatzschulen in freier Trägerschaft, wenn man - und das muss man aus Gründen der Systematik tun - die dänischen Schulen abrechnet, die nach ihrem eigenen Verständnis die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit sind und deshalb auch anders bezuschusst werden.

Wir glauben, dass diese Unterversorgung nicht mehr den gesellschaftlichen Gegebenheiten im Land entspricht. Immer mehr Eltern fragen **differenzierte Schulangebote** nach; ganz einfach aus dem Grund, weil die Gesellschaft immer differenzierter wird.

Immer mehr Eltern sind bereit, für eine wunschgemäße Erziehung und Beschulung ihrer Kinder einen zeitlichen und finanziellen Mehraufwand in Kauf zu nehmen.

Lassen Sie mich sozusagen präventiv an dieser Stelle gleich etwas zu dem finanziellen **Eigenbeitrag** sagen. Wir reden, was die **freien Schulen** in Schleswig-Holstein angeht, für die allermeisten Ersatzschulen im Land nicht über das große Geld. In der Regel er-

heben die freien Schulen in Schleswig-Holstein ein Schulgeld, das dem Kindergartenbeitrag in den Städten entspricht. Die freien Schulen in Schleswig-Holstein - das sei an dieser Stelle gesagt - leben in erster Linie nicht von dem Entgelt, das sie bekommen, sondern von dem Engagement der Eltern und der Lehrkräfte. Den Eltern liegt vor allem an einer bestimmten Erziehung ihrer Kinder, nicht so sehr an einem bestimmten Wissen. Die allermeisten freien Schulen zeichnen sich durch ein pädagogisches Profil aus und unterbreiten deshalb ein schulisches Angebot, das staatliche Schulen von ihrem Auftrag her weder bieten können noch eigentlich bieten sollen.

Diese Gesetzesinitiative ist deshalb kein Misstrauensantrag gegen das öffentliche Schulwesen.

(Unruhe - Martin Kayenburg [CDU]: Schule interessiert offenbar keinen, oder?)

Vielmehr sehen wir darin eine Reaktion auf ganz konkret vorhandene Überlegungen zur Gründung von Schulen in freier Trägerschaft beziehungsweise zur Ausweitung bestehender Angebote.

Lassen Sie mich angesichts der Tageszeit in der gebotenen Kürze auf die Einzelheiten unseres Gesetzentwurfes zu sprechen kommen.

Wir wollen mit unserem Antrag künftig die Wartezeit bis zum Einsetzen der staatlichen Bezuschussung von derzeit vier auf zwei Jahre verkürzen. Wir glauben, dass die derzeitige vierjährige Wartezeit, die auch im bundesweiten Vergleich sehr lang ist, eine unangemessen hohe Hürde bei der Gründung von neuen freien Schulen in Schleswig-Holstein darstellt. Wir glauben, dass auch die Hälfte der Zeit ausreicht, um die **finanzielle Leistungsfähigkeit** eines **Schulträgers** unter Beweis zu stellen. Wir wollen allerdings die Wartezeit verkürzen und nicht aufheben, weil auch wir glauben, dass ein freier Träger sehr wohl seine Bonität unter Beweis stellen muss, bevor eine staatliche Bezuschussung einsetzt. Insofern ist unsere Maßgabe hier Verkürzung, nicht Abschaffung.

Nun hat sich die Kollegin Schümann in einer ersten Reaktion auf den Gesetzentwurf in Bildungspolitik versucht und geäußert, dass sich das Land eine solche Regelung nicht leisten könne. Dem halten wir entgegen, dass letztlich selbst bei einem früheren Einsetzen der staatlichen Bezuschussung Schüler freier Schulen für das Land immer noch kostengünstiger sind als Schüler staatlicher Schulen. Anfang der 90er-Jahre - so glaube ich - hat es ja auch einmal eine Anfrage der Kollegin Volquartz gegeben, bei der in der Antwort die Berechnung angeführt wurde, dass die Stadt Kiel ein weiteres Gymnasium unterhalten müsste, wenn es hier in Kiel keine freien Schulen geben würde.

(Jost de Jager)

Wir wollen - das möchte ich an dieser Stelle auch sagen - an der Höhe der Bezuschussung, nämlich 80 % des üblichen Satzes, festhalten, weil wir glauben, dass das auch den Maßgaben von Ersatzschulen in freier Trägerschaft sehr wohl aus finanzpolitischen und grundsätzlichen Gründen entspricht.

Es ist ohnehin nicht davon auszugehen, dass es eine unbeherrschbare Gründerwelle geben wird, was freie Schulen anbelangt, sondern es geht um einen ganz konkreten Bedarf. Deshalb ist uns ein zweiter Punkt unseres Antrages wichtig. Wir wollen für diejenigen Schulen, die bereits ein Schulangebot unterhalten, vollends auf die **Wartezeit** verzichten, wenn sie ein weiteres Schulangebot aufmachen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Ich danke für den Enthusiasmus der Fraktion.

Derzeit ist es so, dass für jedes weitere Angebot tatsächlich eine neue Wartezeit notwendig wird. Das halten wir für nicht erforderlich. Deshalb wollen wir diese Regelung ändern. Das ist ein wichtiger Punkt, weil das dazu führen würde, dass bestehende Schulen ihr Angebot ausweiten können, ohne sich einer neuen Hürde dergestalt aussetzen zu müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen, dass Artikel 2 unseres Gesetzes von besonderer Bedeutung ist, weil er nämlich die Gründung weiterer Schulen in einen **Schulentwicklungsplan** einbettet, der mit den Kommunen abgestimmt sein muss. Wir nehmen damit Rücksicht auf Signale, die wir von den Kommunen und von den kommunalen Landesverbänden bekommen haben, die sagen, dass sie nichts gegen weitere freie Schulen haben, wenn sichergestellt ist, dass sie in die Planung für die Schulträger der staatlichen Schulen auch selbstständig einbezogen sind. Darauf nehmen wir gern Rücksicht und wir hoffen - nachdem es ja schon eine Unterstützung durch die FDP und die Grünen gegeben hat -, dass wir diesen Gesetzentwurf sehr zügig beraten können, damit er auch schon zum kommenden Schuljahr 2003/2004 in Kraft treten kann. Ich glaube, wir werden dann dadurch auch einen Beitrag dazu leisten, dass sehr kurzfristig auch zusätzliche freie Träger neue Schulangebote machen können.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Land Schleswig-Holstein zahlt an 30 allgemeinbildende und 16 berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft Zuschüsse von rund 33 Millionen € und für die Privatschulen in Hamburg, die von Schülerinnen und Schülern des Landes Schleswig-Holstein besucht werden, rund 3,8 Millionen €. Wir wissen um die Leistungsfähigkeit der privaten Schulen in unserem Land. Sie bereichern unsere Schullandschaft außerordentlich.

Der **Landeszuschuss** fließt bei den **Privatschulen** vier Jahre nach der ersten Genehmigung. Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, sieht eine Verkürzung der Wartezeit auf generell zwei Jahre vor. Das würde de facto bedeuten, dass die privaten Schulen wegen der fehlenden aufsteigenden Klassen künftig um zwei Drittel der bei ihnen entstehenden Kosten entlastet würden. Vier Jahre Wartezeit sind zugegebenermaßen eine hohe Hürde, die zu nehmen ist. Diese Wartezeit ist im Vergleich zu anderen Bundesländern sicherlich länger, dafür ist aber die anschließende Förderung durch das Land Schleswig-Holstein umso komfortabler.

Ein solches Verfahren mit einer ausreichenden **Wartezeit** ist nach unserer Auffassung auch nötig. Private Schulträger müssen ausreichend Finanzkraft und Durchhaltevermögen haben, um ihren selbst gestellten Bildungsauftrag auch langfristig erfüllen zu können.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

Insbesondere Schüler und Eltern brauchen die Sicherheit, damit die Schülerinnen und Schüler das eingegangene Schulverhältnis auch mit dem angestrebten Schulabschluss abschließen können und nicht auf halbem Weg wieder von einer öffentlichen Schule aufgenommen werden müssen.

Alle in unserem Lande gegründeten Privatschulen haben dieses Verfahren durchstehen müssen. Das zeigt uns, dass das Verfahren und die Wartezeit bei der Gründung einer anerkannten Ersatzschule kalkulierbar und auch zumutbar sind. Letztlich würde die Halbierung der Wartezeit künftig für alle denkbaren Privatschulträger gelten, auch für solche, die wir uns als Bildungspolitiker heute vielleicht gar nicht so recht wünschen.

Erlauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einige Anmerkungen zum vorliegenden Gesetzentwurf der CDU-Fraktion. Seit fast einem Jahrzehnt werden im Rahmen der Regelung des Schullastenaus-

(Dr. Henning Höppner)

gleichs die **Wohnsitzgemeinden** der Schülerinnen und Schüler an **Privatschulen** mit einem 80-prozentigen Schulkostenbeitrag zur Finanzierung der Privatschulen herangezogen. Das heißt, dass die Gemeinden des Landes für die Schülerinnen und Schüler aus ihrer Gemeinde mit an der Finanzierung von Privatschulen beteiligt sind. Im Bereich der Sonderschulen und der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft werden die Kreise veranlagt. Somit hat die Errichtung und Genehmigung einer Privatschule durchaus finanzielle Auswirkungen auf die Gemeindehaushalte.

Einerseits sind diese als Schulträger verpflichtet, eigene Schulen vorzuhalten und zu unterhalten. Das bedeutet, dass jeder Schüler, der nicht auf die vorhandene gemeindliche Schule geht, zu einer neuen Kostenstelle in einem Gemeindehaushalt führt. Da auch private Schulen in der Regel einen regionalen Einzugsbereich haben, kann das vor Ort schon zu erheblichen Verwerfungen in den Gemeindehaushalten führen. Es ist nach unserer Auffassung daher ausgesprochen wichtig, die kommunale Ebene in diese Diskussion um den Gesetzentwurf einzubeziehen; denn immerhin sind die Gemeinden des Landes heute schon mit gut 7 Millionen € an der Privatschulfinanzierung beteiligt.

Einen, lieber Kollege de Jager, in Ihrem Entwurf angesprochenen Aspekt kann ich allerdings gut nachvollziehen. Das ist die Frage der **Verkürzung der Wartezeit** bei bestehenden und vom Land geförderten Ersatzschulen, wenn diese aus ihrem Schulbetrieb heraus oder aufgrund des pädagogischen Bedarfs etwa Förderklassen oder Fachklassen einrichten wollen. Ich denke, dann sollte man diese Zeit durchaus verkürzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Freude, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, stelle ich fest, dass Sie die **Schulentwicklungsplanung** in diesem Gesetzentwurf als notwendiges Instrument der Bildungsplanung einstufen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich darf Sie an dieser Stelle nur an Ihren Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts in der Drucksache 15/657, Seite 44 unten erinnern.

(Holger Astrup [SPD]: Wann war das, Herr Kollege?)

- Den Entwurf haben wir erst in der letzten Sitzung behandelt.

(Holger Astrup [SPD]: Ach ja!)

Da ist nämlich Folgendes nachzulesen - ich zitiere -:

„Die bisher gesetzlich vorgeschriebene Schulentwicklungsplanung ist ... abzuschaffen.“

Glückwunsch, liebe Kollegen, zur wiedergewonnenen Erkenntnis über die Notwendigkeit der Schulentwicklungsplanung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich auf eine angeregte Diskussion im Bildungsausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Artikel 7 Abs. 4 des Grundgesetzes gewährt den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland das Recht, Schulen in freier Trägerschaft zu errichten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das schleswig-holsteinische Schulgesetz verhindert aber durch die bisherige Fassung des § 60 de facto die Wahrnehmung dieses Rechts, indem es bis zur Gewährung staatlicher Finanzhilfe eine vierjährige **Wartefrist** vorschreibt. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, hat diese vom Land bislang verordnete finanzielle Durststrecke für die Gründung **nicht staatlicher Schulen** eine kaum zu überwindende Hürde aufgebaut.

Die FDP-Landtagsfraktion hat deshalb sowohl in der letzten wie in der vorletzten Wahlperiode des Landtages die ersatzlose Streichung dieser Wartefrist beantragt. Für diese in den 90er-Jahren gestellten Anträge haben wir zweimal keine Mehrheit gefunden.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf der Union, der in einem wesentlichen Punkt darauf abzielt, die Wartefrist auf zwei Jahre zu halbieren, ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn wir - das möchte ich ausdrücklich betonen - an unserer weitergehenden Zielsetzung weiterhin festhalten. Es ist nicht einzusehen, weshalb einem freien Träger, der ansonsten die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt, die vom Bun-

(Dr. Ekkehard Klug)

desverfassungsgericht wiederholt als unabdingbar bezeichnete **Finanzhilfe** versagt bleiben soll.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der heute in erster Lesung zu beratende Gesetzentwurf sieht außerdem vor, dass auf eine Wartefrist vollständig verzichtet wird, sofern eine bestehende Schule durch einen neuen Zweig oder eine neue Fachrichtung erweitert werden soll. Diesen Vorschlag begrüßen wir uneingeschränkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer Zeit, in der sich das Schulwesen, gerade was die öffentlichen Schulen angeht, in vielfältiger Weise auf neue Anforderungen einzustellen hat und sich weiterentwickelt, ist es einfach nicht einzusehen, dass die derzeitige Regelung, die dahin gehend extensiv ausgelegt wird, dass jede Änderung im Bereich der freien Schule sozusagen zu einem Neubeginn der vierjährigen Wartefrist führt, die freien Schulen in ihrer Weiterentwicklung behindert. Die geltende Rechtslage bringt eine eindeutige Diskriminierung für die freien Schulen mit sich. Deshalb begrüßen wir, wie gesagt, den Vorschlag der Union, in diesem Fall ganz auf eine Wartefrist zu verzichten, ausdrücklich.

Artikel 2 des Gesetzentwurfs der Union fordert, dass die Schulen freier Träger in die regionale **Schulentwicklungsplanung** einbezogen werden sollen. Das ist ein vernünftiger Vorschlag. Abgesehen davon habe ich dies bereits 1998 in der Schulgesetzdebatte der 14. Wahlperiode vorgeschlagen.

Der vorliegende Gesetzentwurf deckt nicht alle Bereiche ab, die im Sinne der Schulen freier Träger neu geregelt werden müssten. In wichtigen Punkten aber streben die unterbreiteten Vorschläge nach einem höheren Maß an Fairness, nach mehr Gerechtigkeit in der Landesgesetzgebung, was die Stellung der Schulen freier Träger angeht. Ein Fortschritt wäre ein solcher Gesetzesbeschluss auf der Basis des Gesetzentwurfs der Union allemal.

Vielleicht gibt die parlamentarische Beratung Gelegenheit, auch andere Themen noch einmal anzudiskutieren, die in der schulpolitischen Debatte aktuell angesprochen werden. Ich denke etwa an die Frage: Wie ist die finanzielle Ausstattung der Schulen freier Träger dann, wenn Kinder mit **sonderpädagogischem Förderbedarf** in diesen Schulen unterrichtet werden sollen? Die Regelung im staatlichen Schulwesen sieht vor, dass in einem nicht geringen Umfang Lehrkräfte von Förderzentren, also Lehrkräfte aus dem Sonderschulbereich, an die Grundschulen abgeordnet werden und als zusätzliche pädagogische Spe-

zialisten den Unterricht in Grundschulen mitgestalten. Diese Angebote müssten auch im Bereich der freien Schulen entsprechend finanziell abgesichert sein. Da ist die derzeitige Regelung im Schulgesetz noch nachbesserungsbedürftig. Vielleicht ist dies ein weiterer Punkt, über den man in der Gesetzesberatung im Bildungsausschuss noch einmal eingehend diskutieren kann.

Ich würde mich freuen, wenn wir auf der Basis des Gesetzentwurfs, den die CDU-Fraktion eingebracht hat, eine substantielle Verbesserung für die Schulen freier Träger in diesem Land erreichen könnten.

(Beifall bei FDP, CDU und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schulen in freier Trägerschaft - das gilt es hier erst einmal festzuhalten - sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. In Schleswig Holstein sind sie keineswegs, wie oft in Vorurteilen kolportiert, Institute der Schönen und der Reichen. Vielmehr zeugen die sozial gestaffelten Elternbeiträge der allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft und das Bemühen um Kinder mit besonderem Förderbedarf von besonderem sozialem Engagement dieser Schulen.

Die Bewegung für eine Humane Schule, die wesentlich von freien Schulen getragen wird, hat darüber hinaus in den staatlichen Schulen wichtigen pädagogischen Reformen den Weg bereitet. Autonomie der Schule, Schulprofil, Engagement der Eltern in der Schule, Einbeziehung auch von neuen pädagogischen Konzepten, all dies, was wir für die allgemein bildenden Schulen in Schleswig-Holstein inzwischen flächendeckend fordern und fördern und was langsam Realität wird, haben uns eine Reihe von **Schulen in freier Trägerschaft** vorgelebt; sie tun es heute noch. Nicht umsonst hospitieren Pädagoginnen und Pädagogen gern, um zu erfahren, was es denn heißt, zum Beispiel binnendifferenzierten Unterricht zu machen oder wie es gelingen kann, einen ganzen Tag durch Abwechslung von Unterricht und anderen Aktivitäten der Kinder und Jugendlichen zu gestalten.

Deshalb finden wir den Vorschlag der CDU - das wird Sie nicht überraschen -, die lange **Wartezeit**, während der neue freie Schulen sich zu beweisen haben, ohne während dieser Wartezeit noch hinterher

(Angelika Birk)

mit öffentlichen Zuschüssen rechnen zu können, zu verkürzen, sehr diskussionswürdig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Torsten Geerds
[CDU])

Es ist kein Geheimnis, dass die Koalitionspartner an dieser Stelle nicht immer einer Meinung sind. Umso mehr freue ich mich, Herr Höppner, dass Sie es ähnlich wie Herr de Jager und auch Herr Dr. Klug für das Thema Förderschulen oder auch für sonstige fachliche Erweiterungen der schon bestehenden Schulen in freier Trägerschaft es auch nicht opportun finden, lange Wartezeiten einzuführen. Wenn wir auf der einen Seite sagen, dass sich die Schulen insgesamt **der Integration der Förderschüler**, der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf, mehr annehmen sollten, und ihnen dazu Anreize in Form von Fortbildung, Handreichungen, Zuweisung von Lehrerinnen und Lehrern und dergleichen bieten, dann ist es schon absurd, wenn auf der anderen Seite Schulen, die das aus eigenem Antrieb unter ganz anderen finanziellen Bedingungen tun, dafür mit Wartezeiten bestraft werden sollen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Situation, die wir im Augenblick vorfinden, im Schulgesetz so beabsichtigt war.

Insofern hoffe ich, dass wir hier zu einer guten Regelung kommen, die das, was das Schulprofil aussagt, auch für die Schulen in freier Trägerschaft umsetzt.

In der Frage der grundsätzlichen **Neugründung** ist es so, dass wir daran interessiert sind, zu erfahren, wie es in anderen Ländern aussieht. Das gilt sowohl für die Neugründung als auch für die **Finanzierung**. Es steht hier die Behauptung im Raum, dass Schleswig-Holstein zwar eine lange Wartefrist hat, aber für eine bessere Finanzierung sorgt als andere Länder. Zumindest für Hamburg mag das zutreffen. Denn das Wahlversprechen, das von der jetzigen Regierung abgegeben wurde, ist nicht eingehalten worden. Die Schulen in freier Trägerschaft warten vergebens auf die zugesagte bessere Finanzierung. Ich möchte mich hier aber nicht auf Hamburg konzentrieren. Wir sollten wirklich darauf achten, wie wir hier im Bundesvergleich dastehen.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass auch mir die **Wartezeit** von vier Jahren ohne Förderung als sehr lang erscheint. Denn wir müssen überlegen: Wer kann es sich leisten, eine solche Schule neu zu gründen? Entweder sind es diejenigen, die eine starke Institution im Rücken haben, zum Beispiel die Kirchen, oder es sind diejenigen, die tatsächlich sehr reich sind, oder es sind diejenigen, die bereit sind, ein sehr, sehr

großes Risiko einzugehen. Denn diese Institutionen bekommen das Geld ja nicht rückwirkend zurück, sondern müssen tatsächlich vier Jahre eigenwirtschaftlich arbeiten.

Gerade wenn wir wollen, dass die Schulen in freier Trägerschaft keine Eliteinstitutionen sind, sondern den gesamten Kreis der Bevölkerung widerspiegeln und offen für diesen sind, dann dürfen wir keine finanziellen Hürden schaffen, die das ausschließen.

Insofern hoffe ich, dass es uns wie in der Vergangenheit gelingt, mit unserem Koalitionspartner zu einer sachlichen Beurteilung der Lage und zu einem fairen Ergebnis zu kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon bei der Präsentation des vorliegenden Gesetzentwurfs im Juli gesagt, dass der SSW den Vorstoß des Kollegen de Jager im Prinzip begrüßt. Denn der Vorschlag, die **Wartezeit** der **Privatschulen** zu verkürzen und zu neuen Ersatzschulen schneller Zuschüsse zu den laufenden Sach- und Personalkosten zu ermöglichen, weist in die richtige Richtung.

Der SSW setzt sich bekanntlich für die Einführung einer ungeteilten Schule von der ersten bis zur neunten Klasse mit der Möglichkeit eines freiwilligen 10. Schuljahres ein. Das tun wir aus einer ganzen Reihe von Gründen, die ich in diesem Hause schon so oft genannt habe, dass ich davon Abstand nehme, sie heute zu wiederholen.

Ein wichtiger Punkt verdient hervorgehoben zu werden. Die entscheidende Pointe - ich weiß, auch das habe ich schon gesagt - ist nämlich, dass wir dadurch ein Schulwesen erhielten, das schnell auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren könnte, weil dann nicht alles erst durch alle Schularten durchdekliniert werden müsste. Das gilt auch für die Lehraus- und -weiterbildung.

Doch was nun, wenn sich Eltern für ihre Kinder eine andere Art von Schule vorstellen? Die andere Seite unserer Forderung nach einer ungeteilten Schule ist daher die Forderung nach einem Privatschulgesetz, das klare Richtlinien für die Finanzierung solcher Schulen hergibt. Nördlich der Grenze heißt das unter anderem, dass es um eine Finanzierung der Schulbaukosten und der Schülerbeförderung geht.

(Anke Spoorendonk)

Hier in Schleswig-Holstein wurde die Finanzierung der freien Schulen im letzten Haushaltsjahr so geregelt, dass die Schulen zunächst eine finanzielle Planungssicherheit für die nächsten Jahre erreichen. Das haben wir begrüßt und mitgetragen.

Für die Schulen der dänischen Minderheit war dies nach dreijähriger Festschreibung der Schülerkostensätze auch überlebenswichtig. Denn die dänischen Schulen im Landesteil Schleswig sind schulrechtlich gesehen Privatschulen oder öffentlich anerkannte Ersatzschulen. Inhaltlich sind unsere Schulen eher als öffentliche Schulen für den dänischen und den nationalfriesischen Bevölkerungsteil zu definieren. Unsere Schülerinnen und Schüler haben anders als beispielsweise die Waldorfschüler keine andere Wahl, als die Schulen von Dansk Skole Foreninger zu besuchen. Das heißt, unsere Forderung nach einem richtigen **Privatschulgesetz** hat mehr mit Schulpolitik als mit Minderheitenpolitik zu tun. Diese Klarstellung wollte ich gern hinzufügen.

Ein richtiges Privatschulgesetz bedeutet aus unserer Sicht, dass wir keine Gesetzesänderung gutheißen können, die einer Privatisierung des öffentlichen Bildungsauftrags gleichkommt.

(Beifall bei der SPD)

Die Begründung für die Einführung von Privatschulen darf nicht sein, dass das für das Land billiger ist.

Die **Finanzierung** der Privatschulen ist in vielen Bundesländern wegen der Haushaltsprobleme bekanntlich ein Thema. Das wissen wir. Das ist in Schleswig-Holstein nicht anders; auch das ist schon gesagt worden. Angesichts der angespannten Finanzsituation des Landes muss sich der Kollege de Jager die Frage gefallen lassen, wie eine Halbierung oder gar ein Wegfall der Wartezeit im Rahmen der staatlichen Bezuschussung zu finanzieren ist.

Das Problem mit der Wartezeit ist auf der einen Seite, dass durch die lange Wartezeit freie Schulen gegründet werden, die eine echte Überlebenschance haben. Auf der anderen Seite ist richtig - was auch schon angeklungen ist -, dass man durch die lange Wartezeit Eltern die Möglichkeit verweigert, eine freie Schule zu gründen. Beides ist problematisch.

Darum sage ich aus unserer Sicht noch einmal: Wenn wir die Wartezeit reduzieren oder ganz wegfallen lassen und dadurch eine schlechtere Finanzierung der freien Schulen erhalten, dann werden wir letztlich nur freie Schulen erhalten, die für gutsituierte Eltern da sind. Das ist das Problem. Damit müssen wir uns auseinander setzen. Der Teufel steckt also im Detail.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde aber, es ist gut, wenn wir uns im Bildungsausschuss gründlich und vorurteilsfrei mit diesem Gesetzentwurf befassen. Ich denke, das werden wir tun. Vielleicht können wir auch einen Kompromiss aushandeln.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe bei der Rede und der öffentlichen Begründung dessen, Herr de Jager, was Sie hier eingebracht haben, genau zugehört und mich gefragt: Wo ist denn eigentlich die bildungspolitische Begründung? Ich bin aus dem, was Sie gesagt haben, nicht ganz schlau geworden. Gibt es bei Ihnen einen bildungspolitischen Gesinnungswandel? **Privatschulen** und **freie Schulen** haben bei der **Union** in der Vergangenheit ja nicht gerade die besten Freunde gehabt; das ist Fakt. Wir sind uns in weiten Teilen ja durchaus ähnlich, das staatstragende und öffentliche Schulsystem sehr schätzend.

Also entweder hat es einen Sinneswandel gegeben. Dann lohnt es sich, sich darüber bildungspolitisch auseinander zu setzen. Oder Sie haben mit Betroffenen Gespräche geführt, was dann in diesen Antrag eingemündet ist. Dies kann ich mir am ehesten vorstellen. Deswegen will ich jetzt auf Bekenntnisse zum Wert der freien Schulen und so weiter verzichten und auf ein paar schlichte Fakten hinweisen.

Ich wundere mich über diese Diskussion, die auf Folgendes hinausläuft. Angesichts absehbar sinkender **Schülerzahlen** in Schleswig-Holstein, von denen wir wissen, dass diese Abnahme im Jahr 2006 beginnen wird - das setzt sich dann von den Grundschulen nach oben hin fort -, und angesichts unmittelbar eintretender Mehrkosten muss man Folgendes berücksichtigen.

(Die Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [FDP] unterhalten sich)

- Lieber Kollege Astrup, es stört mich, wenn du vor dem Kollegen Klug stehst. Der Kollege Klug hat da mitdiskutiert. Ich muss ihm jetzt etwas antworten können. Wenn du aber davor stehst, stört das.

(Beifall bei der SPD)

Nun muss ich noch einmal anfangen. Erstens. Die Schülerzahlen sinken absehbar, nachlesbar. Zweitens.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Wenn wir das, was Sie vorschlagen, unmittelbar umsetzen, träten unmittelbar die **Kosten** ein - ich werde Ihnen das nachher noch einmal vorrechnen -, und zwar zulasten der öffentlichen Schulen. Wie anders sollen wir das nämlich finanzieren als im letzten Jahr dadurch, dass wir Lehrerstellen in Geld für die Privatschulen umwandeln? Dann kommt von Ihnen das Argument mit der Stellenlücke. Das Spiel kennen wir. Wie sonst soll es bitte finanziert werden? Was es kostet, werde ich Ihnen gleich sagen.

Angesichts dieser Parameter plädieren Sie fast alle - den Kollegen Höppner muss ich ausnehmen - ernsthaft für eine massive Senkung sozusagen der **Hürden** und für eine Erweiterung der **Ausweisung** von freien Schulen. Darüber muss ich mich wundern.

Die Gespräche mit Betroffenen haben Ihnen offenbar eine falsche Einschätzung vermittelt. In der Entwicklung der letzten Jahre gibt es keine zunehmende Nachfrage nach privaten Schulplätzen in Schleswig-Holstein. Die Zahlen für das neue Schuljahr haben wir noch nicht. Die Anzahl der Gesamtschülerzahl ist seit 1999 sogar leicht gesunken. Derzeit beträgt das Verhältnis zwischen öffentlichen Schulen und freien Schulen 323.000:11.766. 3,5 % unserer Schüler besuchen also eine Privatschule. Wir haben ein gutes Angebot. Der Anteil der Privatschulen liegt bundesweit im Durchschnitt. Nur die Schülerzahl ist bei uns etwas niedriger.

Nun zu den Gründen oder Fragezeichen oder - wie ich auch sagen könnte - meinen Ablehnungsgründen! Mit gutem Grund - finde ich - hat dieses Parlament - es ist schon ein paar Jahre her, 1995 - die Wartefrist von seinerzeit drei Jahren auf vier Jahre verlängert. Dadurch soll den Ersatzschulen erstens genügend Zeit gegeben werden, um eine stabile, solide und bedarfsgerechte Organisationsstruktur schaffen zu können. Zweitens muss diese Wartefrist so lang sein, damit sich die tatsächliche Nachfrage zuverlässig absehen lässt.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Das gilt auch für **Erweiterungen**, nicht nur für **Neugründungen** von Schulen. Das gilt auch für einen neuen Schulzweig in einem bestehenden System.

Dieser zeitliche Vorlauf ist, Frau Birk - mit Verlaub - ist keine Strafe, wie Sie gesagt haben, ist auch keine Schikane. Es ist vielmehr Pflicht, verantwortlich mit dem Geld des Staates umzugehen. Es ist eine Chance zur Bewährung.

(Beifall bei der SPD)

In Zeiten wie den jetzigen müssen finanzielle Gründe auch schwer wiegen. Zu meinen, man könnte das 1:1 umrechnen und meinen, ein Kind im privaten System kostet den Staat gewissermaßen gleich viel, sogar noch weniger - so einfach ist das nicht. Wenn man das so einfach rechnen könnte, brauchte man das finanzielle Argument gar nicht zu verwenden.

Ich erinnere an den wirklich heftigen Konflikt um die Privatschulfinanzierung im letzten Jahr. Da war allen klar, dass das Geld irgendwo herkommen muss und dass man nicht einfach dieselbe Summe aus dem staatlichen System herausnehmen und sie in private Schulen hineinstecken kann.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Diese Rechnung funktioniert nicht. Das haben wir gerade im letzten Jahr durchexerziert.

Frau Präsidentin, Sie blinken hier schon. Daher noch etwas zum **aktuellen Stand**. Es gibt derzeit in Schleswig-Holstein eine Schule, die sich neu etablieren möchte. Nach unserer Erkenntnis - ich glaube, die ist ganz gut - planen drei Schulen eine Erweiterung. Im ersten Fall bedeutet das ab 2004 jährliche Mehrkosten von ungefähr 150.000 €, im anderen Fall bei geschätzten Mindestzahlen von 20 Schülern ab bereits 2003 Mehrkosten in Höhe von 220.000 €. Das ist eine vorsichtige Status-quo-Schätzung. Man kann überhaupt nicht abschätzen, wie die Sogwirkung auf andere wäre, die auch freie Schulen errichten möchten. Das zumindest muss man auch mit im Blick haben.

Man sollte eine Politik machen, bei der man immer nach dem Motto handelt: Bedenke das Ende bei allem, was du tust. - Das sollten wir sehr, sehr sorgfältig abwägen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, das Blinken geschieht durch die böse Uhr. Nur das Läuten geschieht durch die Präsidentin.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Das hätte ich eigentlich noch wissen müssen!)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf federführend dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist so beschlossen.

Mir bleibt jetzt noch, Ihnen einen schönen Abend zu wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:06 Uhr